

(Beginn: 14.10 Uhr - Ende: 20:21 Uhr)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 45. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der laufenden Wahlperiode und begrüße wie immer unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und alle Mitglieder des Rates.

Ganz besonders begrüßen möchte ich unsere Ratskollegin Frau Dagmar Paffen, die heute Geburtstag hat.

(Beifall)

Um das noch zu ergänzen: Auch unser Bezirksbürgermeister Mike Homann hat es sich nicht nehmen lassen, an seinem Geburtstag an der Ratssitzung teilzunehmen. Auch von hier aus: Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Zu Beginn möchte ich Herrn Lino Hammer als neues Ratsmitglied einführen. Wie Sie wissen, hat Frau Schlitt ihr Mandat niedergelegt; wir haben sie letztes Mal hier verabschiedet. Herr Hammer wurde als Nachfolger gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angenommen.

Herr Hammer, ich darf Sie nun bitten, zu mir nach vorn zu kommen. Sie, meine Damen und Herren, bitte ich, sich zu erheben.

Sehr geehrter Herr Hammer, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Herzlich willkommen in unseren Reihen!

(Beifall)

Bevor wir beginnen, will ich schon auf das Ende hinweisen.

(Heiterkeit)

Nach dem Ende unserer Sitzung möchte ich Sie zu einem Umtrunk einladen, allerdings nicht im

Lichthof, sondern in der Piazzetta, weil es dort ein bisschen kühler ist. Da können wir das erste Halbjahr unserer Ratsarbeit ausklingen lassen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Ab  
20.30 Uhr!)

- Warten wir es einmal ab!

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Ludwig und Herr Bosbach entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Bacher, Herrn Ensmann und Herrn Görzel.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet.

Die CDU-Fraktion hat am 10. Juli, also fristgerecht, einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Ehemalige KHD-Kantine - wie geht es weiter?“ eingereicht. Diesen wollen wir als Tagesordnungspunkt 1.1 behandeln.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor - ich darf Sie um Aufmerksamkeit bitten, damit wir alle auf demselben Informationsstand sind -: 4.3, 4.4, 10.30, 10.31, 10.32, 17.4, 17.5, 17.6, 17.7, 17.8 und 17.9.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.1, 10.3 und 10.27.

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor. Deswegen kommen wir jetzt zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung.

Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.2 und 10.23 - sie beziehen sich auf die Archäologische Zone - unter Punkt 3.1.2 gemeinsam zu behandeln.

Ferner schlage ich vor, die Punkte 3.1.3, 3.1.5 und 3.1.6, die sich alle auf die Entwicklung des Wohnungsbaus beziehen, unter Tagesordnungspunkt 3.1.3 zusammen zu behandeln. Wir werden dann natürlich getrennt darüber abstimmen. Da es sich um einen Gesamtkomplex handelt, schlage ich vor, dass die Redezeit abweichend von der Geschäftsordnung auf zehn Minuten verlängert wird. In diesen zehn Minuten hat jede Fraktion die Möglichkeit, ihre jeweiligen Perspektiven darzustellen. Sollte es gewünscht sein, dass nicht nur ein, sondern mehrere Redner die

jeweilige Position vorstellen, sollte dies en bloc geschehen; das heißt, diese zehn Minuten können auch von verschiedenen Rednern ausgenutzt werden.

Ich habe noch einen weiteren Vorschlag: Die Vorlage betreffend das Historische Archiv, die Ihnen unter 10.32 vorgelegt worden ist, soll vorgezogen und als Tagesordnungspunkt 10.0 behandelt werden. - Ich sehe allgemeine Zustimmung.

Herr Breite.

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Vonseiten unserer Fraktion möchten wir zu 10.32 Fristeinrede geltend machen. Die Vorlage ist verfristet gekommen; das ist eindeutig. Man kann natürlich die Dringlichkeit dieser Verwaltungsvorlage feststellen. Nur, dann muss das in der Verwaltungsvorlage schriftlich erklärt sein; so ist es vorgesehen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Anlage 0!)

Ich erkenne nicht, dass Sie in Ihrer Verwaltungsvorlage schriftlich die Dringlichkeit erläutert haben. Sie haben dies, als Sie die Vorlage auf die Tagesordnung gesetzt haben, auch mündlich nicht gemacht. Darum bin ich der Meinung, dass diese Vorlage verfristet ist und von der Tagesordnung abgesetzt werden muss.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Man kann die Dringlichkeit auch mündlich begründen. - Ich gebe das Wort an Frau Moritz.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Ich möchte Sie gerne fragen, ob meine Vermutung zutrifft, dass damit finanzielle Folgen verbunden wären, wenn wir die Beratung und Abstimmung dieser Vorlage heute auf eine spätere Sitzung, womöglich eine Sondersitzung, oder in den Hauptausschuss verschieben würden. Kann die Verwaltung also darlegen, dass sie wirklich dringlich ist bzw. ob eine Verschiebung auch finanzunschädlich erfolgen kann?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Die Dringlichkeit kann auch mündlich dargelegt werden. Deswegen möchte ich gern Frau Kämmerin Klug, die derzeit gleichzeitig

kommissarisch für den Bereich Kultur zuständig ist, bitten, zu der Frage von Frau Moritz Stellung zu nehmen, ob mit einer Verschiebung dieses Tagesordnungspunktes weitere Kosten verbunden sein können vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die nächste Ratssitzung, wenn keine Sondersitzung anberaumt werden sollte, erst am 1. Oktober stattfindet.

Ich sehe noch eine Wortmeldung von Herrn Dr. Elster dazu. Bitte.

**Dr. Ralph Elster** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Mir steht es fern, Verwaltungshandeln unterstützen zu müssen, vor allem wenn es von Ihnen kommt, aber Sie haben Ihrer Vorlage ja die Anlage 0 beigefügt und damit die Dringlichkeit erklärt. Über die Dringlichkeit, die Sie in Anlage 0 erklären, können wir jetzt abstimmen. Wir müssen also jetzt gar nicht über das weitere Verfahren diskutieren.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Jetzt bitte Frau Klug.

**Stadtkämmerin Gabriele C. Klug:** Der Sachverhalt ist klar. Die Vorlage, die unter Federführung meines Kollegen Höing eingebracht wurde, enthält eine Anlage 0, in der die Dringlichkeit begründet ist, so dass darüber entschieden werden kann. Ich möchte höchst hilfsweise darauf hinweisen, dass selbstverständlich - auch das folgt unmittelbar aus der Vorlage - mit erheblichen Kosten zu rechnen ist, wenn die Angelegenheit weiter verzögert wird. In erster Linie betrifft das die Unterbringung der archivalischen Güter in den Ausweichdepots. Daher bitte ich, der Dringlichkeit Geltung zu verschaffen und in diesem Sinne zu votieren. - Danke sehr.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gut. - Ich schaue mich um und frage Sie: Wer für den Vorschlag der FDP ist, die Vorlage in eine spätere Sitzung zu verschieben, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke ist dieser Antrag abgelehnt.

Gibt es weitere Anträge zu der von mir vorgeschlagenen Reihenfolge der Tagesordnung? - Ja, Herr Granitzka.

**Winrich Granitzka** (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Ich würde gerne beantragen, den Punkt 24.5 aus dem nichtöffentlichen Teil - da geht es um das Clouth-Gelände -, so weit das möglich ist, im öffentlichen Teil zu behandeln. Darüber abstimmen müssen wir später im nichtöffentlichen Teil. Auch die Zahlen, die da genannt sind, sollen nichtöffentlich bleiben. Aber wir würden gern die Sache an sich - Halle 10, Halle 20 - hier öffentlich diskutieren.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann weise ich auf Folgendes hin: Nach unserer Geschäftsordnung ist in der Tat vorgesehen, Entscheidungen über Vorlagen, die die Bewertung und den Erwerb städtischer Immobilien beinhalten, im nichtöffentlichen Teil zu treffen. Der Rat kann aber darüber entscheiden, wie er dies gestaltet. Ich weise darauf hin - Sie haben es ja auch angedeutet -, dass dann, wenn Kennziffern, Bewertungen und finanzielle Folgemaßnahmen aufgrund von gutachterlichen Stellungnahmen betroffen sind, diese nicht im öffentlichen Teil behandelt werden dürfen, weil wir uns sonst möglicherweise regresspflichtig machen. Aber eine allgemeine Diskussion halte ich für durchaus zulässig. Gibt es Bedenken dagegen? - Ich sehe, es gibt keine Bedenken. Dann ist dem so zugestimmt. Das behandeln wir dann unter 10.33.

Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Für die FDP-Fraktion bitte ich, dass wir die Beratung der Vorlage 24.3 aus dem nichtöffentlichen Teil - Sanierung der Colonia.Deponie, Anwaltsbeauftragung - verschieben. Ich habe eben noch einmal mit dem Beigeordneten Höing darüber gesprochen. Es hat sich wohl die Chance eines neuen Gesprächsfadens ergeben, sodass wir möglicherweise auf die Klage verzichten können.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Höing, Sie wären vonseiten der Verwaltung damit einverstanden? - Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel** (SPD): Ich würde nur gerne einen Vorschlag zur Güte machen. Da die Vorlage vermutlich ja nicht ohne Grund im nichtöffentlichen Teil verortet ist, würden wir gerne nachher im nichtöffentlichen Teil erfahren, wie sich das verhält. Dann können wir immer noch vertagen. Dazu sind wir offen, wenn sich das aus der Debatte ergibt. Aber das ohne Kenntnis des Sachverhalts, der in öffentlicher Sitzung natürlich nicht dargelegt werden kann, von der Tagesordnung zu nehmen, halte ich für problematisch.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich sehe, Herr Sterck ist damit einverstanden. Gibt es dazu noch weitere Wortmeldungen? - Herr Wiener, bitte.

**Markus Wiener** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 3.1.8 wegen thematischer Überschneidung zusammen mit der von der CDU beantragten Aktuellen Stunde zum Autonomen Zentrum zu behandeln.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Granitzka für die CDU, bitte.

**Winrich Granitzka** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben die Aktuelle Stunde so beantragt, und wir möchten sie auch so durchführen. Der Antrag steht für sich. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann lassen wir abstimmen. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keiner. Dann ist das so abgelehnt. Es bleibt bei der vorgesehenen Reihenfolge.

Ich sehe noch eine weitere Wortmeldung. Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte noch auf einen Tagesordnungspunkt hinweisen, der im nichtöffentlichen Teil ist, und zwar die Vorlage unter TOP 23.5, Gelände Sülzgürtel 47. Die Sachlage stellt sich hier folgendermaßen dar: Der Jugendhilfeausschuss

hat der Vorlage zugestimmt, der Liegenschaftsausschuss hat sie ohne Votum weitergegeben. Zu dieser Vorlage hat sich noch eine Reihe von Fragen ergeben. Ich möchte zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantragen, den Punkt von der TO zu nehmen, aber schon darauf hinweisen, dass diese Fragen - wir werden ja hier etwas länger zusammen sein -, noch zu klären sind und wir bei diesem Tagesordnungspunkt entscheiden müssen, wie wir weiter verfahren.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. Das wird zur Kenntnis genommen. - Eine weitere Wortmeldung kommt von Herrn Henseler.

**Andreas Henseler** (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe eine Frage zu dem zurückgezogenen Tagesordnungspunkt 10.27. Da geht es um einen Erweiterungsbau mit Kammermusiksaal für das Humboldt-Gymnasium, Kartäuserwall 40.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Der Punkt ist zurückgezogen.

**Andreas Henseler** (Freie Wähler): Ja, ich weiß, dass er zurückgezogen ist. Ich habe dazu eine Frage. Bei dieser Vorlage ist ein Planungsauftrag für zwei Turnhalleneinheiten, der vor fünf Jahren beschlossen worden ist, zur Bauvorlage für einen Kammermusiksaal mutiert, die aber heute nun nicht mehr beraten werden soll.

Jetzt konnte man in der *Kölnischen Rundschau* nachlesen, dass diese jetzt zurückgezogene Vorlage, die ja auch schon im Schulausschuss zurückgezogen worden ist

(Zuruf von Peter Kron [SPD])

- Leute, ich bin doch gleich durch! -, in der Feriensitzung des Hauptausschusses beraten und dort ein Dringlichkeitsbeschluss gefasst werden soll. Ich hätte gern gewusst, ob das zutrifft.

(Martin Börschel [SPD]: Der Schuldezernent Henseler hätte diese Frage nicht beantwortet!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja, ich wollte auch gerade sagen: Sie als ehemaliger

Schuldezernent wissen doch ganz genau, dass Vorlagen, die zurückgezogen worden sind, nicht zur Diskussion gestellt werden. Dabei bleibt es auch. Sie können eine Anfrage bei der Verwaltung stellen, nicht aber hier im Rahmen der Ratssitzung, weil dieser Tagesordnungspunkt nicht zur Diskussion steht.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Tagesordnung. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Eine Enthaltung bei der Fraktion pro Köln. Dann ist sie so festgestellt.

Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein. Ich rufe Tagesordnungspunkt 1.1 auf:

**1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Ehemalige KHD-Kantine - wie geht es weiter?" AN/0951/2013**

Ich darf das Wort an Herrn Granitzka geben.

**Winrich Granitzka** (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Recht auf seiner Seite zu haben, bedeutet leider nicht immer, es auch durchsetzen zu können. In Kalk warten fast 1 000 junge Leute, Schüler der Kaiserin-Theophanu-Schule, darauf, dass ihre Schule erweitert wird. Die Stadt hat 2012 einen architektonischen Wettbewerb zu dieser Erweiterung ausgeschrieben. Die Schule muss dringend saniert und ausgebaut werden, um Platz für den Offenen Ganztags zu schaffen. Der Stadtentwicklungsausschuss hat die Verwaltung beauftragt, einen Bebauungsplanentwurf auszuarbeiten. Also: Alles in Butter, alles auf einem guten Weg? Eigentlich ja.

Fakt ist aber, dass sich auf dem Grundstück, das für die Erweiterung dringend benötigt wird, eine Gruppe von Menschen verschanzt hat, die sich für die Interessen anderer ebenso wenig interessiert wie für Recht und Gesetz. Die Besetzer der ehemaligen KHD-Kantine weigern sich trotz eines abgelaufenen Mietvertrages, das Gebäude zu verlassen. Viele Anwohner klagen über Belästigungen durch Lärm, Müll und andere Unhelligkeiten. Sie sind ebenso wie die Schulgemeinschaft der Kaiserin-Theophanu-Schule ein Opfer des Treibens dieser Gruppe.

Ich sage: Das sind Rechtsbrecher, die nicht davor zurückschrecken, Mitglieder des Rates und den Oberbürgermeister anzugreifen, die mit

Worten nicht überzeugen können und daher zu Farbeimern und Klebstoffen greifen, um das Eigentum anderer Menschen zu beschädigen. Das verurteilen wir auf das Schärfste.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, solange sich diese Besetzer nicht von den Straftaten distanzieren, können sie auch keine Partner für weitere Verhandlungen sein, um eine selbstverwaltete Einrichtung an anderer Stelle zu erhalten. Dass diese Gruppe erklärt, es gebe in ihren Reihen nur eine kleine Minderheit Gewaltbereiter, sich aber nicht von diesen distanziert, ist unerheblich, solange sich die Gruppe nicht von jeglichen Straftaten distanziert und für die Angriffe auf Ratsmitglieder und den Oberbürgermeister in der letzten Woche entschuldigt.

Unabhängig davon steht fest, dass die ehemalige Kantine so nicht stehen bleiben kann. Sie muss abgerissen werden, weil der Platz dringend benötigt wird, um dort Schulcontainer aufzustellen, damit die Schule an anderer Stelle aufgebaut werden kann. Deshalb ist eine kurzfristige Räumung zwingend erforderlich.

Wir konnten den Medien entnehmen, dass es, was die Räumung anbelangt, Schwierigkeiten gibt. Daher bitte ich den Oberbürgermeister oder einen von ihm Beauftragten, den Rat umfassend über den aktuellen Sachstand zu informieren und dabei auch zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

- Wer ist zurzeit Ansprechpartner in dem Gebäude Wiersbergstraße für die Verhandlungen über die Räumung?
- Trifft es zu, dass sich der Verein, der mit der Sparkasse einen Mietvertrag geschlossen hatte, rechtzeitig vorher aufgelöst hat, um die Verhandlungen zu erschweren?
- Gibt es Untermieterverträge mit den Nutzern der ehemaligen KHD-Kantine, die eine Räumung des Gebäudes behindern?
- Gibt es einen gültigen Räumungstitel? Auch dazu gab es unterschiedliche Presseberichte.
- Welche Konsequenzen ergeben sich für den Übergang des Grundstücks von der Sparkasse auf die Stadt, wenn das Gebäude nicht kurzfristig geräumt wird? Bekommt die Sparkasse dann Probleme mit den Vorgaben der EU, wenn das die Stadt nicht übernimmt?

- Welchen Zeitplan gibt es für die Erweiterung der Kaiserin-Theophanu-Schule?

- Gibt es neben den Anwohnern der Schule auch noch andere, die Nachteile aus der Besetzung der Kantine haben, etwa benachbarte Unternehmen?

- Hat die Stadt den Besetzern Alternativangebote gemacht, und wie haben sie sich dazu geäußert?

So weit die Fragen.

Herr Oberbürgermeister, ich bitte Sie: Behandeln Sie die Räumung der Kantine weiterhin als Chefsache! Setzen Sie alles daran, dass die Erweiterung der Kaiserin-Theophanu-Schule zeitnah durchgeführt werden kann! Und: Sorgen wir gemeinsam dafür, dass Rechtsbruch in Köln nicht salonfähig wird! Ich sage Ihnen ebenso wie der Verwaltung die politische Unterstützung der CDU-Fraktion dafür zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Granitzka. - Wir kommen dann zu Frau dos Santos Herrmann.

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte versuchen, den sehr komplexen Zusammenhang rund um die besetzte Kantine auf dem früheren KHD-Gelände in Kalk in drei Diskussionsstränge zu unterteilen, die, wie ich glaube, entscheidend sind.

Der für die SPD-Fraktion politisch wichtigste Aspekt ist die Perspektive für den Stadtbezirk Kalk und den Stadtteil Kalk, nämlich: gute Bildung. Das heißt auch, Bildung in guten und ausreichend großen Räumlichkeiten. Diese Räumlichkeiten beinhalten aber nicht nur die Schulräume, sondern auch die geplanten Räume für den Ganzttag und nicht zuletzt auch eine ordentliche Turnhalle für den Sportunterricht. All dies gehört zu guter und umfassender Bildung dazu.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Für die SPD - damit meine ich nicht nur unsere Fraktionskolleginnen und -kollegen in der Bezirksvertretung, sondern auch uns von der

SPD-Ratsfraktion - ist wichtig, dass ein Stadtteil, der in den letzten 20 Jahren zu wenig wirtschaftlichen Aufschwung und zu viel wirtschaftlichen Abschwung erlebt hat, wieder eine Perspektive für neue, moderne und zukunftsfähige Arbeitsplätze erhält. Dort sind Flächen vorhanden, und es gibt auch die Bereitschaft, industrielle und produzierende Betriebe an Ort und Stelle zu erweitern. Das muss man ermöglichen. Diese Perspektive muss man geben. Das braucht eine Stadt.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Das ist der eine Aspekt. Das ist das, was nicht nur im Bezirk, sondern auch hier im Stadtrat, zuletzt im Stadtentwicklungsausschuss in der letzten Woche, schon mehrfach beschlossen worden ist. Einmütig oder einstimmig sind die Beschlüsse gefasst worden. Es ist eine Frage des Respekts vor demokratisch gefällten Entscheidungen, zu akzeptieren, dass diese jetzt auch umgesetzt werden.

Dass vor zwei Jahren - das ist der zweite Strang, den ich ansprechen möchte - ein Nutzungsvertrag mit den damaligen Besetzern bzw. dem Betreiber Schrap's e. V. geschlossen worden ist, hatte unter anderem damit zu tun, dass die politischen Ziele damals noch nicht so fest beschlossen waren. Sie waren zwar schon erkennbar, sie waren bereits in der Diskussion, aber die Beschlüsse im Stadtentwicklungsausschuss und in der Bezirksvertretung waren noch nicht endgültig gefasst. Sie mussten diese Gremien noch passieren, sind aber dann dort in Kenntnis des Nutzungsvertrages gefallen. Diese Ziele sind also nicht vom Himmel gefallen, sondern sie waren damals bereits in der Diskussion. Dies wurde unter anderem von der SPD im Stadtbezirk schon 2009 im Kommunalwahlkampf thematisiert und die Perspektive für den Bereich des Kalker Südens aufgezeigt.

Umso schwieriger empfinden wir als SPD-Fraktion das derzeitige Verhalten von denjenigen, die einen Vertrag unterzeichnet haben, in dem deutlich fixiert war, dass diese Nutzung irgendwann, wenn die Umsetzung eines stadtentwicklungspolitisch wichtigen, eines bildungspolitisch wichtigen und auch eines arbeitsmarktpolitisch wichtigen Beschlusses ansteht, beendet werden muss. Die Sparkasse, der das Grundstück und die Immobilie gehörte, hatte deutlich den Auftrag bekommen - auch dies war einstimmig im Hauptausschuss -, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, wenn es zu einer Übertragung an die Stadt

kommt. Darauf will ich jetzt aber hier nicht weiter eingehen.

Wir haben in den letzten Wochen häufig von Befürwortern des sogenannten Autonomen Zentrums gehört. Wir haben aber leider zu wenig von denen gehört, die sich in der näheren Umgebung durchaus auch bedroht fühlen. Ich spreche jetzt nicht, auch wenn das schlimm genug ist, vom Oberbürgermeister oder anderen Ratskollegen. Vielmehr meine ich diejenigen, die in der näheren Umgebung leben, die uns immer wieder und auch immer öfter sagen, dass sie Sorge und sogar Angst haben, ihre Sorge zum Ausdruck zu bringen oder gar Anzeige zu erstatten, wenn sie sich belästigt oder sonst wie bedroht fühlen, weil sie befürchten, dass sie die Nächsten sein könnten, denen einen Farbbeutel an die Tür geworfen oder vielleicht sogar eine Scheibe eingeschlagen wird.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ein Zustand, den wir nicht akzeptieren können, ganz abgesehen davon, dass wir davon ausgehen, dass Menschen, die einen Vertrag unterzeichnen, wissen, dass für sie sämtliche Artikel eines solchen Vertrages gelten. Wer möchte, dass es zu einer Diskussion um ein autonomes Zentrum und dessen kulturellen Angebote kommt, muss die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit beachten. Hier geht es nicht um einzelne Gesetze oder einzelne Beschlüsse; hier geht es um ein Prinzip, das nach fester Überzeugung der SPD-Fraktion überhaupt erst die Grundlage schafft, dass wir in einer demokratischen und friedlichen Gesellschaft zusammen leben können, uns aber auch auseinandersetzen können; denn selbstverständlich können Beschlüsse auch mal verändert werden. Aber die Diskussionsgrundlage, auf der wir dies tun, muss allen klar sein. Bedrohungen oder gar Erpressungen, wie wir sie in den letzten Wochen auch persönlich erlebt haben, können keine Grundlage sein. Das werden wir nie und nimmer akzeptieren.

(Beifall bei der SPD, der CDU  
und der FDP)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen dritten Aspekt ansprechen, der auch immer wieder in der Diskussion eine Rolle spielt, nämlich die Frage: Muss eine Großstadt nicht auch Raum für alternative autonome Kultur haben und zulassen?

(Markus Wiener [pro Köln]: Nein!)

Ja, möglicherweise muss sie das. Man kann sich Tendenzen nicht widersetzen. Doch das ist nicht der Punkt. Die Frage ist eher: Haben wir in Köln nicht schon solche Räume? Auf Internetseiten, die offenbar dem AZ nahe stehen, lesen wir immer wieder von nichtkommerzieller Kultur. Meine Damen und Herren, wir haben elf Bürgerzentren in dieser Stadt, in denen sehr wohl nichtkommerzielle Kultur bereits heute stattfindet. Die Behauptung, wir hätten in unserer Stadt keine Räume für - ich sage mal - eine Nischenkultur, ist schlicht und ergreifend nicht wahr.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Man mag über weitere Dinge nachdenken. Auf welcher Grundlage dies passieren sollte, habe ich eben dargelegt. Die Situation im Moment betrachten wir ein Stück weit als Anmaßung vonseiten derjenigen, die eine bestimmte Form kulturellen und sonstigen Lebens bevorzugen. Herr Detjen hat in der letzten Ratssitzung von alternativen Lebensformen gesprochen. Ja, mag sein. Alternative Lebensformen mögen ihren Platz haben. Aber wer von sich behauptet, autonom zu sein, sollte nicht mit der Anmaßung an die Gesellschaft herantreten: „Wir wollen hier an dieser Stelle das tun, was wir wollen, ohne Rücksicht auf alle anderen.“ Das ist keine Grundlage. Deswegen sind wir froh, dass die Verwaltung das Ihrige tut, um die Umsetzung der gefassten politischen Beschlüsse voranzubringen. Was die Besetzung als solche angeht, Herr Granitzka, müssen, glaube ich, andere Stellen handeln oder sich der Frage stellen, was zu tun ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU  
und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Herr Granitzka, bei Ihrer Rede musste ich an die Rede von Ralph Elster in der letzten Ratssitzung denken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich frage mich: Was gilt denn eigentlich?

(Winrich Granitzka [CDU]: Du redest Quatsch! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Wer? Herr Elster? Ja, gut. Das müssen Sie unter sich ausmachen. Darauf will ich jetzt auch gar nicht im Detail eingehen.

Ich denke, eines sollte man nicht tun: Man sollte nicht den Versuch unternehmen, mit gesellschaftlichen Phänomenen, die man vielleicht nicht vollständig versteht, so umzugehen, dass man scheinbare Ausschlusskriterien dagegen setzt, wie zum Beispiel: Es bestünde ein absolut hoher Zeitdruck für die Errichtung einer Schule usw. Sie wissen genau, dass die notwendigen Schritte zur Entwicklung eines Bebauungsplans beschlossen worden sind. Bebauungspläne brauchen ihre Zeit, nicht nur dort, sondern auch anderswo. Es ist ja nicht so, dass hier in den nächsten Wochen irgendetwas umgesetzt würde. Insofern werden dadurch nur falsche Fronten aufgezogen, wenn diejenigen, die nach einer Lösung für einen gesellschaftlichen Konflikt suchen, offen oder insgeheim unterstellt wird, sie seien damit gleichzeitig gegen Schule, gegen Bildung, gegen Grünflächen usw. Das ist schlicht und ergreifend Unsinn.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir setzen uns für ein Autonomes Zentrum in Köln ein. Wir halten das für richtig, weil wir glauben, dass es in einer Stadtgesellschaft, die sich in Hochglanzbroschüren europaweit und international als weltoffen, multikulturell und plural darstellt, auch Freiraum für eine solche Aktivität geben sollte,

(Winrich Granitzka [CDU]: Freiraum für  
Rechtsbrüche, Herr Kollege!)

der uns ja auch aus der eigenen Geschichte nicht allzu fremd ist, wenn wir zum Beispiel an die Jugendzentrumsbewegungen der 70er-Jahre denken, die ja einige von Ihnen auch noch aus eigener Anschauung kennen.

Das bedeutet letztendlich, dass es aus unserer Sicht sehr verständlich ist, dass es Menschen gibt, die von einem selbst verwalteten, nichtkommerziellen Raum für kulturelle und politische Betätigungen sprechen und die einen solchen Raum auch in Köln haben wollen. Nicht umsonst unterstützen verschiedene Bereiche der Kultur und Kulturschaffende diese Idee, die sich übrigens aber nicht unbedingt an diesem Ort manifestiert. Das sagen selbst diejenigen, die für dieses Autonome Zentrum sprechen.

Uns alle haben viele Briefe erreicht, unter anderem auch von den Lehrenden und

Studierenden der Hochschule für Musik und Tanz. Ich zitiere aus deren Brief:

Aus unserer Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur wissen wir, daß es keine kreativen Handlungen gibt, die nicht die Freiheit zum Ausdruck haben. An den Stellen, wo Menschen ihre Formen des Ausdrucks nicht selbst bestimmen können, verarmt deren Gehalt. Echte Ideen entstehen, wo ihre Bedingungen frei gewählt und selbst gestaltet werden können.

Ich denke, eine plurale Gesellschaft, wie wir sie in Köln ja vorleben wollen, sollte dafür auch Platz haben. Ich betone aber auch - und das ist die Überzeugung unserer gesamten Fraktion -, dass Drohgebärden gegenüber einzelnen Kommunalpolitikern, dem Oberbürgermeister oder anderen Mandatsträgern nicht tolerierbar sind.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das sind keine Gebärden, das waren strafbare Handlungen!)

Sie führen nicht zum Ziel. Das haben wir auch eindeutig kommuniziert. Wir treten dafür ein, dass gesellschaftliche Auseinandersetzungen gewaltfrei zu lösen sind und nicht mit Nötigungen oder Drohungen einhergehen dürfen. Allerdings halten wir Forderungen aus der Ratspolitik nach polizeilicher Räumung, wie sie hier eben auch vorgetragen wurden, für wenig hilfreich. Gesellschaftliche Großstadtkonflikte muss man politisch lösen, nicht mit Polizeiknüppeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Jörg Detjen [Die Linke.]

Wir sehen ja zurzeit, wohin dies in unserer Partnerstadt Istanbul führt. Dieses Modell sollten wir für Köln nicht übernehmen.

(Anhaltender Widerspruch von der CDU und der FDP - Henk van Benthem [CDU]: Frechheit! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Unverschämtheit! - Andreas Köhler [CDU]: Irgendwann ist auch mal gut!)

- Da nutzt es auch nicht, zu schreien. Das ist einfach zur Kenntnis zu nehmen.

Deshalb setzen wir uns weiter für Vermittlungsbemühungen ein, soweit dies in unseren Möglichkeiten steht. Ende März 2011 ist es auch durch unseren Beitrag dazu gekommen, mittels einer Verhandlungslösung einen

sinnvollen Weg zu finden, was letztlich dazu geführt hat, dass ein solcher Konflikt auch völlig deeskalieren kann. Daran, denke ich, sollten wir anknüpfen und uns nicht an Gewaltfantasien ergötzen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken.)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Bevor ich Herrn Breite das Wort gebe, zunächst Herr Stadtdirektor.

**Stadtdirektor Guido Kahlen:** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz zu der Frage bzw. Ihrer These, Herr Frank, Stellung nehmen, ob es hier Zeitdruck gibt oder ob wir noch Zeit haben. Sie sind, glaube ich, auch im *Stadt-Anzeiger* vom 4. Juli so zitiert worden, dass wir noch Zeit hätten.

Lassen Sie mich ganz kurz zu dem Beschluss Stellung nehmen, den Sie für dieses Quartier Neuerburgstraße / Hohlwegstraße / Kantstraße / Wiersbergstraße seit 1998 gefasst haben. Der letzte Beschluss - das ist ja hier schon zweimal angesprochen worden - wurde letzte Woche im Stadtentwicklungsausschuss gefasst, und zwar einstimmig

(Ralph Sterck [FDP]: Also auch mit den Stimmen der Grünen!)

von allen stimmberechtigten Fraktionen.

(Zurufe von der FDP: Aha! – Weiterer Zuruf von der FDP: Das waren also auch die Grünen!)

- Natürlich, auch mit den Stimmen der Grünen.

Sie haben im Ergebnis drei schul- und strukturpolitische Beschlüsse zusammengefasst und damit erstens die Schulerweiterung beschlossen, zu der Sie bereits 2009 und 2011 die entsprechenden Beschlüsse gefasst hatten, damit die Schule mit zurzeit 850 Schülern in Zukunft 1 020 Schüler aufnehmen kann, und zwar im Ganztage.

Sie haben zweitens auch in der Folge von 1998 einen Grünzug beschlossen und dies in der letzten Woche im Stadtentwicklungsausschuss präzisiert, nämlich mit Überplanung der ehemaligen KHD-Kantine an der Wiersbergstraße.

Drittens soll dieser B-Plan erreichen, dass für den Industriebetrieb MBE Cologne, ehemals KHD Humboldt Wedag, Planungs- und Produktionssicherheit geschaffen werden kann zuzüglich einer noch auf dem Standort zusammenzufassenden Ingenieurgesellschaft, die weitere 60 Mitarbeiter umfasst, das heißt: zukünftig 180 Mitarbeiter an diesem Standort. Dieser B-Plan soll, wenn alles nach Ihren Vorgaben laufen kann, rechtskräftig werden im dritten Quartal nächsten Jahres.

(Jörg Detjen [Die Linke]: Hört! Hört!)

Lassen Sie mich auch noch Folgendes erklären: Für dieses strukturpolitische Aufgabenspektrum auf kleinstem Raum sind insgesamt sechs Abrisse notwendig. Ein Abriss ist schon vorgenommen worden. Im Juli 2008 ist das ehemalige Ärztehaus von KHD an der Neuerburgstraße 17 abgerissen worden; das wird der westliche Eingangsbereich dieses Grünzugs von der Neuerburgstraße zur Wiersbergstraße / Kantstraße.

In der Folge werden noch weitere Abrisse notwendig sein. Das ist einmal das eben schon angesprochene Gelände der ehemaligen Kantine Kalk. Es wird abzureißen sein die Halle 60 A, auch um den Grünzug zu sichern.

Es wird dann noch im Rahmen der gymnasialen Erweiterung der Kaiserin-Theophanu-Schule der Bau des ehemaligen katholischen Krankenhauses St. Josef abgerissen, in dem zurzeit die Schule untergebracht ist mit acht Klassen und die Wahlorganisation; darauf komme ich gleich noch zurück.

Weiterhin ist noch die Turnhalle abzurechen, die heute einen wirklichen Sportbetrieb praktisch nicht mehr zulässt. Beispielsweise sind in der Turnhalle Ballspiele untersagt, sie ist auch für die Schülerzahl an dieser Schule nicht ausreichend.

Des Weiteren wird ein Fertigbauteil in der Verbindung zwischen der heutigen Mensa - das ist die ehemalige Stadtbibliothek von Kalk - und dem denkmalgeschützten Haupttrakt abgerissen.

Das heißt, im Rahmen dieses Gesamtkonzepts werden sechs Gebäude abgerissen, eines ist schon abgerissen.

Lassen Sie mich jetzt noch ganz konkret etwas zu den Zeitachsen sagen, Herr Frank. Wir müssen im Ergebnis im August/September die ehemalige Kantine Kalk abreißen, weil auf diesem Gelände Container für insgesamt zwölf Schulklassen aufgestellt werden müssen. Diese

müssen im Frühjahr in Betrieb sein. Ich sage: von Ostern 2014 bis zum Abschluss der Schulerweiterung und der Generalsanierung des denkmalgeschützten Bereiches im Sommer 2020. Wir haben keinen alternativen Standort für diese Container. Sie werden über sechs Jahre lang benötigt - ich wiederhole das - von Ostern 2014 bis Sommer 2020.

Von daher bitte ich Sie, zu berücksichtigen, dass wir hier doch einen Druck haben. Um Ihnen das deutlich zu machen: Der Abriss des ehemaligen Krankenhauses ist für August 2014 geplant, mit einer Zeitachse von circa vier bis sechs Monaten. Ich möchte darauf hinweisen: Wir brauchen dieses Gelände, auf dem das Gebäude des ehemaligen Krankenhauses steht, auch ab Ostern für die Wahlorganisation. Bitte berücksichtigen Sie, dass wir am 25. Mai nächsten Jahres, sofern der Bundestag diesem Datum zustimmt, die Wahlen zum Europaparlament und zum Stadtrat und den Bezirksvertretungen haben werden.

(Jörg Detjen [Die Linke]: Das ist ja eine Katastrophe!)

Wir werden insgesamt zu diesem Zeitpunkt 9 500 Wahlvorstände benötigen. Sie können sich vorstellen, dass bis zu diesem Tag die Wahlorganisation klar weiter aufgebaut werden muss. Deshalb ist es notwendig, dass wir dort von Ostern bis zur Kommunalwahl verbunden mit der Europawahl keinen Mischbetrieb haben. Ich bitte Sie also insofern zu berücksichtigen: Der Zeitdruck existiert. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der SPD und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Wir kommen jetzt zu Herrn Breite.

**Ulrich Breite (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss noch einmal auf den Vorredner des Herrn Stadtdirektors zurückkommen. Ich hatte eigentlich einen Ordnungsruf erwartet; denn der Vergleich der Demokratiebewegung unserer Freunde in unserer Partnerstadt Istanbul mit den Taten, die hier passiert sind, ist eine Beleidigung.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie bei Teilen der SPD)

Leuten in diesem Rat, die wollen, dass der Rechtsstaat funktioniert, Gewaltfantasien zu

unterstellen, ist auch eine Beleidigung. Das ist diesem Stadtrat nicht würdig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie bei Teilen der SPD)

Das sind keine Kuschelkinder im AZ, auch wenn man im *Stadt-Anzeiger* von dem von uns allen sehr geschätzten Redakteur Helmut Frangenberg lesen kann - ich darf zitieren, Herr Oberbürgermeister -:

Die Studentin fährt in ihrem VW-Bus Apfelbäumchen und einen Lindensetzling ins Bergische Land. ... Wenn man den richtigen Namen der jungen Frau kennt, findet man unzählige Einträge im Internet oder Zeitungsarchiv: als theaterspielende Abiturientin, als erfolgreiche Studentin, als Mitglied einer Partei, die sich für Kinderinteressen einsetzt, als Expertin für gewaltfreie Kommunikation, als Freiberuflerin mit zwei exzellenten Studienabschlüssen. In ihrer Freizeit engagiert sie sich zurzeit in Kalk - als eine der Sprecherinnen des Autonomen Zentrums (AZ).

Gleichzeitig muss ich aber auf der Homepage des Autonomen Zentrums unter der Rubrik „Über uns“ lesen - Herr Oberbürgermeister, ich darf zitieren -:

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer ist „uns“?)

Generell lassen wir uns nicht in friedliche und militante AktivistInnen spalten. Wir können beides! Getreu nach dem Motto: „Ob friedlich oder militant, wichtig bleibt der Widerstand!“

(Markus Wiener [pro Köln]: Pfui!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Apfelbäumchen und dieses Motto – das passt aber nicht zusammen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Denn wer Namen und Adressen von Kölner Politikern im Internet veröffentlicht, um sie Repressalien auszusetzen und deren Familien ganz gezielt in Angst und Schrecken zu versetzen, der oder die ist vieles, aber sicher nicht Expertin für gewaltfreie Kommunikation.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wie geschichtsvergessen muss man eigentlich sein, in Deutschland sozialdemokratische Parteibüros zur politischen Zielscheibe zu machen oder gar in der Bundesparteizentrale der SPD die Fenster einzuschlagen? Parteiversammlungen der SPD in Köln, die unter Polizeischutz gestellt werden müssen, hatten wir in unserer Geschichte schon einmal. Das wollen wir nie wieder erleben. Darin sollte sich dieser Rat einig sein.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der SPD)

Argumente für oder gegen das AZ in Köln hin oder her: Versuchtes oder begangenes Drangsalieren demokratischer Entscheidungsträger in Köln, um sie politisch gefügig zu machen, ist für diese Stadt nicht hinnehmbar. Die Verantwortlichen haben sich als Verhandlungspartner dadurch selbst disqualifiziert.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Zwei Punkte sind für meine Fraktion in Zusammenhang mit der Existenz und der Standortfrage des AZ in der ehemaligen KHD-Kantine entscheidend:

Erstens. Die KHD-Kantine musste nicht zwangsbesetzt werden, weil dort irgendein Mietmissbrauch stattfand. Vielmehr wird das Gelände, wie der Stadtdirektor hier schon ausgeführt hat, einer wichtigen, am Allgemeinwohl orientierten Nutzung zugeführt. Bei einer Güterabwägung entscheidet sich meine Fraktion, wie auch die anderen Fraktionen, für einen Schulerweiterungsbau und eine Grünanlage, nicht aber für ein Autonomes Zentrum. Das kann frau falsch finden, rechtfertigt aber nicht ein Verhalten nach dem Motto: Willst du nicht meiner Meinung sein, schlag ich dir deine Fenster ein!

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Zweitens. Wer Verträge nicht einhält, ist kein verlässlicher Verhandlungspartner. Sie würden doch auch keine Verträge mit denen abschließen, aber der Stadtrat soll dies tun. Die Verantwortlichen rund um das AZ haben einen Nutzungsvertrag unterschrieben, der klar und deutlich ein Ende der Nutzung der Räumlichkeiten vorsah; Frau dos Santos Herrmann hat das ausgeführt. Die Nutzer der Kantine haben gewusst, worauf sie sich einlassen. Die Sparkasse hat sich an den

Vertrag gehalten. Die Nutzer der Kantine haben den Vertrag anscheinend unter dem Vorsatz der Vertragsnichteinhaltung unterschrieben. Wer will denn noch für die Nutzer politisch bürgen, wenn man nicht genau weiß, ob sie sich bei einem Nutzungsvertrag mit uns, mit der Stadt, nicht genauso verhalten würden, insbesondere da die Verantwortlichen nicht einmal ihren Namen preisgeben wollen? Was ist denn diese Unterschrift dann noch wert?, frage ich Sie, meine Damen und Herren. Solange sich an diesem unseriösen Verhalten nichts ändert, lehnt jedenfalls meine Fraktion Verträge mit den Macherinnen und Machern des AZ für den jetzigen, aber auch für jeden anderen Standort ab.

Statt immer nur neue Drohungen auszustoßen, würde ich den Macherinnen und Machern des AZ empfehlen, es einmal mit einer Entschuldigung insbesondere gegen die angegriffenen Entscheidungsträger zu versuchen. Die richtigen Worte zur richtigen Zeit sollen schon manches Wunder bewirkt haben. Jedenfalls sollen sie wirksamer sein als 1 000 Klebstofftuben. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich kann für die Fraktion pro Köln hier festhalten: Selten haben uns die Vertreter von der FDP und der CDU mehr aus dem Herzen gesprochen als heute hier in dieser Debatte. Uli Breite, wir stehen an Ihrer Seite.

(Heiterkeit und Beifall bei pro Köln)

Das ist unsere Devise in dieser Sache. Das möchte ich hier in aller Deutlichkeit festhalten.

Aber ich will auch Herrn Granitzka nicht unerwähnt lassen. Auch Herr Granitzka hat hier wahre Worte gesprochen. Ich biete Ihnen als Vertreter der CDU-Fraktion einen Pakt gegen Linksextremismus an, eine Koalition der Vernunft gegen Extremismus in dieser Stadt; denn pro Köln steht hier solidarisch an der Seite von CDU und FDP, aber auch solidarisch an der Seite unseres Herrn Oberbürgermeister und der bedrohten SPD-Ratsmitglieder. Wir sagen ganz klar: Auch wenn wir sonst politisch nicht viel gemeinsam haben, Gewalt und

Einschüchterungen dürfen nicht toleriert werden und können nicht toleriert werden. Hier müssen alle gewählten Volksvertreter zusammenstehen. Das ist ganz entscheidend, wenn wir die richtigen Lehren aus unserer deutschen Geschichte gezogen haben.

(Beifall bei pro Köln)

Ich muss aber auch dies kritisch anmerken: Umgekehrt hätten wir uns auch ab und an mal ein Wort der Solidarität oder der Distanzierung von Gewalt gewünscht, nämlich immer dann, wenn pro-Köln-Ratsmitglieder von Linksextremisten bedroht oder sogar auf dem Weg zur Ratssitzung angegriffen wurden.

Es werden ja nicht nur Türen mit Uhu zugeklebt, so schlimm das ist. Es hat auch psychologische Auswirkungen, zu wissen, dass solchen Leuten bekannt ist, wo man wohnt. Die Drohung, die dahintersteckt, ist ja, dass beim nächsten Mal nicht nur das Türschloss verklebt sein kann, sondern auch noch ganz andere Dinge passieren können.

Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und auch den anderen Vertretern von SPD oder CDU wäre kein Zacken aus der Krone gefallen, wenn Sie bei versuchten Mordanschlägen von Islamisten oder auch bei Drohungen und gewalttätigen Übergriffen von Linksextremisten gegen pro Köln ein Mal in aller Öffentlichkeit Worte gefunden hätten wie: Das dulden wir nicht. Wir mögen pro Köln zwar ansonsten nicht hier haben, aber auch die haben ein Recht, hier friedlich zu leben und friedlich ihr Mandat auszuüben. - Das können Sie sich ins Stammbuch schreiben. Das ist Ihr Versagen. Dass Sie das niemals gemacht haben, ist ein Skandal.

(Beifall bei pro Köln)

Meine Damen und Herren, es wurde viel Richtiges gesagt in dieser Debatte, abgesehen vom Vertreter der Grünen-Fraktion. Da von ihm aber auch sonst nie viel Richtiges oder Vernünftiges kommt, hat mich das nicht wirklich überrascht. Die anderen Redner haben wichtige Aspekte angesprochen.

Was hier aber bisher nicht oder nur ganz am Rande zur Sprache gekommen ist, das ist die politische Dimension. Es geht ja nicht einfach nur um eine Hausbesetzung aus sozialen oder welchen Gründen auch immer oder darum, dort ein Kulturzentrum zu etablieren. Ich bin ja sonst kein Freund der *BILD*-Zeitung, aber die *BILD* hat das Richtige zu diesem Kulturzentrum gesagt

und auch mit Fotos belegt, was für eine Art von Kulturzentrum das ist, wo im Moment Barrikaden aufgebaut, Stahlplatten verschweißt und Steine für die Katapulte schon bereitgelegt werden. Das ist ein potenzielles Bürgerkriegszentrum. Jede Minute, wo wir zuwarten, wird es schlimmer werden.

Klar ist auch: Das sind Linksextremisten. Stellen Sie sich einmal den umgekehrten Fall vor, nämlich wenn dies von rechtsextremen Skinheads irgendwo in dieser Stadt praktiziert würde. Würden Sie, wenn 100 Skinheads in die Stadt kommen und sagen würden, dass sie ihre Art der Kultur jetzt mal autonom ausleben möchten, und sich dafür einfach mal ein unbesetztes Haus gönnen und dort einziehen würden, immer noch sagen, dass man das tolerieren müsse? Herr Frank hat ja hier gesagt, man müsse auch alternative Lebensentwürfe in einer Stadtgesellschaft tolerieren. Das ist Irrsinn. Jedem ist klar, dass, wenn das Beispiel auf Rechtsextremismus umgemünzt würde, jeder sagen würde: Das kommt nicht infrage. Das darf nicht sein. Das kann nicht sein. - Aber im Bereich Linksextremismus soll plötzlich über solche Alternativen debattiert werden. Deshalb sage ich eines noch einmal klar und deutlich: Mit jedem Tag, wo zugewartet wird, mit jedem Tag, wo nicht geräumt wird, wird das Problem größer und die Auseinandersetzung am Ende gewalttätiger werden.

Bundesweit mobilisiert die linksextreme Szene. Der Anschlag auf die SPD-Parteizentrale in Berlin ist ja nur ein Aspekt. Wer die einschlägigen linken Internetseiten beobachtet, stellt fest, dass eine überregionale Mobilisierung stattfindet. Hier werden sozusagen die Truppen gesammelt, die Festung wird ausgebaut. Je länger man wartet, umso schlimmer wird es werden.

Deshalb - mein Schlusssatz - wird pro Köln auch weiter öffentlich Druck machen. Wir werden am 27. Juli eine Kundgebung durchführen: für eine sofortige Räumung und gegen Linksextremismus. Wir werden den demokratischen Druck weiter aufrechterhalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In der Diskussion um das Autonome Zentrum geht es schlicht und ergreifend darum, ob junge Menschen in der Stadt das politische Recht haben, ein unabhängiges Kulturzentrum auf städtischen Flächen zu gründen. Dazu sagen wir Linke generell: Ja, das wollen wir. Ja, das unterstützen wir.

(Beifall bei der Linken sowie bei Andreas Henseler [Freie Wähler])

Vor 33 Jahren wurde das Stollwerck-Gelände besetzt. Wie sich die Ereignisse ähneln! Auch damals trieb die CDU die SPD vor sich her. Die CDU forderte den Abriss und die Räumung. Oberstadtdirektor Rossa und dem Polizeipräsidenten schien eine Räumung zu riskant. Die Kölner SPD war in sich zerrissen.

Es müsse doch möglich sein, befand der damalige SPD-Chef Willy Brandt, einen Konflikt, wie er sich dort - gemeint war Köln - zurzeit abspielt - ich zitiere -, „auf andere Weise als durch die Polizei zu lösen“. Willy Brandt schickte Hans-Jürgen Wischnewski zur Vermittlung. Schließlich verhandelte die SPD mit den Besetzern. Heraus kam eine Übereinkunft, in der eine Zwischennutzung mit einem selbstverwalteten Kulturzentrum vorgesehen war. Daraus entstand die Kulturfabrik Stollwerck.

Ganz so friedlich war das damals auch nicht. In der Stadt brodelte es ganz schön. Der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Herterich sprach gar von „paramilitärisch ausgerüsteten Rockern“. Wenn man die Stadtgesellschaft heute fragt, sieht sie den Stollwerck-Konflikt im Rückblick eher positiv. Interessant ist auch, dass es im Historischen Archiv zum 25. Jahrestag der Stollwerck-Besetzung eine Veranstaltung gab. Ich habe leider nicht herausbekommen, ob die Bürgermeisterin damals ein Grußwort gehalten hat; ich meine, ja; aber ich kann es nicht belegen. Wie gesagt, das ist 33 Jahre her. Inzwischen ist die SPD 150 Jahre alt und sollte meines Erachtens doch etwas gelassener mit solchen Konflikten umgehen und darauf reagieren.

(Beifall bei der Linken.)

Heute brauchen wir wieder Gespräche, Lösungen und nicht eine gewaltsame Räumung der ehemaligen KHD-Kantine in Kalk, wie es die CDU in dieser Stadt seit 33 Jahren predigt. Es gibt auch räumliche Alternativen, wenn man das

AZ an einem anderen Standort haben will. Man muss das AZ nur wollen oder es dulden wollen.

Heute hat sich - wie damals - die Kultur der jungen Leute verändert. Deshalb sind die Jugend- und Bürgerhäuser aus den 70er-Jahren auch für manche nicht mehr attraktiv. Neue, individuelle Kultur- und Lebensformen werden gesucht und auch gefunden. Wir sollten solche Lebensformen nicht nur tolerieren, sondern uns auch dafür interessieren. Kreativität wirkt häufig nicht im ersten Moment schön, sondern ist meist neu und ungewohnt. Sie provoziert, und das ist auch gut so. Ohne Freiräume wird es keine Kreativität geben.

Für das AZ hat die Stadt Köln bisher keinen Cent ausgeben müssen. Warum sollen wir also eine Jugend- und Kultureinrichtung plattmachen, die die Stadt schlicht und ergreifend nichts kostet?

(Peter Kron [SPD]: Sie hätten eben zuhören sollen!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Bemerkungen zum Schluss machen. Frau dos Santos, Sie haben es einfach nicht verstanden, wenn Sie das Autonome Zentrum mit den Bürgerhäusern vergleichen. Es ist eine völlig andere Generation, die das entwickelt hat. Wenn man Herrn Niedecken heute fragen würde: Ist Ihnen eigentlich klar, was daraus geworden ist?, wäre er wahrscheinlich stolz auf das, was daraus geworden ist. Wenn Sie ihm aber diese Frage damals gestellt hätten, hätte er sicherlich gesagt: Nein, ein Bürgerhaus wollte ich aber nicht. - Sehen Sie, all das sind politische und auch persönliche Entwicklungsprozesse, die es dabei zu berücksichtigen gilt.

Dann zu dem Argument: Kalk muss sich entwickeln können. Dazu kann ich nur sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich habe ja oft mit Herrn Paetzold über Kalk gesprochen, und wir waren uns da total einig, dass wir, wenn auf diesem KHD-Gelände in Kalk 100 oder 200 Arbeitsplätze geschaffen werden, die Letzten sein werden, die Nein sagen. Aber diese Kantine hätte man sehr gut und locker-flockig in die Grünfläche einbinden können; überhaupt kein Problem.

(Beifall bei der Linken.)

Darauf sind Sie aber nicht eingegangen; so liegt doch der Fall.

Zum Schluss zu Ihnen, Herr Kahlen, und Ihrer Zeitschiene: Mir sind ja fast die Tränen gekommen, als ich hörte, dass das Autonome

Zentrum auch noch die Bundestagswahl verhindern kann.

(Heiterkeit bei der Linken.)

Meine Güte! Das hätte ich ja nun wirklich nicht gedacht. Dass die so stark sind, dass sie Wahlen verhindern können, meine Güte! Im Ernst: Ihre Zeitliste kann ich nicht nachvollziehen. Ich kann nur eines sagen: Wir haben ein Zeitfenster von etwa einem Jahr, und dieses Zeitfenster sollten wir zum Führen von Verhandlungen und zum Finden von Lösungen nutzen. Das ist meine Meinung. Ich glaube, auf diesem Weg befinden wir uns jetzt, und ich hoffe, wir schaffen es, bald eine Lösung zu finden. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken. sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen und von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen zu Herrn Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde):** Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne! Die Besetzerzeiten des Stollwerck-Geländes kenne ich nicht, aber auch ich war Besucher des Autonomen Zentrums in der Weißhausstraße, des Mauritiuswalls und - nicht zu vergessen - des Martha-Heublein-Zentrums in der Liebigstraße. Ich habe damals in erster Linie kulturelle Veranstaltungen besucht, die ich in irgendeinem Bürgerzentrum höchstwahrscheinlich so nicht hätte erleben können. Napalm Death hat dort gespielt. Für 5 Mark! Das war ein toller Abend. Das hat mir Spaß gemacht.

Gewalt ist nicht akzeptabel und Bedrohungen von Personen schon mal gar nicht. Ich kann den Mietern bzw. jetzt den Besetzern des Autonomen Zentrums in Kalk nur raten, davon noch stärker Abstand zu nehmen. Das Einzige, worin ich Herrn Breite uneingeschränkt zustimmen kann, ist, dass dafür eine Entschuldigung eigentlich angebracht wäre. Sie haben höchstwahrscheinlich recht: Eine Entschuldigung könnte vielleicht manch verschlossene Tür wieder öffnen. Das Gleiche empfehle ich auch im Falle einer Räumung. Eine gewaltsame Verhinderung oder Behinderung einer Räumung wäre der Sache höchstwahrscheinlich nicht dienlich.

Das AZ - das wurde hier schon zitiert - lässt sich nicht spalten. Es unterscheidet nicht zwischen gewaltbereiten und friedlichen Bewohnern. Aber das Gleiche passiert hier im Rat doch auch; denn Sie werfen die gewaltbereiten und die überwiegend friedlichen Nutzer des Autonomen Zentrums ebenfalls in einen Topf und verrühren das, was dort alles angeblich passiert, zu einem bedrohlichen Chaos. Das sehe ich nicht so.

Ich würde Sie ganz gerne - vielleicht nicht heute, aber zukünftig - bitten, über den Wert von Demokratie, Freiheit und auch Autonomie nachzudenken; diese Begriffe werden ja immer wieder hier zitiert. Es gibt viele Veranstaltungen und viele Parteien, Gruppierungen etc. in dieser Stadt, die mir absolut gegen den Strich gehen. Deshalb kann ich auch CDU und FDP verstehen, wenn ihnen politisch gesehen ein Autonomes Zentrum, wo sich per definitionem auch Linksextremisten aufhalten, ein Dorn im Auge ist, und wenn sie sagen, dass sie das nicht ertragen können und auch nicht ertragen wollen, zumal dann, wenn Verträge nicht mehr eingehalten werden. Aber dieser Freiräume bedarf es dennoch, selbst dann, wenn wir persönlich meinen, sie nicht mehr ertragen zu können oder sie unserer politischen Meinung zuwiderlaufen.

Ich glaube eben nicht, dass Bürgerzentren und andere kulturelle Nischen das auffangen können, wie Frau dos Santos Herrmann eben gesagt hat. Es ist schon etwas anderes, ob Sie einen Saal im BÜZE Ehrenfeld für ein paar Personen anmietet oder ob man ein eigenes Autonomes Zentrum hat, wo man über die Tagesordnung, die Formen des Zusammentreffens etc. vollkommen frei und allein entscheiden kann. Ich glaube, dass so etwas auch weiterhin und dauerhaft in Köln notwendig ist, und zwar selbst dann, wenn wir persönlich dies nicht wünschen oder niemals einen Fuß dort hinein setzen würden.

An dieser Stelle komme ich zu den Grünen. Es ist natürlich schön, dass Sie das von der Idee her unterstützen. Gleichzeitig - das wurde auch schon erwähnt - unterstützen Sie im StEA aber Anträge, die letztendlich auf eine Räumung des Zentrums hinauslaufen.

Im Hinblick auf die Suche nach einem Ersatzgelände frage ich mich natürlich auch: Welches Ersatzgelände soll das denn sein? Es muss ja ein Gelände sein, das die Stadt lieber kostenlos zur Verfügung stellt, statt es kommerziell anders zu nutzen. Ein solches Gelände kann ich mir in Köln einfach überhaupt nicht vorstellen, schon weil es natürlich immer einen anderen kommerziellen Zweck geben wird.

(Zuruf von der SPD: Gibt es aber!)

- Ja, vielleicht gibt es die. Aber selbst dort wird irgendwann ein Investor aufschlagen, und dann wird man sagen: Tut uns leid, ihr müsst da raus. Wir müssen dort jetzt Wohnungen bauen etc.

Deswegen möchte ich, dass wir den Wert als solchen wahrnehmen und dafür sorgen, dass ein solches Zentrum dauerhaft bestehen bleiben kann bzw. ihm dazu die Möglichkeit mit einem dauerhaften Vertrag gegeben wird verbunden mit dem Schutz, dass es nicht anderen Interessen geopfert wird.

Zur Zeitachse, Herr Kahlen: Da muss ich mich den Worten von Herrn Detjen anschließen. Auch ich war etwas überrascht über Ihren Parforceritt durch die Notwendigkeiten: von der Schulcontaineraufstellung bis hin zur Europawahl. Es gibt sicherlich Verkettungen von verschiedenen Modellen, die Sie da in Zukunft planen. Aber ich glaube genauso wie Herr Detjen, dass man, wenn man das Zentrum erhalten will oder ihm einen längeren Zeitraum einräumt, eine Lösung finden würde. Darum möchte ich hier jetzt die Verwaltung und auch den Herrn Oberbürgermeister bitten, die Verhandlungen weiterzuführen. Eine Entschuldigung der Bewohner wäre dafür, wie Herr Breite schon sagte, recht hilfreich. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der Linken.)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Henseler, bitte.

**Andreas Henseler** (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich kann an meinen Vorredner anknüpfen. Auch ich halte es für geboten, sich mit einer Entschuldigung öffentlich zu äußern und ein Stück weit mit dazu beizutragen, der für mich hier deutlich gewordenen Form von Hetze - ich meine jetzt nicht ausdrücklich Herrn Breite, aber das, was hier von einigen vorgetragen worden ist, ist schon eine Form von Hetze gegenüber Minderheiten - ein bisschen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das kann man machen, indem man eine Entschuldigung anbietet.

Als Erstes will ich ganz ausdrücklich sagen: Ich bin kein Unterstützer dieses Autonomen Zentrums, und die Freien Wähler sind es auch nicht. - Erster Punkt.

Zweiter Punkt. Ich teile die Auffassung derjenigen, die hier gesagt haben, dass Gewalt überhaupt nicht tolerabel ist, und zwar an keinem Punkt, und dass Recht und Gesetz einzuhalten sind. Aber Recht und Gesetz sind nicht abstrakte Normen, sondern sie müssen gelebt werden, auch in einer Großstadt wie Köln. Es nutzt nichts, nur abstrakt auf das Einhalten dieser Normen zu drängen und gleichzeitig auf die anderen nicht in einem Punkt zuzugehen. Ich weiß, dass Sie nicht auf irgendeinen zugehen wollen, sondern Sie wollen die Konfrontation; das ist eben so. Das machen Sie mit Ausländern, das machen Sie mit islamischen Mitbürgern, das machen Sie überall. Deswegen spielt Ihr Geschwafel, jedenfalls in diesem Zusammenhang, überhaupt keine Rolle.

(Henk van Benthem [CDU]: Wen haben Sie jetzt angesprochen?)

- Ich meine die Damen und Herren hinten in der ganz rechten Ecke.

(Henk van Benthem [CDU]: Dann sagen Sie das bitte auch!)

- Ja. Das sage ich hier laut und ausdrücklich.

(Markus Wiener [pro Köln]: Ich kann lauter!)

- Das glaube ich nicht. Das ist Einbildung. Wenn du ein Mikro hast, bist du immer lauter.

(Zuruf von pro Köln: Hör auf, uns zu duzen!)

- Ja, ist ja gut.

Mich hat der Vortrag des Stadtdirektors wirklich beeindruckt. Ich habe ja in meinem langen politischen Leben schon mehrere solche Prozesse und Auseinandersetzungen erlebt. Sie laufen immer nach dem gleichen Muster. Herr Detjen hat freundlicherweise die Historie von Stollwerck vorgetragen. An Stollwerck war ich damals nahe dran; denn ich war damals stellvertretender Vorsitzender des sozialdemokratischen Ortsvereins, in dem sich das alles abspielte. Deswegen kann ich ein bisschen beurteilen, wie so etwas abläuft. Es läuft immer nach dem gleichen Muster: Es wird Zeitdruck erzeugt - es geht überhaupt nicht anders; es muss jetzt sofort alles entschieden werden -, und dann muss natürlich wegen dieses Zeitdrucks gehandelt werden mit dem Ergebnis, dass die gesellschaftlichen Konflikte, die mit diesen Dingen verbunden sind, wachsen. Die gesellschaftlichen Konflikte werden größer.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, das auch unter großem Zeitdruck stand, und zwar noch vor Stollwerck. Das war die Auseinandersetzung über die Kleingartenanlage an der Neusser Straße, rechts und links der Inneren Kanalstraße. Diese Auseinandersetzung ist durch städtisches Handeln provoziert worden. Die Kleingärtner mussten nämlich dort ganz schnell weg, weil die Stadtautobahn gebaut werden sollte. Deswegen musste das Gelände geräumt werden. Ich empfehle Ihnen, meine Damen und Herren, dort einmal vorbeizugehen. Sie werden feststellen: Die Fläche ist immer noch geräumt, es ist eine grüne Wiese. Nur eine Stadtautobahn werden Sie dort nicht sehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Gott sei Dank!)

- Ja, natürlich Gott sei Dank, dass man die Stadtautobahn dort nicht finden kann. - Nur so viel zum Zeitdruck.

Deswegen ist meine Empfehlung, den Konflikt zu entschärfen, indem man den Leuten - es handelt sich ja hier um Jugendliche und junge Leute; das muss man sich ja auch noch einmal klarmachen - ein Angebot macht. Das Angebot kann nicht der Zugang zu den Bürgerzentren sein, sondern man muss ihnen die Möglichkeit einräumen, selbstverwaltete Jugendarbeit so zu gestalten, wie sie sich das vorstellen. Das muss in einer Stadt wie Köln möglich sein. Ich finde, die Zeit, die zur Verfügung steht, sollte dafür genutzt werden - das sage ich hier ausdrücklich für die Freien Wähler -, den jungen Leuten dort ein Stück weit entgegenzukommen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Teilen der Linken sowie von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es gibt noch zwei Wortmeldungen. Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Da hier mehrmals, gerade eben auch noch einmal von Herrn Zimmermann, der Beschluss im StEA angesprochen wurde, fühle ich mich doch irgendwie dazu aufgerufen, das noch einmal zu erklären.

Es geht bei gesellschaftlichen Konflikten doch immer darum, eine Lösung zu erreichen. Diese Lösung muss aber auch konsensfähig sein.

Einen Konsens zu finden, heißt, aufeinander zuzugehen und auch Dinge, die man nicht leidenschaftlich gern macht, erst einmal zu akzeptieren und darauf zu hoffen, dass es zu einer Lösung kommt. All diejenigen, die versucht haben, an einer Lösung mitzuwirken, haben es bis jetzt nicht geschafft, diesen Konsens herzustellen, auch nicht im Stadtentwicklungsausschuss.

Ich will hier mal ein Szenario aufmachen. Angenommen, die Grünen hätten im Stadtentwicklungsausschuss gegen die Grünfläche in Kalk und gegen die Erweiterung der Schule gestimmt: Wäre dadurch der gesellschaftliche Konflikt, nämlich ob die Stadt Köln Raum für ein solches autonomes Zentrum findet, wirklich gelöst? Nein. Deshalb werden hier Scheindebatten geführt. Die Kernfrage ist doch: Gibt es einen solchen Ort in der Stadt? In einer so großen Stadt wie Köln gibt es immer einen Ort für eine solche Lösung, wenn man sie denn will.

Dazu muss es neben einem gesellschaftlichen auch einen politischen Konsens geben. Eine Minderheit von Deine Freunde, den Freien Wählern, den Grünen und der Linken reicht dafür nicht aus; dazu bedarf es einer Mehrheit. Dafür brauchen wir - tut mir leid - die SPD, weil die CDU selten für derlei Lösungen zur Verfügung steht. Diese steht eher fürs Scharfmachen, und die FDP hilft ihr ordentlich dabei, zumindest die FDP in Köln. Die richtig Liberalen in Deutschland - die gibt es ja auch - sind da freiheitsliebender als die FDP, die wir hier haben. Deswegen appelliere ich hier an die SPD.

Auf den Spruch „Zürich brennt - Köln pennt“ war ich immer stolz. „Köln pennt“ hieß: Wir hatten in Köln in der Vergangenheit nicht solche gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen, wie es sie in Zürich, in Berlin oder in Hamburg gab. Wir hatten den Kölner Weg. Der Kölner Weg hat auch etwas mit der Kölner Mentalität zu tun. Auch wenn Dinge passiert sind, die ich ablehne - und dazu gehört Gewalt; es hört sich immer ein wenig billig an, wenn sich hier jeder davon distanziert, aber auch ich sage, natürlich finde ich das nicht gut -, muss man auch die berechtigten Interessen berücksichtigen und einen Weg hin zu einer Lösung zu finden. Ich appelliere an alle - da richte ich mich auch in diese Richtung -: Lasst uns versuchen, einen Weg zu finden! Dafür ist noch Zeit. Ich bin auf jeden Fall für die Erweiterung der Schule und für die Entwicklung einer Grünfläche in Kalk; denn Kalk ist zweifelsfrei der am meisten

benachteiligte Stadtteil Kölns, was die Ausstattung mit Grünflächen anbelangt.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr van Benthem, hatten Sie eine Frage direkt dazu?

**Henk van Benthem (CDU):** Frau Kollegin Moritz, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie eine Partei, die für Werte, für Recht, für Gesellschaft und Ordnung steht, als Partei der Scharfmacher titulieren, oder haben Sie das etwas anders gemeint? Wenn dem so wäre, wäre das eine ziemliche Frechheit, die ich so nicht stehen lassen kann.

(Beifall bei der CDU)

**Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen):** Ja, aber da bleibt Ihnen nichts anderes übrig. Denn unter Recht und Ordnung - das wird in überspitzter Form auch mit Law & Order identifiziert - versteht man in der deutschen Sprache etwas ganz Bestimmtes und das kann auch zur Scharfmacherei gegenüber Minderheiten führen, auch wenn Sie das nicht akzeptieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Niklas Kienitz [CDU]: Das Leben ist so einfach!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zuallererst dazu aufrufen, dass wir uns hier rhetorisch nicht unnötig zu viel aufladen. Das gilt für alle Richtungen hier. Ich bin den Beteiligten, die hier erkennbar den Versuch unternommen haben, auf den Kern eines sachlichen Problems zu kommen, sehr dankbar, dass sie der Versuchung widerstanden haben, hier durch verbale Aufrüstung einen ohnehin schon relativ scharf ausgetragenen Konflikt noch weiter zu verschärfen. Ich glaube, das wäre überhaupt nicht im Sinne der Stadt und der in vielfältiger Art und Weise Beteiligten.

Das Autonome Zentrum und die Erscheinungsformen, die damit einhergehen, darf man - das ist unsere tiefe Überzeugung - nach dem, was wir über die

Jahre von dem Ort wissen, weder romantisieren - es gibt Strafanzeigen, es gibt Belästigungen, es gibt Unruhe - noch pauschal kriminalisieren. Irgendwo dazwischen liegt vermutlich die Wahrheit. Deswegen glaube ich, dass es sehr viel Sinn macht, sich genau anzusehen, wer wann was gemacht hat oder wer wann was machen will oder wer wann was politisch umsetzen will.

Ich möchte für die SPD-Fraktion noch einmal sehr klar sagen, dass wir an einer friedlichen Lösung des Konflikts außerordentlich interessiert sind. Für uns ist aber genauso klar, dass das Autonome Zentrum an dieser Stelle kurzfristig keine Zukunft hat. Wir brauchen - das haben wir eben gehört - das Areal für eine Schulerweiterung. Es wird mittelfristig, mit demokratisch breiter Mehrheit legitimiert, eine andere stadtentwicklungspolitische Planung an dieser Stelle geben. Wir werden daher mit den notwendigen Mitteln auf eine Beendigung der bisherigen Nutzung des Gebäudes drängen. Ich wiederhole noch einmal: Wir sind an einer friedlichen Lösung interessiert. Den Schlüssel dafür haben allerdings nach unserer festen Überzeugung die Autonomen in der Hand.

Deswegen möchte ich doch noch auf Ihren Beitrag, Herr Kollege Frank, eingehen. Sie haben ja vorhin davon gesprochen, dass man Konflikte politisch lösen muss. Ich will Ihnen insoweit zustimmen, wenn dieser Satz präzisiert wird: Politische Konflikte muss man politisch lösen. Das ist vollkommen richtig. Solange es geht, müssen wir das auch alle miteinander hier versuchen. Man darf dabei aber auch Ursache und Wirkung nicht verwechseln. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wer in einer Situation, in der zu Recht angemahnt wird, politische Konflikte politisch zu lösen, am Ende Parallelen zu Istanbul zieht, bzw. denjenigen, die sich auf den Fundamenten des Staates bewegen wollen, Gewaltfantasien unterstellt, der verhält sich vollkommen deplatziert. Das ist auch eine Frage von Scharfmacherei und von Verunglimpfung,

(Beifall bei der SPD, der CDU  
und der FDP)

die wir nicht akzeptieren können und die wir nicht akzeptieren wollen.

Gestatten Sie mir einmal einen Ausflug ins Grundsätzliche; denn an der Stelle geht es, glaube ich, schon an die Fundamente dessen, wie wir hier zusammenarbeiten müssen und was seit vielen, vielen Jahrzehnten eigentlich immer

auch der Grundkonsens des Staates war, nämlich das Gewaltmonopol des Staates

(Zuruf von der FDP: So ist es!)

Wenn ich mich an meine Studienzeit richtig erinnere, ist dieser Begriff von Max Weber geprägt worden, nämlich in seinem Buch „Politik als Beruf“. Dieses Buch habe ich übrigens damals sehr intensiv gelesen, und Sie sehen ja, was aus mir geworden ist.

(Heiterkeit)

Ich bin weiß Gott nicht der Prototyp des Max Weber'schen Politikers, aber seinen Max Weber sollte man immer kennen, und an der Stelle kenne ich ihn. Seit Max Weber gibt es eben politisch formuliert und artikuliert das Gewaltmonopol des Staates. Das sagt ja nicht mehr und nicht weniger, als dass sich alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger eines Staatsgebiets darauf verpflichten und darauf verzichten, die Durchsetzung tatsächlicher oder vermeintlicher Ansprüche durch eigenes Tun, durch eigene Gewalt durchzusetzen. Vielmehr übertragen die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ebendieses Gewaltmonopol auf die staatlichen Organe, auf die Exekutive. Die wiederum ist im Gegenzug dazu verpflichtet, dieses Monopol nur nach Recht und Gesetz auszuüben, was auch gerichtlich überprüft werden kann. Das ist sozusagen - lassen Sie mich das auf Neuhochdeutsch sagen - der Deal: Die Bürger übertragen das Gewaltmonopol auf den Staat, und dafür muss sich der Staat kontrollieren lassen, mit allen demokratischen und juristischen Mitteln.

Um jetzt diesen theoretischen Exkurs zu beenden: Solange die Autonomen und ihre Unterstützer - das will ich in aller Ausdrücklichkeit sagen - nicht ohne jeden Zweifel und ohne WeFnn und Aber auf Gewalt gegen Personen oder Sachen verzichten und solange sich die Besetzer nicht an eigene schriftliche Zusagen bei Beendigung des Vertrages halten, können sie nicht auf einen Dialog für Alternativen hoffen. So bitter diese Erkenntnis ist, aber dies will ich hier sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie  
bei Teilen der CDU)

Man darf eben Ursache und Wirkung nicht verwechseln. Und da wäre ich Ihnen, Herr Kollege Frank, und Ihrer Fraktion sehr dankbar, wenn Sie bei der Frage des Umgangs mit Gewalt

nicht uneindeutig, sondern höchst eindeutig agieren. Das wäre meine herzliche Bitte.

(Beifall bei der SPD, der CDU  
und der FDP)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Es gibt kein Grundrecht auf ein Autonomes Zentrum in dieser Stadt. Aber eine Stadt ist mehr als eine Erfüllung von Grundrechten. Sie wird bunter, kreativer und offener, wenn sie auch Lebens- und Ausdrucksformen akzeptiert, die nicht jedermanns Sache sein mögen. Frau dos Santos Herrmann hat in ihrem sehr abgewogenen Beitrag vorhin darauf hingewiesen, dass sich diese Stadt nicht vorhalten lassen muss, dass es hier keine Räume für Kreativität, auch für selbstbestimmte Kreativität, gibt. Sie hat, wenn man ihr wirklich zugehört hat, nicht behauptet, dass es in der Stadt Köln bereits exakt das gibt, was im Autonomen Zentrum an der Wiersbergstraße bisher praktiziert worden ist. Deswegen sage ich: Ich halte es für ein Gebot der Klugheit, die Tür so lange offen zu halten, wie es irgend geht - dazu sind wir bereit -, aber nicht auf der Grundlage dessen, was wir momentan erleben, sondern unter den klaren Voraussetzungen, die ich eben noch einmal geschildert habe. Das vonseiten der SPD noch einmal festzuhalten, ist mir außerordentlich wichtig. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen der  
CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Mit Blick auf die Uhr darf ich Folgendes anmerken: Das ist eine Aktuelle Stunde. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass eine Stunde nicht überschritten werden soll. Deswegen schaue ich in die Richtung derjenigen, die sich noch gemeldet haben. Herr Uckermann, Sie hatten sich eben gemeldet. Sie können es auch vom Platz aus machen.

(Ralph Sterck [FDP]: Herr Oberbürgermeister, erklären Sie doch die Aktuelle Stunde für beendet!)

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie wissen doch, dass gerade bei schwierigen Themen die Fraktion pro Köln gerne an Ihrer Seite steht, und deshalb stehe ich auch gerne hier vorn.

(Beifall bei pro Köln)

Wir dürfen ja auch zusammenfassen, dass das Ergebnis der heutigen Sitzung der pro-Köln-Effekt ist. In der Bezirksvertretung Kalk war es unser Ratsmitglied Markus Wiener, der das Thema immer wieder vorgebracht hat, weil wir die Sorgen der Anwohner ernst genommen haben. Dafür wurden wir von den Altparteien - übrigens auch von der CDU, bevor sie umgeschwenkt ist - belächelt. Es wurde verniedlicht, dass die umliegenden Spielplätze bestohlen werden. Da wird der Sand dafür genutzt, um Sandsäcke zu füllen und Barrikaden aufzuschütten.

(Lachen bei Brigitta von Bülow [Bündnis  
90/Die Grünen])

Da werden Spielgeräte abgebaut, um das Metall zur Verstärkung der Außenbefestigung zu nutzen. Herr Oberbürgermeister, das ist die Realität. Wir haben die Schweißarbeiten selber gesehen.

Während Sie hier debattieren, während Herr Börschel und Frau Moritz hier beschwichtigen wollen, wird dort weiter aufgerüstet. Die Polizei hat dann die Drecksarbeit zu tun. Die Polizei gerät selbst in Gefahr, weil Sie das Ganze hier verzögern.

(Beifall bei pro Köln)

Man kann es den Polizeibeamten - hier wurde ja vom Gewaltmonopol des Staates gesprochen; dazu steht unsere Fraktion -

(Lachen bei Brigitta von Bülow [Bündnis  
90/Die Grünen])

nicht zumuten, dass sie durch diese Verzögerung in Lebensgefahr geraten. Dass das Ganze schwierig ist, ist allein schon daran zu sehen, dass die Polizei beim ersten Termin für die Räumung des Geländes mit 2 000 Polizisten dort erschienen ist.

Ja, wissen Sie und dann steht hier ein Neumitglied, nämlich der liebe Andi - wir wollen uns ja jetzt duzen; wo ist er? da ist er; Ihr Gesicht ist mir noch nicht so geläufig -, und erzählt von Kleingärtnern, die einen gewissen Widerstand gegen eine städtische Entscheidung geleistet haben. Die Fraktion pro Köln ist immer an der Seite der Bürger, sie versucht immer zu vermitteln, gerade auch wenn es um Menschen geht, die durch Gartenbau unsere Stadt verschönern wollen. Aber diese Kleingärtner mit diesen Militanten zu vergleichen, das ist schlicht und ergreifend irrwitzig. Daher, lieber Andi - wir nehmen das „Du“ gerne an -, müssen wir wirklich

sagen: Wir erwarten von einem Ratsmitglied, dass es diese Stadt kennt und so etwas nicht verniedlicht.

(Beifall bei pro Köln)

Dann wurde von diesem Neumitglied im Rat vorgetragen, es ginge hier um Hetze. Das ist genau der Stasi-Jargon, der hier genutzt wird, um einen unhaltbaren Zustand zu verniedlichen und Gegner zu diffamieren. Das weisen wir zurück.

Wir erwarten jetzt, dass der Rat der Stadt Köln die Polizei unterstützt, dass er die Polizeibeamten nicht in Gefahr bringt und dass er den Leuten da nicht noch mehr Zeit gibt, sich weiter zu bewaffnen. Wir fordern, dass hier jetzt im Sinne der Stadt Köln gehandelt wird, und zwar schnell. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir als Ergebnis festhalten, dass hier einige Fragen gestellt worden sind. Es ist Aufgabe der Verwaltung, entsprechende Stellungnahmen dazu zu erarbeiten und den Rat zu informieren. Deswegen lasse ich darüber abstimmen, ob Sie damit einverstanden sind, dass die Fragen, die in der Aktuellen Stunde aufgeworfen worden sind, an die Verwaltung zur weiteren Bearbeitung verwiesen werden. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann wird das so geschehen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

## **2 Annahme von Schenkungen / Vermächnissen / Erbschaften**

Zu Tagesordnungspunkt 2.1:

### **2.1 Annahme einer Geldspende der Lufthansa AG an das Gürzenich-Orchester Köln 1541/2013**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so genehmigt. Wir bedanken uns ganz herzlich bei dem Unternehmen.

Zu Tagesordnungspunkt 2.2:

### **2.2 Annahme der Schenkung einer Steinskulptur "Heiliger Johannes" Frankreich 14. Jahrhundert durch die Erben Dr. Konrad Adenauers (1906 - 1993) für das Museum Schnütgen 2119/2013**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das angenommen. Wir bedanken uns in gleicher Herzlichkeit bei denjenigen, die dies für unser Museum Schnütgen gespendet haben.

(Beifall)

- Ja, so viel Zeit muss sein.

Jetzt kommen wir zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

### **3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Filmhaus Köln - Ausschreibung der neuen Trägerschaft" AN/0933/2013**

#### **Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/0977/2013**

Frau Dr. Bürgermeister, bitte.

**Dr. Eva Bürgermeister (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Jetzt geht es sicher um ein etwas einfacheres Thema als das, was wir gerade erörtert haben. Es geht um Film.

Film ist für uns heute ein alltäglich präsent Medium, vor allem in Fernsehen und Internet. Dazu kommen Angebote in den großen kommerziellen Kinos, bei denen sich zwischen den Blockbustern sogar immer mal Filme entdecken lassen, wo Kunst und Kommerz zusammenfinden. Ein guter Film kann auch kommerziell erfolgreich sein, aber das ist leider eher selten. Dabei gibt es eine Vielzahl sehr guter Dokumentar- und Spielfilme als Kurz- oder Langfilme, die es nicht in die großen Kinos oder auf den DVD-Markt schaffen und es aufgrund ihrer Themen, ihrer Machart, ihrer Bilder, ihrer Musik, ihrer besonderen Geschichte unbedingt verdienen, auf der Leinwand gezeigt zu werden.

Der Film hat es leider immer noch schwer, als Kulturgut anerkannt zu werden.

(Zuruf von der CDU: Die Mode auch! – Heiterkeit)

- Das habe ich nicht verstanden.

Umso dringlicher sind Projekte und Orte, die Filmkultur präsentieren und fördern und eigene Wege zur Entdeckung von Filmkultur ermöglichen. Festivals spielen hier eine besondere Rolle. Sie sind eine Art von Feiertagen der Filmkultur und bieten Raum für besondere Themen, Aspekte oder auch besondere Zielgruppen von Filmen.

Im Filmkulturförderkonzept der Stadt Köln heißt es:

In ihrem filmwirtschaftlichen und filmkulturellen Angebot besitzt Köln ohne Zweifel eine herausragende Stellung in NRW und in Deutschland.

Meine Damen und Herren, mit diesem Antrag wollen wir die Rahmenbedingungen für einen Neuanfang des Kölner Filmhauses schaffen; denn das Kölner Filmhaus ist seit vielen Jahren ein wichtiger Ort für die Kölner Filmkultur. Hier wurden ein kulturelles Kino- und Veranstaltungsprogramm als Kernprogramm und wichtige Angebote zur Fort- und Weiterbildung, zur Produktionsunterstützung, zum Technikverleih durchgeführt. Das Filmhaus war immer wieder auch neben dem Filmforum NRW die zentrale Adresse bei Kölner Filmfestivals von Exposed bis Cinepänz. Seine Bedeutung und Anerkennung als Filmhaus mit einem sehr breiten Angebot rund um das Thema Film reichte weit über die Kölner Medienstadt hinaus und war, wie auch in der Kölner Presse zu lesen war - Zitat -, „ein bundesweit ausstrahlender cinephiler Leuchtturm“. Immer wieder ist vor allem der Kino-Betrieb des Filmhauses auch von den Mitgliedern von KinoAktiv - so heißt der Zusammenschluss von fast allen Kölner Filminitiativen - als ein wichtiger Baustein der kulturellen Filmarbeit genannt worden.

Bei aller Begeisterung für die zahlreichen dezentralen Angebote der Kölner Filmkultur - zuletzt bei den Kölner Kinonächten, die wieder sehr erfolgreich an verschiedenen Plätzen in Köln durchgeführt worden sind - ist es wichtig für die Kunst- und Kultursparte Film, einen festen Ort in Form einer kulturellen Begegnungsstätte im Bewusstsein der Kölnerinnen und Kölner verankern zu können. Da ist nun mal das Kölner Filmhaus mit seinem kleinen Kino eine gute Adresse, die auch für den Kölner Filmnachwuchs von Bedeutung ist.

Die SPD unterstützt diesen eigenen, auch öffentlich identifizierbaren Raum für die

Filmkultur. Das ist auch ein wichtiges Signal für die Medienstadt Köln. Nach den Schwierigkeiten in der letzten Zeit - die Insolvenz des Vereins, der anstehende Heimfall der Immobilie - hoffen wir nun, mit diesen, zum Teil in unserem Antrag neu justierten Rahmenbedingungen für den Betrieb eines Kölner Filmhauses die Grundlagen für eine erneut erfolgreiche Arbeit in diesem Haus zu legen. Immerhin ist diese Immobilie ja mit nicht unbeträchtlicher Unterstützung auch des Landes Nordrhein-Westfalen als Ort der Filmkultur wiederhergestellt worden. Die SPD-Fraktion wünscht sich ein lebendiges Filmhaus auf einer wirtschaftlich und organisatorisch stabilen Basis, das auch in Kooperation mit vielen Kölner Anbietern gute Ideen realisieren und vielfältige, regelmäßige Angebote für die Filmkultur in Köln bereitstellen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, es freut uns, dass Sie mit Ihrem Ersetzungsantrag sozusagen deutlich machen, dass Sie unseren Antrag unterstützen. Wir sind der Meinung, dass das, was Sie darin formulieren, selbstverständlich ist. Wir wollen erst einmal die Rahmenbedingungen schaffen. Der Aspekt, den Sie in Ihrem Änderungsantrag anführen, sollte dann in der Verhandlung des Vertrages seinen Niederschlag finden. Von daher werden wir Ihren Zusatzantrag ablehnen,

(Lachen bei der FDP)

hoffen aber trotzdem auf Unterstützung Ihrerseits. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zu Frau von Bülow. Bitte schön.

**Brigitta von Bülow** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! In unserem Antrag - das ist schon deutlich geworden - geht es um die Zukunft des Filmhauses Köln. Es geht darum, das Haus für den Film langfristig zu sichern, und es geht darum, der Filmkunst in Köln eine Zukunft zu geben. Daher wird die Verwaltung beauftragt - so steht es im Antrag -, „die städtische Immobilie ‚Kölner Filmhaus‘, Maybachstraße 111, für den Betrieb eines Filmhauses öffentlich auszuschreiben“. Die einzelnen Kriterien und Maßgaben sind, denke ich, selbsterklärend. Hinweisen möchte ich allerdings darauf, dass mit dem Beschluss noch einmal deutlich gemacht wird: Wir möchten das Haus in der

Maybachstraße als Ort für Filmkunst erhalten. Wir möchten, dass das Haus im Erbbaurecht vergeben wird und dass ein potenzieller Betreiber belastbare konzeptionelle und auch wirtschaftliche Planungen vorlegt.

Von 1995 bis Mitte 2012 war das Filmhaus bereits ein etablierter und wichtiger Ort der Filmkunst. Die Idee, die hinter seiner Gründung Anfang der 90er-Jahre stand, bleibt richtig: Köln braucht ein attraktives Zentrum für unabhängige Filmkunst. Genau darum geht es. Das zu sichern, darum geht es in unserem Antrag.

Vor einem Jahr - Sie erinnern sich - sah es nicht danach aus. Ein Blick in die Schlagzeilen der Kölner Presse von 2012 belegt dies. Es hieß: „Ein Graben, tiefer als der Grand Canyon“, „Filmhaus kämpft ums Überleben“, „Insolvenz: Rettung des Filmhaus gescheitert“ usw. Aber dann konnten wir auch schon lesen: „Suche nach neuem Betreiber“, „Filmhaus soll Haus der Filmkunst bleiben“.

Wir erinnern uns: Der alte Träger des Filmhauses ging nach quälenden internen Streitigkeiten insolvent. Am 31. Oktober 2012 hatte die Stadt per Dringlichkeitsentscheid den Heimfallanspruch der Stadt formuliert. Durch die Auslösung des Heimfalls konnte sichergestellt werden, dass Haus und Grundstück kein Teil der Insolvenzmasse wurden. Da der Heimfall nun rechtswirksam ist, ist es wichtig, jetzt einen neuen Träger zu suchen, der das Haus eigenverantwortlich auf Basis eines tragfähigen Konzeptes und einer neuen Erbpachtvereinbarung führt. Gebraucht wird ein Träger, der das Haus professionell managt, sowohl was das Künstlerische angeht als auch was Verwaltung und Finanzen betrifft.

Die Stadt hatte das Haus Mitte der 90er-Jahre an den ursprünglichen Trägerverein in Erbbaurecht übergeben. Das Land NRW unterstützte Ende der 80er-Jahre die Gründung eines Filmhauses im Wege der Städtebauförderung mit einer entsprechenden Zweckbestimmung. An dieser noch wirksamen Zweckbestimmung knüpfen wir an; denn das Filmhaus soll weitermachen können.

Wir streben mit dem Antrag an, dass möglichst noch 2013 eine Entscheidung über den zukünftigen Betreiber getroffen werden kann, und möchten den Weg für einen nachhaltigen Neustart bereiten. Ich denke, das kann gut gelingen. Derzeit gibt es eine Zwischennutzung im Haus. Seit Ende November 2012 läuft glücklicherweise im Rahmen einer

Zwischennutzungsvereinbarung der Kinobetrieb weiter. Das heißt, das Haus ist auch schon im Augenblick als Filmhaus sichtbar.

Mit der öffentlichen Ausschreibung des Filmhauses wird nun wieder eine langfristige Perspektive angestrebt. Ich bin zuversichtlich, dass sich ein Träger finden wird, der das Haus als Kino und Veranstaltungsort mit Leben füllt. Neben dem Kino im Museum Ludwig, das vom Filmforum NRW betrieben wird, könnten so mit städtischer Unterstützung auf Dauer zwei Spielstätten und Veranstaltungsorte für Filmkunst etabliert werden. Zudem unterstützt die Stadt auch weiterhin den Filmclub 813, der sein Kinoprogramm im städtischen Haus „Die Brücke“ veranstaltet. Damit schaffen wir auch für die Zukunft insgesamt gute Aussichten für den Film in Köln.

Frau Dr. Bürgermeister hat schon auf den Änderungsantrag der FDP reagiert. Dem kann ich mich voll und ganz anschließen. Ich denke, im Augenblick ist er noch überflüssig; denn juristische Einzelheiten werden ohnehin im Ausschreibungstext festgehalten, der den Fachausschüssen vorab vorgelegt wird. In unserem Antrag heißt es ja auch, dass wir einen Betreiber suchen, der ein wirtschaftlich belastbares Konzept vorzulegen hat, was wir dann genau prüfen werden. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der Linken.)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau von Bülow. - Wir kommen zu Frau Welcker. Bitte schön.

**Katharina Welcker (CDU):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir von der CDU waren erstaunt, sehr erstaunt. Da gibt es doch tatsächlich *ein* Thema, über das Sie von Rot-Grün nicht derart streiten müssen, dass Sie keinen eigenen Antrag stellen können. Das ist ja so brilliant. Sie haben tatsächlich etwas gefunden, was so klar ist, dass es keinerlei Meinungsverschiedenheiten geben kann. Und so haben Sie schnell zugegriffen, bevor der Oberbürgermeister seine Verwaltungsvorlage fertig hatte, und haben dazu einen eigenen Antrag geschrieben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Seien Sie nicht traurig, Herr Oberbürgermeister! Bei Ihnen liegen ja noch viele Vorlagen, die noch

unbearbeitet sind und auf deren Einbringung wir warten. Da können Sie sich sicherlich auch selber profilieren. Gönnen Sie Ihren Kollegen die Gelegenheit, sich hier auch einmal zu präsentieren! Es ist wirklich erstaunlich.

Wir stimmen dem Antrag natürlich zu. Ich meine: Warum sollte man diesem Antrag eigentlich nicht zustimmen?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Man muss es nicht! - Martin Börschel  
[SPD]: Der CDU ist alles zuzutrauen!)

Wir sind an die Städtebauförderungsmittel bis Mitte 2023 gebunden. Wenn wir sie nicht zurückzahlen wollen, werden wir dem wohl zustimmen müssen. Da steht nichts Neues, nichts Interessantes drin. Drei Mitteilungen haben wir seit Anfang dieses Jahres bekommen, in denen die Verwaltungsvorlage ankündigt wird, und nun haben Sie das Thema aufgegriffen und es beschleunigt. Wir sind begeistert. Sie haben es vor der Wahl geschafft.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Inhaltlich kann man dem nichts hinzufügen. Natürlich wollen auch wir das Filmhaus erhalten. Wir hätten auch gerne die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters abgewartet, aber das dauert ja oft sehr lange. Deshalb war das hier vielleicht auch ganz günstig.

Meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, wenn Sie sich daneben – abgesehen davon, dass Sie sich gut fühlen, wenn Sie einen eigenen Antrag stellen –

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ich fühle mich auch sonst gut!)

jetzt auch noch überlegen, wie Sie den Wähler überzeugen, dann würde ich Ihnen folgende Idee vorschlagen: Es sind demnächst Wahlen. Der Oberbürgermeister ist durch die Stadt gezogen und hat allen möglichen Menschen etwas versprochen. Wie wäre es, wenn Sie den Antrag stellen, dass der Oberbürgermeister all diese Versprechen in Beschlussvorlagen fasst, die er uns bis zum Ende der Ratsperiode einmal vorlegt?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Tolle Idee! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist denn schon Weihnachten?)

Dann können Sie immer noch entscheiden, ob Sie sie dann annehmen wollen oder nicht.

(Beifall bei CDU und der FDP - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Weihnachten ist doch nicht im Sommer, Frau Welcker!)

Das wäre einmal etwas, worauf die Bürger wirklich warten. Es gibt noch viele offene Versprechen, von denen wir hoffen, dass sie bald erfüllt werden. Es ist ja auch irgendwann wieder Weihnachten; da wäre doch mal was drin.

Zur FDP möchte ich sagen: Ich finde Ihren Ergänzungsantrag gut. Allerdings - da muss ich mich SPD und Grünen anschließen - gibt es ein Aber. Es gibt nämlich ein Erbbaupachtrecht, das wir hier vergeben wollen und das auch im Antrag extra festgehalten ist. Wenn ein Trägerverein sich in irgendeiner Form an dieser Stelle betätigen soll, wird er wahrscheinlich einen Kredit brauchen, den er grundschuldabsichern muss. Wenn das unser Grundstück ist, was wir in Erbbaupachtrecht weggeben, werden wir am Ende wieder diejenigen sein, die es ablösen müssen, falls der Verein wieder pleitegeht. Das ist einfach so. Insofern stimme ich SPD und Grünen zu, dass wir hier zunächst einmal die genauen Konditionen ausarbeiten müssen, wie ein neuer Verein oder eine andere Konstellation sich konstituieren muss, um die Sache anzunehmen, und dann überlegen, wie wir verhindern, dass die Stadt Köln selbst in die Haftung eintritt. Im Moment scheint mir das noch etwas zu früh zu sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Görzel, bitte.

**Volker Görzel (FDP):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war schon etwas erstaunt, dass Sie, Frau Kollegin Dr. Bürgermeister, unseren Änderungsantrag als eine Selbstverständlichkeit bezeichnet haben. Das Einzige, was hier selbstverständlich ist, ist Ihr Antrag.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Wir könnten genauso gut beschließen, das Wasser des Rheins möge doch bitte zukünftig nach Norden fließen. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Und ich darf hinzufügen: Die Begründungen, die hier seitens der Antragstellerinnen angeführt wurden, hatten fast schon lyrische, jedenfalls künstlerische Gestalt.

Ich bin glatt baff, wie man zu einer solchen Selbstverständlichkeit so viel sagen kann. Wie man so viel auflisten kann, was Köln Tolles zu bieten hat, das ist schon bemerkenswert.

Ich möchte deswegen auch nicht einstimmen in den Chor derjenigen, die das Selbstverständliche als selbstverständlich titulieren, sondern für unseren Änderungsantrag werben. Frau Kollegin Welcker, Sie hatten völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass es hier dingliche Sicherungsmechanismen gibt, die eingehalten werden müssen. Das ist auch durchaus in Ordnung. Dafür gibt es wenig gestalterische Spielräume im Vertrag.

Gleichwohl, unser Antrag ist eben nicht selbstverständlich. In der Tagesordnung des Kulturausschusses vom 28. Mai findet sich unter Punkt 17.1 ein ähnlicher Fall, und auch in der Sitzung des Kulturausschusses vom 1. Juli 2013 ging es in Tagesordnungspunkt 19.1 - das ist ein Punkt im nichtöffentlichen Teil; deswegen sage ich auch nicht genau, worum es dabei geht - um eine ähnliche Konstellation, nämlich dass ein Pächter einer Immobilie plötzlich bei der Stadt Köln anklopft und sagt: Liebe Stadt Köln, entweder wir gehen pleite oder ihr übernehmt die Schulden und Verbindlichkeiten aus unserer Misswirtschaft.

Eben weil das so ist, weil wir wissen, dass die öffentliche Hand immer mal wieder geradestehen muss aus bestimmten Umständen, möchten wir einen Sicherungsmechanismus, eine Firewall, einziehen. Es kann nämlich nicht angehen, dass beschlossen werden soll, die Erlöse sind zu privatisieren, die Verluste aber sind zu sozialisieren. Das geht nicht.

(Beifall bei der FDP)

Nichts anderes, Frau Dr. Bürgermeister, steht in unserem Ergänzungsantrag. Es kann nicht sein, dass wir hier beschließen sollen, die Einnahmen dürfen eingenommen werden, aber wenn es brenzlich wird, soll die Stadt Köln zur Stelle sein. Das können wir als liberale Partei, als Partei der Verantwortung und als Partei der wirtschaftlichen Vernunft nicht mitmachen. Dass Sie das offensichtlich anders sehen, zeigt durchaus eine gewisse Doppelmoral, die Sie hier bei diesem Änderungsantrag abbilden. Nur weil der Antrag von uns kommt als Ergänzungs- oder Änderungsantrag, lehnen Sie ihn ab. Wenn Sie, Frau Dr. Bürgermeister, sagen: Das, was Sie schreiben, ist richtig, aber es ist selbstverständlich, dann dürfte eigentlich kein Grund bestehen, warum Sie unseren Antrag

ablehnen. Deswegen: Gehen Sie bitte für eine Sekunde in sich und stimmen Sie diesem sinnvollen, maßvollen und vor allem wirtschaftlich vernünftigen Antrag zum Wohle unserer Stadt zu! - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Görzel. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Wir stimmen dem Änderungsantrag zu. Ansonsten ist die Thematik natürlich selbstverständlich. Von daher stehen wir für eine zielgerichtete Debatte.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wer für den Änderungsantrag der FDP ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP, das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag von SPD und Grünen. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist er so angenommen.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen dann zum nächsten Tagesordnungspunkt 3.1.2, der, wie eingangs vereinbart, mit dem Tagesordnungspunkt 10.23 zusammen behandelt wird:

**3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion und der Ratsmitglieder Andreas Henseler (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Moratorium für das Projekt ‚Jüdisches Museum‘ auf dem Rathausvorplatz"**  
**AN/0861/2013**

**10.23 Kooperation der Stadt Köln und des Landschaftsverbandes Rheinland bei der Errichtung und dem Betrieb der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum**  
**2078/2013**

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ich habe jetzt eine Viertelstunde Redezeit, oder?)

- Nein, das ist nicht vereinbart worden, sondern es bleibt bei den fünf Minuten. Aber ich habe verstanden, was Sie meinen. Sie sind schon am Pult, ehe ich Sie aufrufen konnte. Aber wir freuen uns alle, wenn es zügig geht. Bitte, Herr Dr. Elster.

**Dr. Ralph Elster** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn Sie die Vorlage, um die es jetzt zunächst geht, nämlich unseren Antrag, sorgfältig gelesen haben und wenn Sie dies auch noch mit den Verwaltungsvorlagen, die im LVR und bei der Stadt Köln vorgelegt worden sind, getan haben, dann kann es eigentlich nur einen einstimmigen Beschluss für unser Moratorium geben.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Denn die Vorlage, die Sie hier jetzt präsentiert haben, ist natürlich in keinsten Weise beschlussreif. Das will ich anhand einiger Punkte deutlich machen. Zum einen ist die Vorlage verfristet; zumindest ist sie verfristet in den AVR eingereicht worden. Zum anderen enthält sie unglaublich viele Mängel, Schwächen und Risiken, die letztendlich alle nicht besichert sind. Sie können zum heutigen Zeitpunkt nicht genau benannt werden können, sondern sollen erst zu einem späteren Zeitpunkt geregelt werden. Aber vielleicht ist es dann zu spät. Deswegen wäre es, glaube ich, sinnvoll, die Dinge heute hier noch einmal zu besprechen.

Der erste Punkt, den man monieren muss, ist, dass Sie das Thema Kosten offensichtlich nicht ernst nehmen. Wir wollen - das will ich gleich vorwegschicken - natürlich auch die Archäologische Zone; das ist auch unser Projekt. Und wir wollen auch ein Jüdisches Museum; das ist auch unser Projekt.

(Widerspruch bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

- Wir wollen es zu anderen Konditionen. Wir wollen nicht das, was Sie wollen, nämlich: Koste es, was es wolle, sondern wir wollen das, was wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten leisten können. Leisten können wir uns vieles, aber mit Sicherheit keinen Neubau und vor allem nicht das Projekt, so wie Sie es jetzt hier eingebracht haben. Das, was Sie eingebracht haben, ist ein Weg, der nicht gangbar sein wird. Ich will das an ein, zwei, drei Beispielen klarmachen.

Ein Beispiel ist der Betriebskostenzuschuss des LVR. Schon der Betriebskostenzuschuss des LVR bewegt sich heute fast in einer Größenordnung, wie er für das Gesamtprojekt inklusive des Gebäudes vor zwei Jahren vorgesehen war. Wir geben noch zusätzlich einen erheblichen Millionenbetrag dazu. Das zeigt, wie sich das Projekt innerhalb ganz kurzer Zeit durch die Beteiligung des LVR signifikant verteuert hat. Das ist das Gegenteil dessen, was Sie mit dieser Vorlage intendieren. Da steht etwas von Kooperation mit dem LVR. Kooperation, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, bedeutet: Zusammenarbeit, Zusammenwirken. Kooperation bedeutet, dass man Dinge gemeinsam macht, um Synergien zu realisieren. Sie aber, meine Damen und Herren, machen genau das Gegenteil. Sie spielen hier Verwaltung aus dem vorletzten Jahrhundert. Sie schaffen Doppelstrukturen, und das über das gesamte Projekt hinweg.

Das fängt damit an, dass wir einen Museumsdirektor haben - er sitzt dort hinten -, der im Augenblick für das Gesamtprojekt verantwortlich ist. Wenn wir diese Vorlage heute tatsächlich beschließen, wird der LVR eine Stellenausschreibung durchführen und einen Museumsdirektor für dieses Projekt suchen. Wir reden hier natürlich nicht über die Details, aber man muss schon erwähnen, dass es hier um ein signifikantes Gehalt geht, das sich mit Sicherheit inklusive Nebenkosten und anderen auflaufenden Kosten im Bereich von 100 000 Euro bewegen wird. Aber das ist ja nicht Einzige; das zieht sich wie ein roter Faden durch. Dann kommt der Museumsdienst dazu. Dann werden beispielsweise Flächen angemahnt, nämlich die berühmten 800 Quadratmeter, die fehlen. Es fehlen ja schon heute, also noch vor Beginn dieses Projekts, 800 Quadratmeter Fläche. Und da sagt die Kölner Stadtverwaltung: Das ist das Minimum, was gebaut werden muss. Das bedeutet: Es kann sogar noch mehr werden.

Dieses Projekt ist insgesamt verquer aufgesetzt. Dadurch, dass der LVR Doppelstrukturen errichtet, haben wir überhaupt keine Chance, das zu erreichen, was wir eigentlich erreichen wollten, nämlich insgesamt eine Kostenreduktion. Wenn man mit dem LVR oder irgendeinem anderen Partner zusammengeht, dann geschieht das ja genau aus dieser Absicht. Aber mit dem Weg, den Sie uns hier jetzt vorschlagen, wird das Gegenteil erreicht. Noch dazu ist das ein unsicherer Weg; denn an ganz vielen Stellen sowohl in der Kölner Verwaltungsvorlage als auch in der LVR-Vorlage

stecken Risiken; sie sind zum Teil noch nicht mal deckungsgleich. Es scheint so zu sein, dass wir am Ende fast das Gleiche bezahlen werden wie zu dem Zeitpunkt, als der LVR noch nicht einbezogen war, allerdings mit einem einzigen Unterschied: Wir sind dann nicht mehr Herr in unserem Museum. Das, meine Damen und Herren, muss man anders machen.

Ich will abschließend noch einen Satz zum Thema Querfinanzierung und Teilhabe des LVR sagen. Es ist natürlich schön, wenn man jemanden findet, der in nicht unerheblichem Maße Geld beisteuert. Aber, meine Damen und Herren, auch das Geld, was der LVR verausgibt, ist Geld, was Kommunen aufbringen müssen, zum Teil auch die Stadt Köln. Auch das ist Steuergeld. All das sind Gelder, die uns anvertraut worden sind und mit denen wir sorgsam umzugehen haben. Deshalb kann es nicht sein, dass ein Projekt doppelt so teuer wird wie vorgesehen, und das ohne Not, und dass wir nie über einen Kostendeckel nachgedacht oder Möglichkeiten erörtert haben, an welcher Stelle man Kosten einsparen kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Dr. Elster. - Wir kommen dann zu Herrn Henseler und anschließend zu Herrn Zimmermann.

**Andreas Henseler** (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Beispiel beginnen, wie ein solches Projekt aus dem Ruder laufen kann.

Dieses Beispiel musste vor kurzem Duisburg erleben. In einem Artikel aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 11. Juli wird die Situation am Museum Küppersmühle in Duisburg beschrieben. Dort war beabsichtigt, zur Europäischen Kulturhauptstadt Ruhr 2010 einen Erweiterungsbau vorzunehmen. Dafür hatte man die Basler Architekten Herzog & de Meuron gewonnen. Auf die Säulen des alten historischen Mühlenbaus sollte ein viereckiger Quader gesetzt werden. Bauherrin des Projektes war die städtische Wohnungsbau- und Immobiliengesellschaft Gebag. Ursprünglich sollte die Erweiterung circa 20 Millionen Euro kosten. Innerhalb kürzester Zeit haben sich die Kosten für diesen Erweiterungsbau auf circa 60 Millionen Euro erhöht. Das dicke Ende kommt aber noch. Das Projekt ließ sich technisch nicht

realisieren. Die ganze Statik stimmte nicht. Deswegen liegt jetzt in Duisburg ein Stahlskelett mit teilweise über 50 Meter Kantenlänge, was nicht auf den Turm befördert werden kann, weil das einfach nicht möglich ist.

Jetzt fragt man sich: Wie ist eine solche Entwicklung möglich? Wie kann ein Projekt derart aus dem Ruder laufen?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Man fragt sich: Was hat das mit Köln zu tun?)

- Darauf komme ich ja jetzt. Das ist genau der Punkt, Frau Moritz. - Wo sind möglicherweise die Parallelen zu sehen, wo Gemeinsamkeiten und wo Unterschiede? Die Gemeinsamkeiten sind nach meinem Dafürhalten: Man spekuliert auf Fördermittel und verlässt sich darauf, dass ein renommiertes Architekturbüro das Projekt schon irgendwie umsetzt. In den zuständigen Gremien wird in der Regel nicht auf Einzelheiten und Kleinigkeiten geachtet, sondern man hat nur die große Linie im Blick. Dann ist man das Projekt irgendwann los. In dem geschilderten Fall hat man die Umsetzung einer Wohnungsbaugesellschaft übertragen.

Das, was in Duisburg die Wohnungsbaugesellschaft war, ist bei uns der LVR. Wir übergeben das Projekt an den LVR und sind das Projekt dann auch los. Wir lassen es ein Stück weit fallen wie eine heiße Kartoffel. Das ist auch Grundlage des Vertrages, den wir hier heute diskutieren, jedenfalls nach meinem Dafürhalten und nach meinem Eindruck.

Aber es gibt auch Parallelen in Bezug auf den Bau. Da ich nur fünf Minuten Redezeit habe, will ich mich darauf konzentrieren. Ich weiß nicht, ob Sie sich schon mal mit dem Bau befasst haben. Wir von den Freien Wählern haben uns gemeinsam mit Deinen Freunden und auch mit Vertretern der CDU sehr intensiv mit diesem Bauvorhaben beschäftigt und sind da auf Zusammenhänge gestoßen, wo ich mich ernsthaft frage: Wie kann man das wollen?

Man baut zum Beispiel ein Gebäude auf dem Rathausplatz, für das es keinen Eingang an diesem Platz gibt. Der Eingang befindet sich am Historischen Rathaus unten am Alter Markt, allerdings nicht da, wo man glauben könnte, nämlich im oberirdischen Eingangsbereich zum ehemaligen Rathausrestaurant. Keineswegs! Der Eingang wird vielmehr in die vom Architekten neu gestaltete Wand gebrochen. Dann kommt man unterhalb des Muschelsaals - das müssen

Sie sich auf der Zunge zergehen lassen - in den Löwenhof. Dort - das kann man im *Stadt-Anzeiger* nachlesen - sehen die Besucher das letzte Mal das Tageslicht. Das heißt, dort geht es in die Unterwelt, dort erst betritt man den Bau.

(Zuruf von der FDP)

- Ja, es ist wirklich so. Setzen Sie sich damit ernsthaft auseinander und überlegen Sie sich, wie die Besucherführung geplant ist! Man geht also unter dem Rathaus in das Gebäude hinein, und es gibt von außen keine Tür.

Auf einer öffentlichen Veranstaltung wurde gefragt, warum denn am Rathausplatz keine Tür sei. Dazu sagte der Architekt: Die wäre dort deshalb nicht, weil man nicht zwei Eingangsbereiche schaffen kann, aus Kostengründen. Der Einwurf anderer Architekten, das könne man schnell nachrüsten, wurde sehr kritisch gesehen, weil zwei Eingangsbereiche unwirtschaftlich wären. - Ich empfehle Ihnen, meine Damen und Herren, sich intensiv mit diesen Dingen auseinanderzusetzen.

Das Zweite ist: Abgesehen von dieser Eingangssituation ist der Raum, der zur Verfügung steht, anders als im ursprünglichen Plan vorgesehen erheblich reduziert worden mit der Folge - das ist gerade schon von Herrn Elster gesagt worden -, dass in der Umgebung Anmietungen in einer Größenordnung von 800 Quadratmetern gesucht werden müssen. In diesen Anmietungen soll dann die Infrastruktur für das Museum untergebracht werden. Das muss man sich einmal vorstellen. Man plant ein neues Museum und sagt schon jetzt: Wir müssen aber, weil der Raum für die Infrastruktur des Museums, für Verwaltung und Ähnliches nicht reicht, Anmietungen planen.

(Götz Bacher [SPD]: Du bist ein Glücksfall für den Rat, der hier 15 Jahre lang darüber diskutiert hat!)

- Ja, das ist genau der Punkt, Götz Bacher. Man setzt sich mit diesen Einzelheiten nicht auseinander

(Ralph Sterck [FDP]: Doch! Haben wir alles gemacht!)

- ja, das haben Sie alle gemacht - und wundert sich anschließend darüber, was dann entsteht.

Sie wollen ein Gebäude von oben nach unten errichten und es über 50 Jahre hinweg abschreiben, wobei jeder weiß, dass das, was dort an Maschinenpark - wohlgermerkt unter dem

Dach! - installiert wird, wahrscheinlich in 20 Jahren überhaupt nicht mehr funktionsfähig sein wird.

Weil ich Ihnen empfehle, sich wirklich mal etwas näher mit diesem Projekt auseinanderzusetzen, rate ich Ihnen zu einem Moratorium - das ist Grundlage dieses Antrags, den wir hier gemeinsam eingebracht haben -, damit es uns nicht so geht wie Duisburg. Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zum Schluss;

(Beifall bei pro Köln)

denn ich merke, dass die Bereitschaft, mir zuzuhören und auf Argumente einzugehen,

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das waren keine Argumente!)

nicht sehr weit entwickelt zu sein scheint. Ich rate Ihnen das nur, damit es Ihnen nicht geht wie in Duisburg und Sie plötzlich mit einem von vornherein problembehafteten Gebäude dastehen, das ja 50, 60 Jahre Bestand haben soll. Möglicherweise sind Sie dann nicht mehr im Rat - ich bin es mit Sicherheit nicht -, solche Entwicklungen umfassen ja längere Zeiträume. Aber Ihre Nachfolger werden sich dann mit diesem Problem auseinandersetzen müssen. Meine Empfehlung: Stimmen Sie einem Moratorium zu! Verhindern Sie, dass Duisburg nach Köln kommt! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne! Debatten zur Archäologischen Zone und zum Jüdischen Museum haben wir hier schon des Öfteren geführt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach was!)

Ich will sie jetzt auch nicht in ganzer Länge wiederholen, sondern nur auf einige Punkte noch einmal hinweisen.

Wir sprechen ja heute über eine Rahmenvereinbarung mit dem LVR über eine Zusammenarbeit, die der Rat und die Verwaltung der Stadt Köln bis vor kurzer Zeit noch gar nicht

gesucht haben. Die Stadt Köln wollte das Projekt ursprünglich allein durchziehen. Erst als die Kosten sozusagen explodiert sind, weil in Aussicht gestellte Fördermittel nicht gekommen sind und man die Baukosten und die Folgekosten hätte allein tragen müssen, hat man sich an den LVR gewandt. Die Verhandlungen haben zunächst auf Verwaltungsebene begonnen und sind dann durch einen politischen Antrag der Ampelkoalition im Rat und im LVR abgekürzt und mit einer klaren Zielvorgabe versehen worden.

Wir haben heute den Antrag auf ein Moratorium gestellt, um ein Zeichen zu setzen, auch wenn vollkommen klar ist, dass dieser Antrag hier keine Mehrheit finden wird. Leider!

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum stellt ihr ihn denn dann?)

In all den Jahren ist nie versucht worden - zumindest haben wir davon nichts mitbekommen -, die Kosten irgendwie in den Griff zu bekommen, seien es durch die Reduzierung der Baukosten oder die Deckelung der Folgekosten. Das Einzige, was man erreicht hat, ist, dass der LVR die Betriebskosten übernimmt. Das ist natürlich auch Steuergeld. Das wird über die Landschaftsumlage umgelegt auf Kommunen im Rheinland, die sich zum Teil selber im Nothaushalt befinden. Das ist keine wirkliche Entlastung des Projekts, sondern nur eine Verlagerung von einem Steuertopf in den anderen.

Es wurde auch nicht eingegangen auf die vielen Vorschläge zur qualitativen Verbesserung, die es ja nicht erst in letzter Zeit, sondern schon seit Jahren gibt. Man hat immer nur an dem alten Projekt festgehalten. Es mutet schon irgendwie an wie eine Schilda-Idee; denn ein Museum ohne einen eigenen Eingang ist schon etwas eigenartig.

Als lobenswert möchte ich erwähnen, dass jetzt schriftlich fixiert ist, dass Schnittstellen zu den anderen Kölner Museen gesucht werden. Das ist in der Tat etwas, was in der Vorlage vorher nicht so deutlich drin war. Das begrüße ich natürlich ausdrücklich.

Die Dringlichkeit, die in der Verwaltungsvorlage angeführt ist, nämlich dass der LVR nun endlich mit der Museumskonzeption beginnen möchte, sehe ich nicht. Die Vereinbarung sieht vor, dass das Museum spätestens zum 1. Januar 2019 übergeben werden soll. Ich denke, da hätten wir

schon noch ein paar Wochen oder Monate Zeit gehabt, zumal der Architekt in einer der letzten Kulturausschusssitzungen zugesagt hat, seine neue Kostenberechnung Mitte August vorzulegen. Ich frage mich, warum man diese nicht abwarten konnte. Den Beschluss hätte man durchaus auch im Oktober fassen können. Nun gut.

Ich möchte auf die heute vorliegende Vorlage zu sprechen kommen und in diesem Zusammenhang auf die Anlage 4.4 verweisen. Frau Klug hatte mir im Vorfeld der Sitzung gesagt, dass keine Antwort dazu vorlegen wird. Das ist natürlich bedauerlich.

Ich hatte nicht viel Zeit, diese Vorlage zu studieren. Aber ein paar Punkte sind mir dennoch aufgefallen. Es geht um die Folgekosten. Viele Ratsmitglieder und auch die Öffentlichkeit denken ja bis heute, dass der LVR nun die Betriebskosten übernehmen wird. Es bleiben aber gehörige jährliche Folgekosten auch für die Stadt Köln übrig. Dazu wird in der Vorlage lediglich auf eine Anlage 5 aus dem Jahr 2011 verwiesen und mitgeteilt, dass sich durch die Kostenübernahme durch den LVR die Betriebskosten um ungefähr 2,9 Millionen Euro reduzieren würden. Es bleibt aber dem Leser selbst überlassen, das auszurechnen. Ich bin nicht Fachmann genug, um das wirklich exakt nachzuvollziehen. Deshalb möchte ich Frau Klug bitten, hier noch einmal zu sagen, welche Kosten auf die Stadt Köln nun weiterhin jährlich zukommen. Das ist eine Frage, die, wie ich finde, dringend beantwortet werden müsste.

Ich finde die Vorlage insgesamt auch nicht besonders transparent. Die gesamte Rahmenvereinbarung wird lediglich auf einer halben DIN-A4-Seite kommentiert, zu wenig, um wirklich zu wissen, auf was wir uns da einlassen. Deshalb hatte ich meiner Anfrage auch die Begründung des LVR beigefügt; das sind sechs, sieben, acht Seiten. Darin finden sich viele interessante Hinweise, die in der städtischen Vorlage nicht zu finden sind.

Zum Beispiel findet sich der Hinweis darauf, dass der LVR darauf besteht, da niemand die möglichen langfristigen Folgen der Bodendenkmalüberbauung kennt, dass dieses Risiko bei der Stadt Köln verbleibt. Das ist schon interessant. Im Kulturausschuss wurde von Herrn Professor Lorch gesagt, dass die Bodendenkmalpflege, also die Sicherheit des Bodendenkmals, gewährleistet sei. Der LVR schreibt dagegen, dass die langfristigen Folgen - es geht hier um Algenbildung,

Ausblühungen etc. - unbekannt sind. Das ist dort schwarz auf weiß fixiert. Dazu findet man in der Verwaltungsvorlage nichts.

Die Redezeit ist herum, ich komm zum Ende. - Es wird auch festgehalten, dass es bislang noch keine Museumskonzeption gibt. Es wird festgehalten, dass es hohe bauliche Risiken gibt. Ich halte auch noch einmal fest, dass die Kosten, die auf uns zukommen, nahezu unbekannt sind und dass die Finanzierung fragwürdig ist.

An dieser Stelle möchte ich noch darauf hinweisen, dass meines Wissens nach der Landschaftsausschuss gestern in einem durchaus wichtigen Punkt einen abweichenden Beschluss gefasst hat, der hier noch nicht erwähnt wurde, nämlich dass die politischen Gremien von sieben auf sechs Mitglieder verkleinert werden - dazu kann vielleicht Herr Peil etwas sagen - bzw. dass vorgesehen ist, den politischen Lenkungskreis mit sieben Leuten zu besetzen, allerdings mit einem Vertreter aus der Verwaltung plus sechs Vertretern aus der Politik. Ich glaube, der LVR hatte das im Landschaftsausschuss gestern beschlossen, dass auch die Stadt Köln das so handhaben wird. Falls dem so sein sollte, sollte man das auch sagen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen mitzuteilen, dass ich für einen Sitz in diesem politischen Lenkungskreis mit einer eigenen Liste kandidieren möchte.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt doch gar keinen Eingang dafür!)

- Ja, und da werbe ich auch um Stimmen, damit weiterhin auch meine kritische Stimme dieses eigentlich gute Projekt begleiten möge. - Danke schön.

(Beifall von Andreas Henseler [Freie Wähler] sowie von Niklas Kienitz [CDU])

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Da Sie gerade die Zusammensetzung des politischen Lenkungskreises angesprochen haben: Es bleibt bei den sieben Teilnehmern, wobei entsprechend § 113 Gemeindeordnung ein Vertreter der Verwaltung dort vorgesehen ist.

Frau Dr. Bürgermeister, bitte schön.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Er hat doch eine Frage gestellt: Wie teuer ist das denn?)

**Dr. Eva Bürgermeister (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Elster, zu Ihrer kleinen rhetorischen Pirouette muss ich Sie wirklich beglückwünschen. Seien Sie doch ehrlich! Die CDU wollte die Archäologische Zone an diesem Platz um keinen Preis.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Nun fordern Sie also ein Moratorium mit dem Hinweis auf neue Architekturkonzepte. Da frage ich Sie: Hatten wir nicht zum Beispiel einen internationalen Architekturwettbewerb mit formidabilem Ergebnis? Die sicher noch anstehenden kleinbaulichen Detailfragen, aber auch die größeren Fragen lassen sich im Verlauf des Verfahrens ganz sicher lösen.

Wir sind der Überzeugung: Es ist von den ersten Überlegungen zu einem solchen Haus so lange und so viel zu den verschiedensten Gelegenheiten geschrieben und so oft öffentlich diskutiert worden - sei es über die Frage des Platzes, die Architektur oder die Finanzierung -, dass wir von der SPD es sehr begrüßen, dass wir heute von der Verwaltung diese wichtige Vorlage vorgelegt bekommen, was übrigens nicht heißen soll, dass wir das nicht weiter diskutieren müssen.

Wir haben in der letzten Sondersitzung des Kulturausschusses auch schon über dieses Thema gesprochen. Dabei sind doch viele Vermutungen und auch Fehlinformationen formuliert worden. Ich möchte mich von daher zunächst auf das beziehen, was wir heute beschließen. Wir beschließen nämlich einen Rahmenvertrag mit dem Landschaftsverband Rheinland, der die zentralen weiteren Handlungsfelder und Zuständigkeiten verbindlich festschreibt. Alle weiteren wichtigen Punkte - das steht auch in der Vorlage - werden wir als Politik flankieren. Es ist gerade noch einmal etwas zur Zusammensetzung dieses Gremiums gesagt worden. Wir werden natürlich, soweit es erforderlich ist, dies auch im Rat behandeln und beschließen. Wir werden den Bau auch weiterhin sehr eng und sehr kritisch im Unterausschuss Kulturbauten und, wenn nötig, auch im Fachausschuss begleiten und zentrale Fragen erörtern.

Mein Dank gilt heute allen Beteiligten, die sehr konzentriert und sehr zielorientiert an diesem Vertrag gearbeitet haben, der für die Stadt Köln aus Sicht der SPD-Fraktion ein ganz wichtiger Schritt hin zur Realisierung dieser historischen Chance ist. Denn wir werden an dieser Stelle - ich muss es doch noch einmal betonen, weil das immer ein bisschen aus dem Blick gerät - inmitten der Stadt Köln 2 000 Jahre Geschichte eindrucksvoll erlebbar machen können.

(Beifall bei SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Landschaftsverband Rheinland ist ein erfahrener Partner und bietet die Gewähr, dass sich dieses Projekt künftig in der ersten Reihe oder zumindest ganz in der Nähe der internationalen archäologischen Museumslandschaften wiederfindet. Das soll beileibe nicht nach Kölner Größenwahn klingen; wir sind nicht Xanten mit einem Archäologischen Park. Aber Köln bietet im Herzen einer Großstadt - das ist das Besondere und das Unverwechselbare - einmalige Denkmäler des römischen und des jüdischen Lebens und wird - da bin ich sicher - eine anregende Zeitreise durch die Geschichte bieten können. Diese Zeitreise wird sich vor allem - das ist wichtig - auf die sinnliche Erfahrung dieses realen Ortes und der die Zeit überdauernden Denkmäler beziehen, also die Ausgrabungen, auch die neueren, das Praetorium, die Mikwe und die Reste einer alten, vielleicht sogar der ältesten Synagoge nördlich der Alpen. Natürlich wird das Ganze unterstützt werden durch weitere Exponate und sicher auch durch mediale Präsentationen.

Was wir anstreben und was wir erhalten werden, ist also keine Rekonstruktion. Es ist auch nicht ein Ort, an dem Verschiedenes zusammengetragen und dann ausgestellt wird, sondern der Ort selbst ist historisch und bildet noch nach 2 000 Jahren ein aufregendes, vielgestaltiges Zeugnis dieser Geschichte ab, die mit dem Museum ans Licht geholt wird. Es geht hier um die kulturelle Identität der Stadt und der Region, die mit diesem Museum gewahrt und vermittelt wird.

Wir werden in der Arbeitsgruppe „Wissenschaftlicher Befund/Konzeptentwicklung“ die zu entwickelnde Museumskonzeption diskutieren, dies selbstverständlich unter besonderer Berücksichtigung der thematischen Schnittstellen zu den Museen der Stadt Köln und des Landschaftsverbandes. Der

Landschaftsverband wird als Betreiber verschiedener historischer Häuser sehr viel fachliches Detailwissen und Erfahrungen zu Besuchererwartungen und zu Besucherverhalten mitbringen. Der Wissenschaftliche Beirat bleibt bestehen und wird die Arbeit weiter eng begleiten.

Meine Damen und Herren, wenn es gelingt, an diesem authentischen Ort sinnfällig die Kölner Geschichte mit all ihren Facetten darzustellen - dem Leben hier von der Römerzeit bis heute, dem alltäglichen Leben der Juden in der Kölner Gesellschaft ebenso wie ihre Verfolgung und Vertreibung, der Ort als administratives Zentrum einer wichtigen Stadt im Rheinland -, und wenn es uns als Partner mit dem Landschaftsverband gelingt, die vielfältigen stadthistorischen Bezüge mittels eines überzeugenden Gesamtkonzepts durch Exponate oder Verweise deutlich zu machen und auch andere Museen und Kulturstätten mit einzubeziehen, wenn uns all das gelingt - und das wird uns gelingen; da bin ich sicher -, werden wir ein ganz besonderes historisches Museum mitten im Herzen der Stadt für Köln und für das Rheinland und für das ganze Land erhalten.

Meine Fraktion freut sich auf dieses Haus. Wir sind überzeugt, dass die nun verantwortlich Handelnden mit diesem Rahmenvertrag eine gute Grundlage erhalten für eine kooperative, zielführende Zusammenarbeit. Aus diesem Grund - das wird Sie nicht überraschen - lehnen wir natürlich Ihren Antrag ab. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Wir kommen dann zu Frau Moritz.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Hier läuft gar nichts aus dem Ruder; hier läuft endlich was ins Ruder. Und deshalb haben Sie sich genau diesen Augenblick ausgesucht, um einen Moratoriumsantrag zu stellen. Irgendwie rührt mich das auch ein bisschen, nämlich wie verzweifelt Sie jetzt noch einmal versuchen, das Projekt zu stoppen. Aber was wollen Sie eigentlich damit erreichen? Wenn man als Opposition einen Antrag stellt, von dem man ganz genau weiß, dass sich keine Mehrheit dafür findet, kann das nur zwei Gründe haben:

Entweder man will ein Profil - das Profil haben Sie schon; es ist doch allgemein bekannt, dass Sie von der CDU dieses Projekt nicht wollen; darum müssen Sie sich gar nicht groß anstrengen -, oder man stellt irgendeinen Antrag, nur weil der noch fehlt. So richtig verstehen kann ich Sie da nicht. Bei Herrn Henseler ist es anders. Ihn kann ich verstehen. Er ist er seit kurzem dabei und hat noch nicht alle Argumente gehört. Er ist stadtbekannter Museumsfachmann und war als solcher auch lange Jahre tätig. Dass er das jetzt genießt, das kann ich verstehen.

Ich will mich deshalb überhaupt nicht näher mit dem Moratoriumsantrag beschäftigen, sondern möchte etwas zu dem Vertrag mit dem LVR sagen. Ich bin begeistert und dankbar, dass wir erstmalig ein kulturelles Projekt gemeinsam mit dem LVR auf die Beine stellen. Wir haben viel zu wenige Kooperationen mit anderen. Es ist eigentlich eine Schande, dass mit der größten Stadt, die im Kern des Rheinlands liegt, überhaupt noch keine Kooperation zustande gekommen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bedanke mich bei all den vernünftigen Fraktionen im LVR, die das mit ermöglicht haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will nicht all das wiederholen, was Eva Bürgermeister hier schon gesagt hat. Sie hatte ja gesagt, das Projekt liege im Herzen der Stadt. Ich füge hinzu: Es liegt auch im Herzen des Rheinlands. Deswegen ist es das Paradebeispiel dafür, dass der LVR in eine Kooperation einsteigt. Ich glaube, dass das ein richtiges Projekt ist, wo beide Seiten unheimlich viel gewinnen. Der LVR wird gewinnen und er wird froh sein, dass er die Gelegenheit ergriffen hat, auch wenn damit Risiken verbunden sind. Herr Zimmermann, mit fast allem, was wir machen, sind kleine Risiken verbunden. Wenn wir die nicht mehr eingehen wollen, dann wird es auch ein bisschen langweilig.

Lassen Sie mich noch ganz kurz zu dem Lenkungskreis oder Begleitgremium oder wie auch immer das heißt etwas sagen. Herr Zimmermann, ich frage mich wirklich, warum Sie darin sitzen wollen. Überlegen Sie mal, ob das gerade eine Antrittsrede war, aufgrund der irgendjemand auf die Idee kommen könnte, Sie zu wählen! - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen dann zu Herrn Sterck. Bitte schön.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich ist zu diesem Thema schon alles gesagt,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Bravo!)

sogar schon von jedem, weil wir jetzt nämlich die x-te Debatte dazu führen. Der Einzige, der neu hinzugekommen ist und meint, etwas ganz Tolles entdeckt zu haben, ist Herr Henseler. Um Gottes willen, das Museum hat keine Tür! Ich habe auch Anrufe von Journalisten bekommen, die gesagt haben: Herr Sterck, das Museum hat keine Tür. - Ja, klar. Wissen Sie auch warum? Weil wir durchgesetzt haben, dass es keine Tür hat. Wir wollten nämlich, dass das Gebäude unten durch den Ratskeller erschlossen wird, dass man ebenerdig in den alten Hang einsteigt und auf römischer Ebene herauskommt. Genau das war gewollt. Ich bin sehr stolz, dass wir das durchsetzen konnten.

(Beifall bei FDP und SPD)

Weil auch ich in diesem Hause schon alles dazu gesagt habe, sage ich jetzt nicht mehr, wie sehr sich die FDP seit 1985 dafür engagiert hat, was für ein einmaliger Ort das ist und dass wir damit 2 000 Jahre Geschichte dokumentieren können inklusive der jüdischen Geschichte, spätestens ab 321 nach dem Erlass von Kaiser Konstantin.

Es ist eine einmalige Gelegenheit, die wir heute hier nutzen. Zum einen können wir mit den Mitteln der Regionale 2010 etwas bauen, und zum anderen haben wir den LVR gewonnen, das Projekt zu realisieren und es später zu betreiben, was wir als Stadt Köln möglicherweise nicht hätten machen können.

Deswegen ist der Gegensatz der beiden Tagesordnungspunkte 3.1.2 und 10.23 ein sehr schönes Kontrastprogramm. Auf der einen Seite sind es die Ewiggestrigen, die dieses Projekt eigentlich immer verhindern wollten. Allen Beschwörungen zum Trotz - heute haben wir von Herrn Elster gehört, dass die CDU ja eigentlich dafür ist, und Herr Zimmermann hat von einem „eigentlich guten Projekt“ gesprochen - muss ich sagen: Da fehlt mir der Glaube, insbesondere bei den Kollegen der CDU, weil sie eigentlich seit zehn Jahren nichts ausgelassen haben, um dieses Projekt zu torpedieren.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: So ist es!)

An dieser Stelle muss ich leider auch Frau Dr. Bürgermeister korrigieren. Es geht nicht um die Archäologische Zone; das Problem war immer das Jüdische Museum.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau! Damit muss man sich mal beschäftigen!)

Das war das Problem, das die CDU bei diesem Projekt hatte. Deswegen sind viele der Argumente, die Sie heute vorgetragen haben, nur vorgeschoben, sei es der Eingangsbereich oder das angeblich fehlende Konzept oder dass man gar nicht wisse, was dort ausgestellt werden soll. Sie werden sich noch wundern, was wir dort alles ausstellen werden, was Sie dort alles zu sehen bekommen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die kommen ja gar nicht rein!)

Es werden immer neue Haare in der Suppe gesucht, heute von Herrn Elster, der beklagt hat, jetzt komme auch noch ein neuer Museumsdirektor. Um Gottes willen! Das ist ja unglaublich.

Trotz alledem werden diejenigen, die auf der anderen Seite stehen, diese Chance hier heute ergreifen und dieses Projekt voranbringen. Wir werden den Beschluss fassen und diese Gelegenheit beim Schopfe ergreifen, damit dieses Projekt, was so wichtig für die Stadt Köln, aber auch für das ganze Rheinland ist, realisiert werden kann.

Eines will ich noch hervorheben: Dass wir das hier mit der Mehrheit von SPD, Grünen und FDP beschließen, das ist klar; denn das ist ein Projekt in unserer Stadt. Aber dass unsere Kolleginnen und Kollegen auf der anderen Rheinseite in Deutz beim LVR das durchgehalten haben trotz der Kampagne, die von der CDU dort losgetreten worden ist, alle Achtung. Das ging ja bis zu einem Rechtsgutachten, was noch in den letzten Tagen einging. Wenn die Rechtsanwälte recht hätten, dann wäre das komplette kulturpolitische Engagement des Landschaftsverbandes dahin und damit auch viele Projekte, die sicher auch der CDU sehr viel wert sind. Ich bin froh, dass der Landschaftsverband das ganz cool angeht und es entsprechend prüft. Ich bin sicher, dass wir nachher recht behalten.

(Beifall von Reinhard Houben [FDP])

Die Nachricht des Tages ist: Das Projekt kommt. Die Archäologische Zone und das Jüdische Museum sind jetzt auch hinsichtlich des Betriebs gesichert. Ich danke allen, die beim Landschaftsverband, bei der Stadt Köln, bei der Stadtverwaltung und hier im Rat mit dazu beigetragen haben, und freue mich auf die Realisierung dieser tollen Sache für Köln. - Danke sehr.

(Beifall bei der FDP, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es eine Wortmeldung von pro Köln? - Ja. Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ein sinnvolles Projekt, das von allen gewollt wird, aber anscheinend hier vollkommen falsch umgesetzt wird!

Sie haben sich mit dem Projekt finanziell übernommen. Der Rat wurde über Jahre getäuscht. Erst hieß es, es würde überhaupt nichts kosten. Mal hatten Sie Sponsoren mit an Bord. Mal waren Sie fest davon überzeugt, eine Landesregierung wäre bereit, der Stadt Köln bei einer so wichtigen Sache unter die Arme zu greifen. Jetzt haben wir den Salat. Sie wissen nicht mehr ein noch aus, wie Sie mit der Finanzierung weiterkommen.

Wenn man das dem Bürger erklären will, kann man das vielleicht so machen: Sie errichten ein Gebäude, das Sie nutzen wollen, das aber schon bei der Errichtung so teuer ist, dass Sie sich später den Einzug nicht leisten können. Deswegen haben Sie einen Dritten gesucht - und ihn im LVR gefunden, den Sie politisch kontrollieren können. Denn das ist ja nicht irgendein guter Mann, sondern der LVR ist ja auch politisch gesteuert. Dem ist gesagt worden: Jetzt helft den Kölnern mal, damit es in der Großstadt da kein Desaster gibt und bei der Kommunalwahl andere Bürgerbewegungen die Verantwortung übernehmen, weil dann wirklich offensichtlich würde, wie Sie hier die Finanzen zerrütten. Ja, und was machen Sie? Sie nennen das Kooperation. Nein, Sie retten sich in eine andere Rechtsform, möglichst noch über die Kommunalwahl hinaus.

Das Ganze wird noch dadurch getoppt, dass Sie das Projekt der politischen Verantwortung und Kontrolle durch den Rat entziehen und

stattdessen ein sechsköpfiges Gremium einsetzen wollen, das darüber bestimmen soll. Man könnte das auch Kultur-Politbüro nennen. Schön außerhalb der Öffentlichkeit! Frei gewählte Stadträte können dann in den Ausschüssen keine kritischen Fragen mehr stellen, Herr Roters.

Es ist hier immer die Rede von 57 Millionen Euro und dass das sehr, sehr viel Geld sei. Ich prophezeie Ihnen: Sie schaffen es garantiert, in den dreistelligen Millionenbereich zu kommen. Mit diesem Kooperationsvertrag wollen Sie jetzt alles aus der Hand geben, also auch die Gestaltung dieses Museums, die ja noch umstritten und fragwürdig ist. Die Frage ist doch: Warum muss denn die Stadt Köln das alles tragen? Wenn das eine so tolle Sache ist, warum übernimmt das nicht jemand anders? Wir haben hier immer nur zu zahlen, und der LVR rettet uns nur vor dem finanziellen Desaster. Wir als Kölner Stadträte können hier im Herzen unserer Stadt gar nicht mehr selber bestimmen, wie das Konzept für dieses Museum ausgestaltet werden soll. Das können wir als verantwortliche Vertreter der Bürger, die hier die Besitzrechte der Bürger wahrnehmen, nicht ernsthaft tun. Das ist einfach unredlich. Sie aber wollen 2014 noch über die Kommunalwahl hinwegkommen.

Verschiedene Aspekte haben Sie natürlich überhaupt noch nicht in Ihre Überlegungen mit einbezogen. Beispielsweise heißt es in der Verwaltungsmitteilung, dass die Polizei mittlerweile dieses Gebäude in eine Gefährdungsstufe zwischen 1 und 3 einstuft. Herr Roters, Sie als ehemaliger Polizeipräsident wissen, was das heißt. Die Polizei hat auch darum gebeten, über den Stand der weiteren Planungen informiert zu werden. Dann wissen Sie eventuell auch, wie teuer später die Sicherheitsvorkehrungen baulicher Art - dafür ist der Eigentümer, also die Stadt Köln, zuständig - für uns werden können. Die Verwaltung hat noch mit keinem Wort erwähnt, was uns das dann alles kosten wird. Frau Kämmerin, Sie haben ja vielleicht gleich noch Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.

Es gibt so viele Unwägbarkeiten, dass die Fraktion pro Köln - wie gesagt, wir finden ein solches Projekt an sich gut; nur, wie es Sie gemacht haben, ist es eine schlechte Sache - die Verwaltungsvorlage ablehnen und dem Antrag zustimmen wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zu Frau Stahlhofen. Bitte schön.

**Gisela Stahlhofen (Die Linke.):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Dr. Elster, ich muss Sie natürlich auch noch einmal extra ansprechen. Wir haben natürlich die Vorlage vom LVR und Ihren Antrag genauso genau gelesen; das ist doch selbstverständlich.

Um es gleich vorweg zu sagen: Wir, die Linke, werden wie die Linksfraktion im LVR für diesen Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Köln und dem Landschaftsverband Rheinland stimmen. Die Forderung nach einem Moratorium dagegen halten wir wirklich für einen schweren Fehler, und deshalb werden diesem Antrag nicht zustimmen können.

Mit dem, was Sie, meine Damen und Herren von der CDU, seit gestern betreiben, habe ich ein großes Problem. Sie drohen, mit einem Klageverfahren möglicherweise einen Baustopp zu erzwingen. Wir diskutieren das Thema hier offen und werden ganz demokratisch einen Beschluss fassen, Sie aber halten so etwas in der Hinterhand. Das finde ich persönlich bedrückend. Wenn man Ihrer Argumentation folgen wollte, müsste der LVR alle in Kooperation oder selbstbetriebenen Museen schließen. Die Stadt Köln gewinnt, ganz im Gegenteil zur Ihrer Annahme, mit dem LVR einen Kooperationspartner, der seine Kompetenz in Sachen geschichtlicher Museen laufend unter Beweis stellt.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU, agieren seit Monaten mit fragwürdigen Mitteln in den Mitgliedskommunen des LVR gegen die Archäologische Zone und das Jüdische Museum. Würden wir, der Rat der Stadt Köln, uns in dieser Situation von den bisherigen Planungen distanzieren und uns ein weiteres halbes oder ein Jahr herausnehmen, um das Rad neu zu erfinden, dann wären die Verantwortlichen beim LVR, die sich darauf einlassen, sich weiter Ihrer Stimmungsmache auszusetzen, ernsthaft - entschuldigen Sie bitte - nicht bei Trost. Ein Moratorium in dieser Situation wäre kein Neustart, sondern würde das Projekt in absehbarer Zeit sterben lassen.

Mit dem heutigen Beschluss im Rat und mit dem Beschluss der Landschaftsversammlung wird eine kulturelle Einrichtung auf den Weg gebracht, die eine Bereicherung für Köln und für das gesamte Rheinland sein wird, und das begrüßen

wir. Der Verwaltung ist es gelungen, mit dem LVR einen Vertrag auszuhandeln, der für beide Seiten einen Gewinn darstellt. Dafür meinen besonderen Dank an die Verwaltung und auch an Kollegen beim LVR.

Es wird eine intensive Zusammenarbeit mit dem Römisch-Germanischen Museum, dem Stadtmuseum und dem NS-Dok geben, und - das liegt mir besonders am Herzen - die Beteiligung der Einwohner soll bei der Erstellung des Museumskonzeptes eine besondere Rolle spielen. Dies hat uns die Kulturverwaltung des LVR vor einer Woche auf unserer gemeinsamen Sitzung der Linken-Ratsfraktion und der Fraktion im Landschaftsverband zugesichert.

Auch der LVR gewinnt. Er wird im Herzen Kölns - das hat Frau Dr. Bürgermeister eben noch einmal ganz deutlich gesagt - eine kulturelle Einrichtung betreiben, an einem Ort, an dem sich bekanntlich rheinische Geschichte konzentriert. Das will ich an dieser Stelle jetzt nicht weiter ausführen. Es gehört zu den Aufgaben des LVR, kultureller Träger für die Region Rheinland zu sein. Welchen sinnvoller Ort für ein Engagement des LVR kann es denn geben als die Mitte Kölns?

Da Sie immer von überhöhten Kosten sprechen, bitte ich Sie: Schauen Sie auch einmal auf die Größenordnung des Kulturhaushaltes des LVR! Der LVR gibt derzeit 1,6 Prozent seines gesamten Haushalts für Kultur aus. Es ist also kein übertriebener Ansatz Kultur an der Stelle irgendwie zu verjubeln.

Ich finde es auch wichtig, dass die Archäologische Zone und das Jüdische Museum hier endlich entstehen können, und freue mich darauf, dass unsere Stadt damit eine echte Bereicherung erfährt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der Linken. und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Es war noch eine Frage an Frau Klug offen!)

- Ach so, ja. Entschuldigung! - Bitte, Frau Klug.

**Stadtkämmerin Gabriele C. Klug:** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Meine sehr geehrten

Damen und Herren! Meine Antwort bezüglich neuer Zahlen fällt kurz aus: Die Fortschreibung steht bevor. Auch die im Haushalt und der Finanzplanung enthaltenen Zahlen nenne ich gerne. Wir haben ab 2017 1,2 Millionen Euro Abschreibungen. Die zweite Position, Zins und Tilgung, haben wir mit 1,5 Millionen Euro kalkuliert. Und zum Dritten möchte ich daran erinnern, dass diesen beiden Positionen der Erwerb von Vermögen gegenübersteht. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Herr Granitzka.

**Winrich Granitzka (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Ich möchte das jetzt nicht mehr kommentieren, sondern nur darauf hinweisen, dass es in dem Beschlusslaufdokument, das Sie dieser Vorlage beigefügt haben, heißt, dass der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen am 16. Juli einstimmig dem Vorschlag zugestimmt hätte. Dies ist nicht richtig. Ich als Ausschussvorsitzender habe noch nicht einmal das Protokoll unterschrieben. Die Frau Kämmerin war anwesend und kann sicherlich bezeugen, dass wir dagegen gestimmt haben.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja, ich hatte das auch schon bemerkt. - Eine Wortmeldung kam noch von Herrn Zimmermann. Herr Zimmermann, Sie haben zwar vorhin schon zwei Minuten überzogen, aber eine Frage können Sie jetzt noch stellen.

(Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde]: Die Frage, die ich stellen wollte, hat sich erledigt!)

- Hat sich erledigt. Okay. - Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Zunächst zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion und der weiteren dort genannten Ratsmitglieder. Wer für diesen Antrag 3.1.2 ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion pro Köln sowie Herr Zimmermann und Herr Henseler. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über 10.23, die Kooperationsvereinbarung. Wer für diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der

Grünen, die Fraktion Die Linke. und die Fraktion der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Beschlussvorschlag angenommen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP und der Linken.)

Herr Zimmermann, jetzt doch noch eine kurze Frage?

**Thor-Geir Zimmermann** (Die Freunde): Ja, eine kurze Frage: Die Vereinbarung mit dem LVR sieht ja auch die Besetzung des Lenkungsausschusses vor. Da hatte ich kandidiert mit einer eigenen Liste.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es finden heute keine Wahlen zu diesem Gremium statt, sondern wir haben die Rahmenvereinbarung als solche beschlossen. Die Zusammensetzung dieses Gremiums muss gesondert geregelt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zu den drei Anträgen, die sich mit dem Thema Wohnungsbau und Wohnungsbauförderung beschäftigen.

**3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Schaffung von Wohnraum für bis zu 5.000 Kölnerinnen und Kölner - Realisierung des Stadtteils Kreuzfeld" AN/0863/2013**

**3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Milieuschutzsatzung als Instrument gegen Luxussanierungen und die Verdrängung von Mietern" AN/0856/2013**

**3.1.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flächen für Wohnungsbau bereitstellen - jetzt" AN/0729/2013**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0979/2013**

Wir hatten zu Beginn beschlossen, dass diese drei Anträge zusammen behandelt werden und den Fraktionen jeweils eine Redezeit von zehn Minuten zur Verfügung steht, wobei sich auch

mehrere Redner einer Fraktion diese Zeit teilen können.

Wir beginnen mit der Fraktion, die den ersten Antrag gestellt hat. Das war die Fraktion der FDP, und ich gebe das Wort an Herrn Sterck.

**Ralph Sterck** (FDP): Herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister! - Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle haben Freunde, Verwandte, Arbeitskollegen, die in Köln eine Wohnung suchen. Denn schon heute herrscht Wohnungsmangel in dieser Stadt. Bis 2030, so sagen die Prognosen, sollen noch einmal 50.000 bis 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner dazukommen.

Das ist eigentlich ein Luxusproblem, um das uns so manche Stadt beneidet: dass man so anziehend ist, dass die Menschen hier wohnen wollen. Doch aus diesem Luxusproblem kann auch schnell ein handfestes Problem werden, nämlich dann, wenn Studenten, junge Familien oder Unternehmen sich im Umland niederlassen oder die Region sogar ganz meiden und sie verlassen.

Die Stadt Köln tut in diesem Bereich zur Förderung des Wohnungsbaus sehr viel; das will ich gar nicht kleinreden. Allein im letzten Jahr sind 3 114 Wohnungen in Köln fertiggestellt worden. Das spricht dafür, dass schon eine ganze Menge Aktivitäten in diesem Bereich stattfinden. Aber daran, dass wir alle die Wohnungsnot aus unserem eigenen Umfeld kennen, sieht man, dass die Anstrengungen, die wir bisher unternehmen, eben bisher nicht ausreichen.

Wir haben unter diesen drei Anträgen den gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und Grünen, in dem viele Dinge aufgeführt werden, die natürlich „nice to have“ sind. Wir werden, um Gottes Willen, dem auch zustimmen, weil es ja überhaupt nichts verschlägt. Aber, meine Damen und Herren der antragstellenden Fraktionen: Sie schaffen damit keine einzige Wohnung

(Beifall bei der FDP - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: natürlich!)

Es wäre sträflich, wenn der Oberbürgermeister oder die zuständigen Beigeordneten hier zustimmen müssten, dass das, was Sie in den Punkten 1, 3 und 5 beantragen, nicht schon heute alles gemacht wird.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Eben nicht!)

Im Punkt 4 wird von interkommunalen Gewerbegebieten gesprochen, in Punkt 6 geht es um Infrastruktur - alles Dinge, die man gerne unterschreiben kann, mit denen man aber keine einzige Wohnung schafft.

Der einzige Punkt bei Ihnen, wo wirklich Musik drin ist, ist der Punkt 2. Da geht es nämlich um die Siedlungsbereiche des Regionalplans. Wenn man sich den Regionalplan genau ansieht - ich habe das heute im Internet noch einmal getan -, dann wird man feststellen: Die Flächen, die Sie dort suchen, sind keine einfachen Flächen. Das sind alles Flächen, die in den letzten Jahren schon durch den Stadtentwicklungsausschuss gegangen sind und bei denen sich immer wieder eine Mehrheit gefunden hat, die aus diesen oder jenen Gründen gesagt hat: Nein, davon lassen wir besser mal die Finger. Ich nenne mal ein paar Stichworte: Zündorf-Süd, Wahn-West - alles, was westlich der S-Bahn-Station auf freiem Feld ist. Das sind tolle Grundstücke, die toll erschlossen sind, wo man tollen Wohnungsbau machen kann. Aber irgendwo ist überall ein Haken.

Zu diesen Siedlungsgebieten laut Regionalplan, die Sie dort ansprechen, gehört auch Kreuzfeld. Ich habe Ihnen das hier mal ausgedruckt - man hat den Regionalplan ja nicht immer zur Hand -: Dieser braune Fleck hier oben, das sind die Siedlungsbereiche. Dazu gehört auch Kreuzfeld.

In Ihrem Antrag gehen Sie sehr weit. Ich war selbst überrascht, als ich das gelesen habe. Sie sagen, dass die Potenziale des Regionalplans, diese Siedlungsbereiche, dem Wohnungsbau zuzuführen sind. Herzlichen Glückwunsch! Damit lehnen Sie sich nicht nur in Sachen Kreuzfeld, sondern auch bei Zündorf-Süd, Wahn-West und noch weiteren Siedlungsbereichen, die im Regionalplan für Köln schlummern, sehr weit aus dem Fenster.

Wenn wir Ihren Antrag gleich mit breiter Mehrheit beschlossen haben, können wir sagen: Kreuzfeld kommt.

(Beifall bei der FDP)

Das ist die Nachricht, die ich gerne mitnehme, wenn Sie vielleicht auch unserem Antrag nicht folgen. Es ist ja immer schwierig, wenn die FDP so etwas beantragt. Entweder sind wir zu früh oder zu spät, oder es ist selbstverständlich, Frau Dr. Bürgermeister; aus irgendeinem Grund kann es bestimmt nicht beschlossen werden.

(Reinhard Houben [FDP]: Zu kurz gesprochen!)

Unser Antrag sagt eben nicht nur „Kreuzfeld kommt“, sondern er sagt auch noch etwas über das Wie. Wir wollen dort nicht einfach Blumenberg widerspiegeln, sondern wir wollen ein attraktives Angebot gerade für Pendler schaffen, die zwischen Köln und Düsseldorf beruflich und privat unterwegs sind. Wir wollen zudem den Stadtbezirk Chorweiler stabilisieren;

(Beifall bei der FDP)

dafür sind entsprechende Wohnbauflächen nötig. Wir wollen natürlich auch eine entsprechende Erschließung durch die S-Bahn nutzen. Was einen Bahnanschluss angeht, sind wir ja in anderen Stadtteilen auch noch dran: Bocklemünd/Mengenich, Neubrück. Da wartet man seit 40, 50 Jahren auf den versprochenen Anschluss, während man in Chorweiler beklagt - noch so ein Luxusproblem -, dass man sich auf die S-Bahn nicht verlassen kann. Freunde, das können wir doch nicht mit dem Städtebau beantworten, wenn die Deutsche Bahn eine S-Bahn ausfallen lässt!

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen uns - das sehen Sie an unserem Punkt 2 - gerade die Entwicklung im Kölner Norden anschauen: Was haben wir da in den letzten Jahrzehnten verkehrt gemacht? Warum hat sich Blumenberg nicht so entwickelt, wie wir es wollen? Wir wollen nicht einfach die Pläne von 1993 oder 2005 fortschreiben, sondern wir wollen das auf Null setzen und gucken: Wie baut man im 21. Jahrhundert einen vernünftigen Stadtteil? Entsprechend soll der Flächennutzungsplan geändert werden, dann soll ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Wir haben auch die Möglichkeit aufgenommen, das, wie in Widdersdorf-Süd, mittels eines Investors zu machen. Einige schrecken ja schon zurück, wenn Sie „privater Investor“ hören, aber daran soll es nicht scheitern. Frau Moritz sagt zwar, in Widdersdorf-Süd möchte sie nicht wohnen. Das muss sie aber auch nicht; sie wohnt ja gut in der Mainzer Straße. Widdersdorf-Süd ist ein Erfolgskonzept, und deswegen ist es richtig, auch diesen Weg mit in die Überlegungen einzubeziehen.

(Beifall bei der FDP)

Insbesondere den Kirchturmspolitikern von CDU, SPD und Grünen in der Bezirksvertretung Chorweiler möchte ich ein bisschen die Angst

nehmen. Es ist doch gut, wenn man über den Tellerrand eines Stadtbezirks hinausschaut. Stadtteile werden eben nicht in der Maßeinheit „mehr oder weniger Blumenberg“ gerechnet. Es geht auch anders als in Blumenberg. Und weil ja Reisen bekanntlich bildet, unternimmt der Stadtentwicklungsausschuss jährlich - auf eigene Kosten, muss ich immer dazusagen - eine Exkursion, um sich gerade solche Projekte anzugucken. Wir waren in Freiburg und haben uns zum Beispiel den Stadtteil Vauban angeguckt. Wir haben viele Fotos gemacht; ich kann Ihnen auch Bilder im Internet zeigen. Die Freiburger machen uns dort eine ganz tolle Lösung vor! So macht man das heute, nicht mehr so, wie wir das in Blumenberg angefangen haben.

Deswegen sage ich den Damen und Herren im Stadtbezirk Chorweiler: Angst ist ein schlechter Berater. Das gilt auch für die Angst vor sozialen Fehlentwicklungen. Damit kann man nicht argumentieren. Kreuzfeld soll ein innovativer Beitrag der Stadt Köln sein für den Wohnungsbau des 21. Jahrhunderts.

In dem Sinne hoffe ich, dass wir eine Mehrheit für unseren Weg dahin bekommen. Sicherlich wird sich eine Mehrheit für Ihren Grundsatzbeschluss zugunsten von Kreuzfeld finden. Über den weiteren Weg werden wir hier reden müssen. Den Deutzer Hafen haben wir als FDP-Fraktion, glaube ich, dreimal beantragt. Da war es auch immer irgendwie zu früh. Beim dritten Mal schließlich haben wir eine Mehrheit bekommen. Also, ich lege mein politisches Engagement langfristig an. Wenn Sie dem Weg heute noch nicht zustimmen, dann möglicherweise beim nächsten Mal.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Nur Geduld!)

Zum zweiten Aspekt, dem Antrag der Linken, wird mein Kollege Volker Görzel sprechen. Die Uhr hier am Rednerpult läuft nicht; ich weiß nicht, ob noch Zeit ist.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Sie haben schon neuneinhalb Minuten gesprochen.

**Ralph Sterck (FDP):** Dann schenke ich Ihnen die letzte halbe Minute, und dann kommt der Herr Görzel in der zweiten Runde. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Sterck, es gibt noch eine Frage an Sie.

**Malik Karaman (SPD):** Herr Sterck, ich habe eine direkte Frage an Sie. Sie sind doch Anwalt. Wenn Ihre Mitarbeiterin 180-mal im Jahr verspätet zur Arbeit kommen würde, was würden Sie dann sagen? Innerhalb eines halben Jahres sind in Chorweiler 180-mal Bahnen entweder verspätet oder gar nicht gefahren. Viele Arbeitgeber stellen Leute, die in Blumenberg, in Chorweiler wohnen, nicht mehr ein, weil sie immer zu spät zur Arbeit kommen. Wir müssen erst einmal dafür sorgen, dass Bahnen und Busse fahren, bevor wir solche Städte bauen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Ich habe gesagt: Bitte lassen wir unsere Stadtteile doch nicht nach der Zuverlässigkeit der Deutschen Bahn entwickeln! Das kann doch wirklich nicht Ihr Ernst sein, Herr Kollege. Es gibt Instrumente, um so etwas beim Verkehrsverbund entsprechend anzumahnen. Wir können uns doch nicht, wenn wir über Städtebau diskutieren, von der Zuverlässigkeit der Deutschen Bahn abhängig machen.

**Malik Karaman (SPD):** Okay, wir können uns nicht auf die Deutsche Bahn verlassen. Aber wir sollten uns auf unsere Bahnen und Busse verlassen. Die sollten wir einsetzen.

(Widerspruch bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Jetzt kommt Herr Weisenstein von der Fraktion Die Linke. - Bitte schön.

**Michael Weisenstein (Die Linke.):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! In Köln findet, wie in anderen boomenden Großstädten auch, Verdrängung von Mietern statt. Wer sich im Agnes-Viertel, in der Südstadt und am Rathenauplatz umhört, erfährt schnell, mit welcher fragwürdigen Methoden Mieter aus ihren Wohnungen vertrieben werden. Investoren zahlen Prämien von bis zu 40 000 Euro an die bisherigen Mieter, damit diese ihre Wohnung verlassen. Aber auch über ruppigere Methoden wird berichtet: Lang andauernde

Baumaßnahmen machen ein vernünftiges Wohnen unmöglich. Fahrstühlen fallen regelmäßig am Wochenende, wenn die Hausverwaltung nicht erreichbar ist, aus. Mit unterbrochener Wasserversorgung und Baulärm werden die Mieter müde gemacht und zur Aufgabe gebracht. Die dann leer stehenden Wohnungen werden in Luxuswohnungen umgewandelt, oft wird aus zwei oder sogar drei Wohneinheiten eine große Luxuswohnung gemacht - Wohnungen mit zwei oder drei Bädern und Fußbodenheizung,

(Birgit Gordes [CDU]: Energetische Sanierung nennt man das!)

die sich ein Normalverdiener nicht leisten kann. Diese Luxuswohnungen werden dann für horrenden Summen an Reiche verkauft. In der aktuellen Ausgabe der *StadtRevue* ist die Situation am Beispiel des Rathenauplatzes sehr treffend beschrieben: Wohnten zuvor vielleicht sieben oder acht Personen auf 120 Quadratmetern, sind es nach der Sanierung nur noch zwei, manchmal vielleicht auch nur eine Person. Diese Verdrängung der alten Mieter muss gestoppt werden. Wir brauchen auch an attraktiven Stellen in unserer Stadt Wohnungen, die für Normalverdiener und Familien bezahlbar sind.

(Beifall bei der Linken.)

Nur so, meine Damen und Herren, bleiben soziale Durchmischung und lebendige Wohnquartiere erhalten. Als Stadt haben wir die Möglichkeit, hier einzugreifen und Verdrängung zu stoppen. Angepasst an die Situation vor Ort können Sanierungen Grenzen in Bezug auf die Größe und die Ausstattung gesetzt werden. Überzogener Luxus, den sich nur Reiche erlauben können, muss per Satzung ausgeschlossen werden.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Ihr Parteifreund und Oberbürgermeister der Stadt München, der Herr Ude, setzt das Instrument der sozialen Erhaltungssatzung seit Jahrzehnten erfolgreich ein. Dort gab es beispielsweise in 2012 vierzehn Erhaltungssatzungsgebiete, die 170 000 Einwohner und 92 000 Wohnungen vor Luxussanierung schützen. Bei uns in Köln wurde die Stegerwaldsiedlung 1979 als Milieuschutzgebiet ausgewiesen. Mit dem vorliegenden Antrag bitten wir die Verwaltung, ein Handlungskonzept „Milieuschutz“ zu erarbeiten. Hierzu müssen Kriterien entwickelt werden. Sind bestimmte Bedingungen erfüllt, zum Beispiel eine sehr hohe Anzahl von

Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen, übermäßig viele Wegzüge oder Zusammenlegung mehrerer Wohnungen, so muss der Erlass einer Erhaltungssatzung in Erwägung gezogen werden. Die Verwaltung soll außerdem darlegen, wie viel Personal und Zeit sie benötigt, um das Werkzeug „Erhaltungssatzung“ effektiv einzusetzen.

Diese Darstellung soll allerdings nicht im luftleeren Raum erfolgen. Wir möchten die Verwaltung beauftragen, ihr Konzept anhand von Gebieten wie dem Agnesviertel, der Südstadt und dem Rathenauplatz zu entwickeln und darzustellen. Diese Gebiete sind von Mieterverdrängungen besonders stark betroffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Milieuschutzsatzung kann mit dazu beitragen, die schlechte Situation auf dem Kölner Wohnungsmarkt zu verbessern. Lassen Sie uns die Möglichkeit dieses kommunalen Steuerungsinstruments ernsthaft prüfen und nach Möglichkeit konsequent umsetzen! - Ich bitte Sie um Unterstützung dieses Antrags.

(Beifall bei der Linken.)

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle der FDP danken, dass sie diese Idee aus den 90er-Jahren noch einmal aufgegriffen hat. Sie haben es gesagt, Herr Sterck: Man kann diese Idee von 1992 natürlich nicht genau so umsetzen, wie man es damals vorhatte; man muss natürlich aus dem, was damals falsch gemacht worden ist, lernen und es jetzt anders machen. Das ist völlig klar. Nichtsdestotrotz können wir - das wissen wir hier alle - den enormen Wohnungsbedarf, den wir haben, nicht allein durch Innenverdichtung bewältigen. Das geht nicht. Wir brauchen auf neuen Flächen, die jetzt noch nicht als Wohnflächen ausgewiesen sind, bis zu 13 000 Wohnungen, die wir neu bauen müssen, auf Flächen, die noch nicht als Wohnflächen ausgewiesen sind, um den Massenansturm auf Köln bis 2020 oder 2030 bewältigen zu können.

Wir müssen uns Kreuzfeld natürlich genau angucken. Es ist völlig richtig: Man sollte das nicht spiegeln. Wir müssen vielmehr dahin kommen, dass Blumenberg sozusagen Stück für Stück um Kreuzfeld erweitert wird, sodass da ein gemeinsames Gefüge entsteht, ein Gebiet, was auch durch die Nahversorgung zusammen erschlossen werden kann. Es wird ja momentan zu Recht kritisiert, dass da nicht die richtige Infrastruktur vorhanden ist. Wenn dort 10 000

Leute wohnen, wird die Situation natürlich eine andere sein. Dann wird sich das eine oder andere rentieren, sowohl im Einzelhandel als auch in der sozialen Infrastruktur, was heute vielleicht nicht zu realisieren ist.

Ich möchte noch zwei Beispiele bringen - eigentlich habe ich darauf gewartet, Herr Sterck, dass Sie das in Ihrem Redebeitrag bringen -: Die Stadt Freiburg - in Klammern: grüner Oberbürgermeister - plant eine neue Siedlung für bis zu 10 000 Menschen im Norden von Freiburg. Die SPD-Fraktion im Frankfurter Römer, Herr Börschel, treibt momentan eine Idee voran, im Norden von Frankfurt eine neue Stadt zu bauen, in der 16 000 Menschen eine neue Heimat finden sollen. Ich möchte also dafür plädieren, dass man die Idee, die Herr Sterck für die FDP eingebracht hat, ernsthaft prüft und vorantreibt.

(Beifall bei der Linken.)

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Liebe Kollegen von der CDU, ich möchte Sie ganz herzlich beglückwünschen zu dem guten Antrag. Er ist revolutionär verglichen mit dem, was Sie in der letzten Ratssitzung vorgestellt haben. Damals haben Sie - was ich scharf kritisiert habe - auf die freie Wirtschaft gesetzt. Dass Sie sich heute von Parkplätzen in der Innenstadt verabschieden, ist gigantisch. Das hätte ich Ihnen nicht zutraut.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir legen es nur tiefer!)

- Ist schon klar! Aber Sie wollten auch schon mal ebenerdig einsteigen; das war Ihnen in der Innenstadt ja ganz wichtig. Insofern, so muss ich sagen, ist es schon interessant, was Sie da entwickelt haben.

(Zuruf von der CDU: Dann können Sie ja zustimmen!)

Ich möchte aber ein paar Bemerkungen zu dem Dreierantrag - Rot-Grün hat zu dem Antrag der CDU ein paar Sachen hinzugefügt - machen. Ich wundere mich, dass SPD und Grüne in Sachen Wohnungspolitik so wenig innovativ sind.

(Widerspruch bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Eigentlich liegt dieses Thema Ihnen ja - genauso wie uns - nahe. Wenn man sich das aber mal anguckt, stellt man fest, dass die CDU und wir in den letzten Ratssitzungen die meisten Anträge

und Anfragen zur Wohnungspolitik gestellt haben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Schieß mal los!)

Jetzt zu dem Antrag: Wir werden dem Antrag zustimmen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Super!)

Allerdings werden wir punktweise Abstimmung beantragen, Herr Oberbürgermeister, weil wir an einer Stelle doch dagegen stimmen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sagen Sie mal, welche!)

In Ihrem Punkt 1 sagen Sie: Innenverdichtung vor Außenentwicklung. Das ist ja im Prinzip richtig. Aber wenn es um das Konkrete geht, hat die FDP recht: Wir sind in einer solch schwierigen Situation, dass wir die Außenentwicklung nicht außen vor lassen dürfen. Herr Weisenstein hat das ja angeführt: Wenn man die Zahlen der Verwaltung nimmt, dann fehlen nach dieser Rechnung 13 000 Wohnungen. Deshalb muss man über Außenentwicklung nachdenken.

Herr Sterck hat den Bogen zur Regionalplanung geschlagen; das will ich jetzt nicht weiter vertiefen. Im Dreierantrag fehlen mir solche Gedanken. Sie sollten ein bisschen innovativer sein. Mensch, wir müssen doch jetzt nach vorne gucken!

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Was schlagen Sie denn vor?)

Wenn ich im GAG-Aufsichtsrat säße und dann nur auf 200 Wohnungen verweisen könnte, da würde ich im Erdboden versinken. Da muss doch was Konkretes überkommen, es muss doch was passieren! Das ist unsere Kritik.

In dem Antrag - dem wir ja zustimmen werden - fehlt zum Beispiel auch der Vorschlag, Gewerbeflächen in Wohnflächen umzuwandeln. Da ist zwar am Rande von Büroflächen die Rede, aber das eigentliche Problem ist doch, dass es in der Verwaltung eine unterschiedliche Meinung dazu gibt. Das ist ja auch okay, aber in Sachen Gewerbe- und Wohnflächen brauchen wir eine klare Entscheidung. Es will ja kein Mensch, dass generell alle Gewerbeflächen zu Wohnflächen werden. Aber ich würde mir wünschen, Herr Oberbürgermeister, dass Sie mal sagen: Diese konkrete Gewerbefläche wird jetzt umgewandelt.

Wir werden, meine Damen und Herren, dem Punkt 5, wo es um die Anwendung von § 34 geht, nicht zustimmen. Dass die CDU so etwas beantragen, wundert mich nicht; aber dass SPD und Grüne da mitgemacht haben, das finde ich nicht richtig. Insofern bitte ich um punktweise Abstimmung.

Ich glaube, das wird wieder ein netter Beschluss. Aber entscheidend ist: Was tut sich in den nächsten Monaten, und was tut sich in den nächsten fünf bis sechs Jahren? Kreuzfeld kann man nicht in zwei Jahren entwickeln. Man kann es aber angehen. Und das ist das, was wir vermissen.

(Beifall bei der Linken. - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Was wollt ihr denn?)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir fahren fort in der weiteren Reihenfolge. Ich rufe Herrn Börschel auf.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass wir heute über eines der wichtigsten Themen der Stadtpolitik per se sprechen, dürfte hier unstrittig sein. Die Vielzahl der Anträge, die engagierten Debatten heute und der letzten Wochen zeigen, dass wir es wirklich mit einer der Kernfragen der Kommunalpolitik zu tun haben - erst recht angesichts des Umstandes, dass Köln um mindestens 50 000 Einwohnerinnen und Einwohner wachsen wird und dass 40 Prozent der Kölnerinnen und Kölner einen Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung haben. Die Nachfrage nach Wohnraum ist sehr hoch und wird noch steigen. Das Angebot ist zu knapp und wird nur wenig größer. Und die Preise sind zu hoch. Deswegen muss man an dieser Stelle selbstverständlich gemeinsam überlegen, was man tun kann.

Ich will deswegen ganz zu Beginn sagen, dass es gerade bei solchen fundamentalen Themen, die eine lange Vorbereitung benötigen, aber die auch eine enorme Wirkung für die Stadtgesellschaft haben, wichtig ist, dass man möglichst breite Mehrheiten hat. So wie es vor vielen Jahren fehlerhaft war, sozusagen mit einer Einstimmenmehrheit alle B-Pläne im Geschosswohnungsbau einfach zu stoppen oder zu versuchen, die Anteile an der GAG zu verkaufen, so richtig ist es heute, mit möglichst

breiter Mehrheit in diesem wichtigen Themenfeld zu wirken.

Ich will der CDU danken, dass Sie, nachdem Sie Ihren Antrag gestellt haben, sehr konstruktiv bereit waren, zu überlegen, wie wir gemeinsam mit den Mehrheitsfraktionen einen verlässlichen Rahmen so schaffen können, dass jeder weiß - Investoren und Einwohnerinnen und Einwohner, ob künftige oder derzeitige -: Egal wie Wahlen ausgehen mögen, die Konstellationen sind so, dass sich jeder darauf verlassen kann, dass sich in dieser Priorität nichts ändert, weil die Mehrheit so denkbar breit ist, dass Wahlergebnisse nicht zu Unsicherheiten führen müssen. Ich finde sehr gut, dass Sie so offen waren - ich will gar nicht sagen: über Ihren Schatten gesprungen sind -, einen Antrag mit SPD und Grünen gemeinsam zu stellen.

An der Stelle ich will ich auch gleich ein bisschen die FDP kritisieren. Herr Sterck, Sie sind ja immer ein bisschen sensibel, wenn man Ihre Anträge ablehnt, weil Sie annehmen, das liege nur daran, dass man Ihnen nicht glaube, dass Sie es waren, die auf die Idee gekommen sind.

(Manfred Wolf [FDP]: 2002 haben Sie dasselbe gesagt!)

Ich will an eine Ihrer Haushaltsreden erinnern, die Sie vor etlichen Jahren gehalten haben - dem Duktus nach hat sich mir das einigermaßen eingebrannt -, in der Sie gesagt haben, für die FDP sei immer wichtig, auch in vielen Jahren noch sagen zu können, was man erfunden hat, worauf man ein Copyright hat, was von einem bleibt. Sie haben also gewissermaßen seinerzeit schon Ihr politisches Testament vorbereitet.

(Lachen bei der FDP)

Und auch heute haben Sie mit dem Bezug auf den Deutzer Hafen oder auf Kreuzfeld das wiederholt. Ihnen geht es eigentlich nur darum, dass Sie irgendwann mal sagen können: Sie waren die Ersten, die „Kreuzfeld“ gerufen haben. Und immer, wenn irgendwas mit Kreuzfeld passiert - das Gleiche gilt für den Deutzer Hafen -, werden Sie behaupten, die FDP habe das erfunden, auch wenn es dadurch nicht wahrer wird. Das heißt, Ihnen geht es in erster Linie um Überschriften. Und es obliegt dann anderen, der politischen Ratsmehrheit und der Verwaltung, daraus etwas Machbares zu machen. - Das ist mein Kritikpunkt. Ansonsten hoffe und glaube ich, dass wir schnell wieder zusammenkommen.

Dass man diesem wichtigen Problem des Wohnungsmangels zu zu hohen Preisen begegnen muss, darüber scheint Einigkeit zu sein. Wir von der SPD-Fraktion glauben, dass man insgesamt vier Bausteine braucht, um dem zu begegnen:

Das Erste ist das kooperative Baulandmodell. Dazu will ich heute gar nicht so viel sagen. Denn die Stadtverwaltung hat ja dankenswerterweise angekündigt und auch schon eingebracht - es ist ja im Beratungslauf -, dass wir in der Ratssitzung am 1. Oktober dazu einen Beschluss fassen können und wollen. SPD und Grüne sind dazu bereit. Ich will hier auch noch einmal öffentlich sagen, insbesondere an die Kolleginnen und Kollegen der CDU gerichtet - auch im Gegenzug zu dem, was wir heute tun -: Einem vernünftigen Kompromiss werden wir uns nicht verschließen. Das hat selbstverständlich Grenzen. Aber ich begrüße sehr, dass unsere Fachleute in einem konstruktiven Dialog sind, wiederum einen sehr breiten Beschluss zu fassen. Das kooperative Baulandmodell ist eine ganz, ganz wichtige Säule, um der Problematik zu begegnen.

Zum Zweiten wird man auch weiterhin sicherstellen müssen, dass die Veedel so lebenswert bleiben, dass die Menschen auch dauerhaft dort wohnen bleiben wollen. Auch das mag wie eine Selbstverständlichkeit klingen. Aber es gibt durchaus Stadtquartiere, bei denen wir gerade beobachten: Wenn wir da nicht schnell gegensteuern, wenn wir nicht schnell dafür sorgen, dass dort eine vernünftige soziale Balance, eine gute Wohninfrastruktur entsteht oder verstärkt wird, werden das unsere Problemzonen von morgen sein - wenn sie es nicht gar heute schon sind. Deshalb muss Stadtpolitik, muss dieser Rat gemeinsam mit der Verwaltung, mehr darauf achten - das ist der zweite Baustein unseres Handlungskonzept -: Wie sorgt man dafür, dass solche Stadtviertel wirklich eine Lebensqualität haben?

Sie, Herr Kollege Sterck, hätten da mit ein bisschen mehr Empathie auf das antworten sollen, was der Kollege Karaman eben eingeführt hat. Es ist in der Tat ein Problem, wenn sich ein Stadtteil im wahrsten Sinne des Wortes abgekoppelt fühlen muss. Dem müssen wir mit allen notwendigen Mitteln auch wirklich entgegenreten.

(Beifall bei der SPD - Ulrich Breite  
[FDP]: Natürlich ist das ein Problem!)

- Schön.

Dritter Baustein - damit komme ich jetzt im Grunde zum kombinierten Antrag von SPD, CDU und Grünen sowie Ihrem Antrag -: Es sind selbstverständlich geeignete Flächen für den Wohnungsbau zu identifizieren. Wir glauben aber, dass Plan vor Benennung gehen muss. Deshalb haben wir in unserem Antrag zunächst den Vorrang der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung festgeschrieben. Es geht um Nachverdichtung, es geht auch um flächensparende Bauweise, um gestapelte Häuser, die Arrondierung von Ortsrändern und die Umnutzung nicht mehr genutzter Büroflächen in Wohnraum. Das alles sind wichtige Punkte. Aber - da muss ich dem Kollegen Detjen recht geben - unsere Befürchtung ist schon, dass das auf Dauer, angesichts des Nachfragedrucks in Köln, alleine nicht ausreichen wird. Deswegen dürfen selbstverständlich neue Wohnbauflächen kein Tabu sein.

Die Frage ist nur: Wie herum macht man es? Es wird nicht reichen, nur ein Fähnchen in den grünen Grund setzt, um zu sagen „Ich habe es erfunden, das ist mein Stadtteil“. Wir müssen vielmehr Kriterien entwickeln, entlang derer man dann geeignete Flächen identifiziert. Auch dafür bietet der Antrag von SPD, CDU und Grünen ein paar Kriterien: Es soll um die ÖPNV-Erschließung gehen, um die Dichte der Umgebungsbebauung, um die soziale Infrastruktur, um Nahversorgung und Grünversorgung. Denn es geht gerade darum, dass hinterher ein Neubaugebiet - noch einmal: dem wir uns nicht per se entgegenstellen wollen, auch wenn SPD, CDU und Grüne in Nuancen unterschiedlich darüber denken; das will ich überhaupt nicht bestreiten - entsteht, das auch ein funktionierendes Umfeld hat. Dazu gehören Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Apotheken, Kneipen genauso wie Grünversorgung oder ÖPNV-Infrastruktur und sonstige Infrastruktur. Dafür muss man an dieser Stelle sorgen. Deswegen sagen wir es genau umgekehrt: Erst müssen wir die Kriterien definieren, erst müssen wir festlegen, woran wir solche Wohnbauflächen messen lassen wollen, um dann die geeigneten Bereiche zu identifizieren. Da mögen die von Ihnen konkret benannten Flächen denkbar sein. Sie haben Zündorf-Süd und andere mehr genannt. Der Regionalplan ist in der Tat ein wichtiger Fingerzeig. Damit haben Sie insofern recht: Wir schließen es ausdrücklich nicht aus, sondern wir fürchten, dass man ohne solche Entwicklungen - wenn man ausschließlich Innenentwicklung vor Außenentwicklung macht - dem Wohnungsmangel nicht ausreichend wird begegnen können. Aber es

muss eben richtig passieren. Ich meine, Herr Sterck, Sie haben angesichts der öffentlichen Reaktionen auf Ihren Antrag ein bisschen flugs versucht, das, was Sie geschrieben haben, umzuinterpretieren.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Die Kurve zu kriegen!)

Das wirklich nur noch als letzten Hauch von Kritik: Sie sagen ja, es solle das Wettbewerbsergebnis von 1993 zur Grundlage gemacht werden, es solle der Bebauungsplanentwurf von 2005 zur Grundlage gemacht werden

(Ralph Sterck [FDP]: Eine Überprüfung!)

- lassen Sie mich doch zu Ende reden -, um dies dann zu evaluieren. Es ist aber ein Unterschied, ob ich sage: Das ist meine Grundlage, die ich passend mache, oder ob ich Lehren aus der Spiegel-Entwicklung ziehe - ich dem Fall war das Blumenberg - und mir dann überlege, wie ein neuer, ein integrierter Ansatz aussehen könnte.

Noch einmal: Das, was Sie heute gesagt haben, war schon erheblich besser als das, was Sie geschrieben haben. In eine solche Richtung wird man schon eher mal denken und überlegen können. Aber ich finde, das gehört zur Wahrheit am Ende auch dazu.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie können doch einen Änderungsantrag machen!)

- Sie rufen nach einem Änderungsantrag. Den haben wir ja gestellt. Im Grunde ist die Antwort auf Ihren verkürzten Ansatz das, was SPD, CDU und Grüne heute dagegenstellen - plus kooperatives Baulandmodell. So wird die Angelegenheit am Ende rund.

Ein letzter Gedanke - ich hatte ja bewusst von vier Bausteinen gesprochen, die man brauchen wird, um dieser Herausforderung Herr zu werden - ist das Thema Ordnungsrecht. Den Kolleginnen und Kollegen der Linken sage ich ausdrücklich: Auch solche Milieuschutzsatzungen können ein Ansatz sein. Ich darf darauf hinweisen, dass die Bezirksvertretung Innenstadt auf Antrag der SPD-Fraktion einstimmig beschlossen hat, solche Konzepte weiter zu verfolgen. Übrigens hat die Bezirksvertretung Innenstadt einstimmig beschlossen, den Stadtentwicklungsausschuss zu bitten, sich dieser Frage weiter anzunehmen. Genau das wollen wir tun. Denn alle, die sich ein bisschen damit auskennen, wissen: Ein solches

Modell hat Chancen, es ist auch interessant, aber es stößt mitunter an Grenzen und wird auch kritisiert. Deshalb werden wir hier einen sehr individuellen Weg finden müssen. Sie haben Symposien und Ähnliches angesprochen. Dazu sind wir bereit. Genauso, wie es die BV Innenstadt einstimmig vorgeschlagen hat, wollen wir auch mit Ihrem Antrag umgehen: Der Stadtentwicklungsausschuss soll sich zügig, aber mit der nötigen Sorgfalt damit beschäftigen.

Dann haben wir die vier Bestandteile: dafür sorgen, dass unsere Veedel lebenswert bleiben; neue Flächen suchen; kooperatives Baulandmodell und dort, wo erforderlich, ordnungsrechtliche Maßnahmen. Daraus kann ein rundes Konzept entstehen. Daran müssen wir arbeiten, in der breitestmöglichen Mehrheit, die denkbar ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Wir kommen zu Herrn Klipper.

**Karl-Jürgen Klipper (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Selten ist es mir in meinen 20 Jahren hier im Rat passiert, dass ich zu drei Anträgen gleichzeitig reden soll. Zuerst wurde mir mitgeteilt, dass ich fünf Minuten dafür hätte; das wäre der Quadratur des Kreises gleichgekommen. Ich will mich aber auch so auf die wesentlichen Sachen konzentrieren.

Ich fange an mit der Milieuschutzsatzung. Im Einzelnen möchte ich gar nicht darauf eingehen, sondern ich will das dahin verweisen, wo es hingehört, nämlich in den Fachausschuss. Herr Detjen, Sie haben mit Ihrem Antrag sehr viele Fragen aufgeworfen. Die müssen von der Verwaltung erst einmal beantwortet werden. Bevor wir damit in den Rat gehen, sollte eine Beratung im Sozialausschuss, gegebenenfalls zusammen mit dem StEA, erfolgen. Wir sind dafür, diesen Antrag in den StEA zu geben; dort werden wir uns im Einzelnen darüber zu enthalten. - Für den ersten Antrag habe ich nur eine Minute gebraucht; das ging schon mal ganz schnell.

Dann zweitens zum Antrag der FDP: Lieber Ralph Sterck, ich muss mich schon ein bisschen wundern. So mancher Schnellschuss aus der Hüfte ist nicht erfolgreich. Wir waren vor 14 Tagen in Blumenberg/Kreuzfeld mit dem StEA und haben uns das dezidiert angeschaut. Zuerst

einmal haben wir feststellen müssen, dass Blumenberg mit seinen 5 000 Einwohner in einer miserablen Situation ist - was die Infrastruktur betrifft, was den Einzelhandel betrifft, all das, was einen lebenswerten Ort ausmacht. Herr Börschel hat eben davon gesprochen, dass ein Viertel lebenswert sein muss. Das fehlt in Blumenberg, weil es zu klein ist. Es ist völlig unstrittig, dass dies alles erst ab etwa 10 000 Einwohnern klappt, die in einem Siedlungsschwerpunkt zusammenkommen. Ich wiederhole es wie ein Mantra: Wenn es weniger Einwohner sind, dann bekommen Sie Probleme. Das gilt auch für den Kölner-Weiß im Süden mit seinen 6 000 Einwohnern: kein Einzelhandel, kein Arzt, keine Sparkasse, keine weiteren Versorgungseinrichtungen. Das wollen wir doch nicht haben! Ich nehme Sie beim Wort, Herr Sterck: Sie sagen, wir wollen einen eigenen Ort Kreuzfeld. Nach der Erfahrung unseres letzten Besuches muss ich Ihnen sagen: Ein solcher Einzelantrag muss sofort abgelehnt werden. Das ist eine Totgeburt, weil dort die Infrastruktur, weil die Verbindung fehlt. Wenn Sie so etwas machen wollen, müssen Sie Blumenberg und Kreuzfeld zusammenpacken. Sie müssen ein neues städtebauliches Konzept entwickeln, um einen Ort mit einem Schwerpunkt, mit sozialer Infrastruktur, mit Versorgungsinfrastruktur zu bekommen. Dafür brauchen Sie etwa 10 000 Einwohner. Nur dann, Herr Sterck, haben Sie eine Chance, Kreuzfeld als einen lebendigen Stadtteil zu realisieren.

Dazu gehört auch das, was die Bezirksvertretung sagt: Wir können einen solchen Stadtteil nicht dafür vorsehen, dort die Beladenen, die sozial Schwächeren, unterzubringen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Zum kooperativen Baulandmodell, das heute schon zur Sprache kam, will ich nichts sagen. Jedenfalls müssen wir berücksichtigen: Sie können nicht einen Stadtteil bauen, wenn Sie dort nur gewisse Bevölkerungsgruppen haben wollen. Das sehen wir in Chorweiler. Mit preisgekrönten städtebaulichen Konzepten hat man dort versucht, all diejenigen unterzubringen, die die moderne Stadt des 21. Jahrhunderts bilden sollten. Für einen solchen Versuch werden wir nicht die Hand heben.

Ich darf Sie daran erinnern, dass wir Mitte der 90er-Jahre mit Mülheim einen neuen Stadtteil gebaut haben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Zwei)

- Es waren zwei, aber Iddelsfeld will ich mal außen vor lassen.

Als dort die ersten Bewohner eingezogen waren, kamen schon die ersten sozialen Reparaturmodelle. So etwas wollen wir nicht. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag in dieser Form ab. Wenn Sie etwas vorschlagen würden, das eine Aufwertung von Blumenberg und Kreuzfeld zur Folge hätte, wenn also ein Stadtteil mit einer ausgewogenen Sozial- und Infrastruktur entstünde, dann sind wir direkt bei Ihnen. Aber in dieser isolierten Betrachtung lehnen wir das ab.

Lassen Sie mich zu unserem eigenen Antrag kommen. Ich möchte mich auch hier verhältnismäßig kurz fassen; denn im Vorfeld haben wir das schon im Einzelnen dargestellt. Ich glaube schon, dass wir etwas machen müssen, das schnell wirkt. Wenn wir heute anfangen, Flächen umzuwidmen, die vielleicht heute noch Gewerbegebiete sind - zum Beispiel im Rechtsrheinischen -, und diese im Flächennutzungsplan später als Wohnfläche ausweisen, schreiben wir bestimmt das Jahr 2020, Herr Oberbürgermeister, bis die erste Wohnung bezugsfertig ist.

Wir bringen mit unserem Antrag den Wunsch zum Ausdruck, kurzfristig Wohnfläche in der Innenstadt zu realisieren. Die Leute wollen in die Innenstadt, sie wollen heute nicht auf das platte Land, nach Hürth, nach Frechen oder sonst wo hin - auch nicht nach Blumenberg, auch nicht nach Kreuzfeld. Sie wollen in die Innenstadt. Unser Antrag dient dazu, diese Möglichkeit zu schaffen.

Ich kann ein paar Punkte packen: Wir möchten Verdichtungen in der bestehenden Stadt. Sie wissen - ich habe es hier schon ein paar Mal erzählt -, welche Probleme wir im Belgischen Viertel hatten. Da war einiges möglich; aber was gemacht wird, muss kontrolliert sein. Beispielsweise ist es in der Innenstadt möglich, aufzustocken. Nutzlose Dachflächen können vielleicht mit einem Staffelgeschoss versehen werden.

Herr Oberbürgermeister, ich spreche Sie persönlich an: Gehen Sie mit Ihrer Verwaltung hin und machen Sie ein effektives Baulückenprogramm. Das ist unheimlich wichtig. Es müssen alle angeschrieben werden, damit so etwas passiert.

(Ulrich Breite [FDP]: Laufen doch gerade ab!)

- Es muss nur durchgezogen werden. Es ist nicht damit getan, immer nur zu beschließen, sondern man muss es auch machen.

Überlegt werden müsste auch noch mal, ob die Bauhöhe in dieser Stadt noch adäquat ist. Vielleicht können manche Bereiche auch ein Stockwerk mehr vertragen. Ich war vor kurzem wieder in Berlin; da ist die Höhe ein bisschen anders als in Köln.

Was wir vorschlagen, ist ein kurzfristiges Modell. Ich nehme die Idee aus dem Wohnungsbauforum, wonach die Verwaltung den gesamten Wohnungsplan nochmals daraufhin überprüft, welche Flächen zur Verfügung stehen, gerne auf, will aber darauf hinweisen: Wir haben nur Flächen für 15 000 Wohnungen für die nächsten Jahre oder Jahrzehnte. Ich bin der Meinung, wir brauchen ein Programm, das sehr kurzfristig umgesetzt werden kann.

Als Letztes: Wir haben unendlich viele Wettbewerbe gemacht, um irgendwelche Bauten hinzubekommen. Nur - das habe ich schon das letzte Mal gesagt -, wir sollten nicht nur diskutieren, sondern etwas tun. Wir sollten handeln, wir müssen bauen, bauen, bauen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wohnen ist Top-Thema in der Stadt. Wir haben uns in vielen Ratssitzungen damit beschäftigt. Wir beschäftigen uns damit im Stadtentwicklungsausschuss und im Wohnungsbauforum. Es ist ja nicht so, dass nur die 40 Prozent der Kölner Bevölkerung, die Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben, ein Problem haben, geeigneten Wohnraum zu finden, sondern mittlerweile ist dieses Thema ein Problem für 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung. Denn auch bei den mittleren Einkommen - zumindest wenn es Familien mit Kindern sind, die große Wohnungen brauchen - gehen die Mieten bis an die Grenze dessen, was sie sich leisten können. Es ist also ein Thema, das alle umtreibt.

Die hohen Preise sind ja bedingt durch ein eigentlich zu kleines Angebot. Ob es 50 000 Wohneinheiten bis 2030 sind, die wir benötigen,

oder ob es 40 000 oder 55 000 sind, das wissen wir heute nicht. Was wir aber wissen, ist: Wir haben zu wenig. Man neigt schnell dazu, auf die Außenbereiche zu schielen. Als ich 1994 im Rat angefangen habe, waren Iddelsfeld und Donewald im Gespräch. Da hatte man überlegt, den gesamten Oberen Bruch als Außenfläche zu bebauen, das Sürther Feld - wo jetzt leider nur noch Einfamilienhäuschen hingekleckert werden -

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nein, nein, nein!)

alles große Entwicklungen auf freien Ackerflächen. Heute wissen wir, wie problematisch das ist - meine Vorredner haben darauf hingewiesen -, da Leben hineinzubekommen: Nahversorgung, fußläufige Infrastruktur. Es ist, auch das muss an dieser Stelle gesagt werden, teuer: Alles muss neu verlegt werden. Das, was in den Siedlungsbereichen schon vorhanden ist, kann nicht genutzt werden. Eigentlich ist ein solches Vorgehen also sowohl ökologisch als auch ökonomisch unvernünftig.

Wir haben immer darauf gepocht, eine Innenentwicklung zu machen. Die Verwaltung hat sich in den letzten Jahren auch ziemlich daran gehalten; es war wie ein unausgesprochener Konsens. Aber eigentlich ist es heute das erste Mal, dass wir im Rat mit einer solch breiten Mehrheit sagen: Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung. Ich bin froh, dass wir jetzt einen breiten Konsens haben, der hoffentlich auch nach dem nächsten Wahltermin unsere Richtschnur bleibt.

Ob wir am Ende dennoch darüber diskutieren müssen, ob das ausreicht, weiß ich nicht. Wenn wir in die Situation kommen, dass der Innere Grüngürtel und Mülheim und all die Bereiche, die wir uns jetzt verschärft vornehmen wollen, zusammen nicht reichen, müssen wir überlegen, was in Blumenberg nicht funktioniert. Eine Katastrophe wie Chorweiler-City ist es ja nicht. Es sind ganz subtile Dinge, die da nicht funktionieren. Man muss ganz clever herangehen und damit beginnen, bevor man an irgendeine Erweiterung denkt. Man darf nicht etwas fortsetzen wollen, obwohl es so richtig gar nicht funktioniert.

Da ich nicht dasselbe sagen will wie all die anderen, möchte ich auf ein paar Probleme aufmerksam machen, die mit dieser kleinteiligen Innenentwicklung einhergehen.

Dazu möchte ich gerne zwei Beispiele nennen. Wir haben, gestern oder vorgestern, eine Mehrfachbeauftragung gehabt, ehemals Möbel Boss, Scheidtweilerstraße/Maarweg, nicht weit von der Aachener Straße. Wunderbar, da werden in mehreren Bauabschnitten über 150 Wohnungen entstehen können. Erinnern Sie sich bitte daran, was auf dieser Fläche vorher passiert ist! Eine solche Entwicklung ist toll. Aber umliegend gibt es besitzstandswahrende Eigentümer, und die finden das gar nicht toll. Jeder Neue, der dazukommt, jede Veränderung, wird erst mal kritisch beäugt. Wir haben mit sehr viel Kritik zu tun, und das ist anstrengend. Deshalb ist es ja auch so wunderbar, auf den freien Acker zu gehen. Da kann höchstens die Amsel ein Spottlied singen, aber ansonsten passiert da nichts. Und ob das hinterher auf Dauer funktioniert, das interessiert niemanden.

Wir müssen uns darauf einstellen, dass es sehr viel anstrengender ist, dass es viele Verfahren gibt, dass die Verwaltung ganz stark belastet wird. Ich überlege manchmal, ob es nicht günstiger ist, im Planungsamt noch einen Planer mehr einzustellen- wir hatten nämlich früher mehr Planer-, ob das nicht billiger ist, als in die Außenfläche zu gehen und die teure Erschließung zu bezahlen.

Letztes Mal haben alle hier gesagt, es darf auch nicht zu viel Klientelpolitik gemacht werden. Ich habe damals gesagt: Lassen Sie uns Kriterien überlegen! Jetzt haben wir Kriterien, die in einigen Spiegelstrichen formuliert wurden. Die Verwaltung wird uns dann, wenn eine neue Fläche ins Spiel kommt, jeweils sagen: Mit dem Kriterium verhält es sich so, mit diesem so, mit jenem so. Vielleicht finden wir sogar ein Benchmark, an dem wir das spiegeln können. Und dann müssen wir auch klare Position gegenüber denen halten, die vor Ort wohnen.

Wenn ich noch Zeit habe, würde ich gerne etwas zum Thema Gentrifizierung und dem Vorschlag der Linken sagen. Gentrifizierung ist nicht per se schlecht oder nicht schlecht, aber sie kann dazu führen, dass Bevölkerung massenhaft verdrängt wird und irgendwo anders leben muss. Genau das wollen wir nicht. Es ist die Kehrseite der Segregation. Es gibt auch eine positive Gentrifizierung; ein paar Stadtteile in Köln könnten ein bisschen Gentrifizierung ganz gut vertragen. Aber natürlich gibt es auch Gebiete in Köln, die schon voll durchgentrifiziert sind. Ich nenne mal das Belgische Viertel, den Rathenauplatz. Da käme ich nie auf die Idee, diese Bereiche unter die Milieuschutzsatzung zu stellen.

(Ralph Sterck [FDP]: Unter Denkmalschutz!)

- Unter Biotopschutz wahrscheinlich, wegen der Frösche, die sich da angesiedelt haben.

Nein, ohne Quatsch: Wir haben in Köln einmal eine solche Satzung erlassen, das war in der Stegerwaldsiedlung. Warum haben wir das damals gemacht - das wurde auch juristisch überprüft -: weil diese Siedlung noch eine ziemlich einheitliche Struktur hatte. Die Stegerwaldsiedlung ist noch ein zusammenhängendes Milieu und sollte als solche geschützt werden. Im Ruhrgebiet wurden Bergarbeitersiedlungen unter Schutz gestellt. Der Gesetzgeber setzt voraus, dass es noch ein typisches Milieu gibt. Die berühmten Satzungen aus Pankow und Prenzlauer Berg - ich habe mit dem entsprechenden Dezernenten gesprochen; es ist übrigens ein Grüner, und ich habe mir die ganzen Unterlagen besorgt - werden alle beklagt; da ist noch keines gerichtsfest durchgestanden.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin mit dem Ziel ja einig: dass man Monitoring macht, in welchen Bezirken es kritisch wird. In den nächsten Jahren könnte das in Nippes/Ehrenfeld passieren. In Gebieten, die noch eine geschlossene Struktur haben, kann man dann überlegen, ob man so etwas macht. Aber die Initiative geht von der Innenstadt aus.

In der Innenstadt fällt mir, ehrlich gesagt, nur ein einziger Bezirk ein, auf den das eventuell zutreffen würde, und das wäre das Griechenmarktviertel. Alle anderen sind nämlich komplett durchgentrifiziert. Selbst wenn die Leute jetzt bedauern, dass die Mieten noch weiter klettern – ich glaube nicht, dass wir da gerichtsfest etwas hinbekommen werden. – Danke schön.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen dann zu Herrn Uckermann. Bitte schön.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir finden es sehr erfrischend, dass sich die anderen Parteien, die hier neben unserer Partei im Rat vertreten sind, heute mit dem wichtigen Thema „Wohnen in Köln“ beschäftigen. Es ist ja ansonsten ein Thema, das wir aufgreifen, in den

Bezirksvertretungen oder in den Ausschüssen. Dann fragt man sich: Wie kommt es, dass das jetzt massiv der Fall ist? – Ich kann es Ihnen sagen: Es hat vor zweieinhalb Wochen in einem regionalen Revolverblättchen eine Serie gegeben über Kölner Kommunalpolitik, und da wurde dieses Thema aufgegriffen. Da durfte jede Fraktion ein Statement abgeben. Prompt sind sie alle an ihre Fraktions-PCs gelaufen und haben gesagt: Machen wir mal einen Antrag! Mal gucken, wer schöner ist.

Das ist hier Sache: Hier findet ein Schaulaufen statt, eine Art gemeinsamer Pressekonferenz, damit wir morgen wieder in Onkel Alfreds Revolverblättchen etwas lesen können, was mit der Realität nichts zu tun hat. Dort übrigens wird ja immer verschwiegen, dass wir hier im Rat eine viel konstruktivere Meinungsbildung haben als das, was dort abgebildet wird. Aber das ist ja Methode in dem Haus.

Heute haben wir drei Anträge dieser Parteien vorliegen, die dort damals porträtiert worden sind. Und die sind extrem! Die einen wollen alles verdichten in der Innenstadt, und die anderen wollen alles nach DDR-Blockmanier irgendwo aufs freie Feld bauen. In dem einen Antrag - er liegt noch in der Mitte davon - geht es darum, dass unsere Veedel lebenswert erhalten bleiben. Das ist ein pro-Köln-Thema, dem werden wir zustimmen. Aber die beiden anderen Anträge sollte man sich genauer anschauen; da kann man auch einiges über die Kölner Kommunalpolitik lernen.

Fangen wir mal an mit den Unionschristen. Die haben hier vorgeschlagen, in der Innenstadt massiv nachzuverdichten, bei jedem Stückchen Grün. Wir waren immer froh, dass wir eine lebenswerte Stadt haben, die auch noch aufgelockert ist, zum Beispiel in Ehrenfeld. Wir sind übrigens die einzige Großstadt in Europa, wo es noch eine bewohnte Innenstadt gibt. Fahren Sie mal durch Hamburg! Da ist am Wochenende, da ist abends nichts los. In Köln dagegen können wir stolz darauf sein, dass wir noch eine bewohnte Innenstadt haben.

Jetzt will die CDU hingehen und auf Teufel komm raus alles massenhaft verdichten. Wir sagen: Wir sind gegen Massentierhaltung, aber wir sind auch gegen Massenwohnquartiere.

(Beifall bei pro Köln)

Unsere Stadt soll lebenswert sein. Ein Beispiel dazu, lieber Herr Klipper, der diesen Antrag ja hier eingebracht hat: Bezirksvertretung Ehrenfeld

am Montag, Dringlichkeitsantrag der CDU, es geht um die Franz-Kreuter-Straße. Auch dort, in Ehrenfeld, soll nachverdichtet werden.

(Karl-Jürgen Klipper (CDU): Parkplatz!)

- Genau! Sind Sie gegen Parkplätze? Die Menschen in Ehrenfeld müssen auch parken, Herr Klipper. Wir haben nicht alle einen Privatparkplatz vor einer Villa wie bei Ihnen. Oder haben Sie einen Dienstwagen von der Fraktion mit Chauffeur? Ich weiß es nicht. In Ehrenfeld müssen die Leute noch selber fahren, und sie müssen auch parken. Ja, Herr Klipper, ein Auto, was fährt, muss auch parken. Man muss mal aussteigen. In Ehrenfeld will man auch nicht 20 Kilometer Parkplatzsuchverkehr haben, das ist schon schlimm genug da.

Also, Sie wollen nachverdichten. Die örtliche CDU bringt einen Dringlichkeitsantrag ein. Sie bringt die Anwohner mit und sagt denen: Wir sind eure Vertreter, machen einen Dringlichkeitsantrag. - Ich habe das natürlich lobend erwähnt. Ich finde gut, dass man sich vor Ort so einsetzt; ich bin ja auch schon 20 Jahre dabei. Klasse, was die CDU da vorhat! SPD und Grüne wollten das blockieren. Dann habe ich mal aus dem Stadtentwicklungsausschuss vorgelesen, Herr Klipper, wo Sie ein glühender Verfechter dieser Nachverdichtung sind. Und dann habe ich gefragt: Meine Damen und Herren Anwohner, die Sie mitgekommen sind, welche CDU vertritt Sie hier, die Klipper-CDU oder die CDU vor Ort? Das ist ja ein Durcheinander, Sie sind überhaupt nicht berechenbar.

(Henk van Benthem [CDU]: Das sagt der Richtige!)

Gut, Sie wollen jetzt Pressearbeit machen. Da ist einer an den PC gegangen, der nicht wusste, wo links ist und wo rechts ist - nur, um morgen in der Zeitung bei Onkel Alfred abgebildet zu werden.

Das ist die Realität. Wir haben natürlich reagiert. Die Anwohner haben lohnend erwähnt, dass ich sie anhand der Protokolle aufgeklärt habe. So nimmt das Ganze einen guten Weg.

Wir sind selbstverständlich dafür, dass in Köln Wohnen bezahlbar bleibt. Das ist eines unserer Kernthemen. Aber wir wollen hier natürlich nicht massenhaft Wohnungen bauen, um dann einem Massenansturm von außen - so ist ja eben gesagt worden - ausgesetzt zu sein. Sie müssen mal zur Kenntnis nehmen, dass auf dieser Erde über 6 Milliarden Menschen noch nicht in Köln wohnen. Wir wollen Wohnungen bauen für die

Kölner. Wir sind Vertreter der Kölner Bürgerschaft. Wir freuen uns, dass unsere Stadt attraktiv ist. Aber es kann eben nicht sein, dass Wohnen in Köln nicht mehr bezahlbar ist für die Einheimischen, die schon seit Generationen hier wohnen. Wir wollen ein organisches Wachstum haben.

Und dann sieht man da die Sozialisten von der FDP. Mit Ihrem Antrag hätten Sie in der Volkskammer der DDR viel Applaus bekommen: Mitten auf der grünen Wiese wollen Sie jetzt „Weiter bauen mit Burauen!“

(Heiterkeit bei pro Köln)

Das ist „Weiter bauen mit Burauen!“, aber in Form von Bungalows. Das macht die Sache nicht besser. Pro Köln hat immer wieder das Faktum eingebracht, dass dieser Bereich mit ÖPNV unterversorgt ist. Der Kollege von der SPD hat die S-Bahn eben angesprochen. Er hat vollkommen recht: Der Service der S-Bahn ist unzureichend. - Wir haben ja den Antrag gebracht, die S 6 zu verlängern. Kein Mensch versteht, wenn er Dom/Hauptbahnhof einsteigt und in den Kölner Norden will, dass er in Nippes wieder raus muss. Herr Sterck, darum hätten Sie sich kümmern sollen - da hätten Sie die Fraktion pro Köln unterstützen sollen -, anstatt hier zu fordern, auf der grünen Wiese in Plattenbauweise Bungalows zu planen.

Dann fragt man sich: Was sagen die Leute vor Ort? Ich habe hier ein Schreiben der Interessengemeinschaft Köln-Blumenberg - „Mein Zuhause“, so nennen die sich. Die sagen:

Die geplante Baustruktur ist nahezu identisch mit der in Blumenberg und führte hier zu einer angespannten sozialen Struktur. Eine hohe Konzentration von Sozialwohnungen auf kleinem Raum hat sich als nicht sinnvoll erwiesen.

Meine Damen und Herren, dem ist nichts hinzuzufügen. Die Fraktion pro Köln steht an der Seite der Bürger. Dieser Antrag ist für uns nicht zustimmungsfähig. Wir sind immer dabei, wenn es darum geht, für unsere Kölner Bevölkerung die Wohnkosten günstig zu halten. Was Sie hier machen, ist ein Schaulaufen für die Kölner Presse. Daran beteiligen wir uns nicht. Wir lehnen diese extremen Anträge ab. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Sterck.

**Ralph Sterck (FDP):** Ich wollte noch einiges aufgreifen, weil hier auf unseren Antrag geantwortet wurde.

Martin Börschel, diese Sache mit dem Copyright: Das trifft hier auf gar keinen Fall zu. Das werden die Kollegen Karl Klipper und Barbara Moritz aus der Runde der StEA-Sprecher auch bestätigen können. Da habe ich seit gefühlten zwei Jahren gesagt: Lasst uns zusammen etwas zum Thema Kreuzfeld machen. Da gerade der Vertreter der SPD Schwierigkeit damit hatte, ist ein gemeinsamer Antrag zu dieser Sache gescheitert, sodass es jetzt zu dieser FDP-Initiative kommt.

Der Vorwurf, dass man keinen Gestaltungswillen hat, prallt an mir ab. Ich wäre froh, wenn der Oberbürgermeister mit seinen mindestens sechs Jahren Amtszeit oder der Baudezernent mit seinen mindestens acht Jahren Amtszeit sagen würden „Wir gehen dieses große Thema an, einen Stadtteil zu entwickeln“, und es entsprechend voran ginge. Von daher würde ich mich freuen, wenn sich etwa Herr Höing dieser Sache annähme.

Wir sind uns alle einig, dass wir erst innenverdichten - so steht es in dem Antrag drin -, wir damit aber nicht auskommen werden und uns die Flächen des Regionalplans angucken müssen. Da ist Kreuzfeld sehr prominent. Ich habe aus den Beiträgen herausgehört: nicht so wie in Blumenberg! Wenn wir nicht auf den Plänen von 1993 und 2005 aufbauen wollen, dann fangen wir bei Null an. Das dauert etwas länger, aber dann sind wir uns auch sicher, dass es das ist, was wir hier wollen. Von daher bin ich sehr dankbar, dass wir diesen Punkt 2 in dem gemeinsamen Antrag drin haben.

Lassen Sie mich gerade noch - dann braucht der Kollege Görzel nichts zu sagen - etwas zu dem Antrag der Linken sagen: Milieuschutzsatzungen schaffen keine einzige Wohnung. Deswegen passt dieser Antrag in diesen Dreiklang der wohnungsbaupolitischen Anträge hier eigentlich nicht so richtig rein. Er schafft keine Wohnungen, ganz im Gegenteil, liebe Kollegen von den Linken, er blockiert Investitionen. Denn gerade die Weiterentwicklung von Stadtteilen bring Investitionen, schaff neue Wohnungen - auch wenn Ihnen diese Richtung vielleicht nicht so gefällt. Deswegen werden wir den Antrag der Linken auf jeden Fall ablehnen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Beigeordneter Höing.

**Beigeordneter Franz-Josef Höing:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will mich an dieser Stelle eigentlich nur bedanken - für den im Grunde doch breiten Konsens jenseits einer Frage, ob man eine bestimmte Fläche jetzt angeht oder nicht. Ich glaube, neben der Sanierung der großen städtischen Infrastrukturen ist das Thema Wohnungsbau, so ist es ja auch schon gesagt worden, eines der zentralen Themen der kommenden Jahre, mit dem wir uns beschäftigen müssen. Da gibt es kein städtebauliches Patentrezept, vielmehr braucht man einen ganzen Instrumentenkoffer. Alle Bausteine, die Sie genannt haben - ob es um die Umwandlung von nicht mehr benötigten Bürostandorten geht, ob es an der einen Stelle auch um das Umschichten gewerblicher Nutzungen in Wohnnutzungen geht -, müssen wir uns anschauen.

Es mag jetzt nach Wortklauberei klingen, aber ich will nur ein bisschen davor warnen, das Ganze zu sehr zu dramatisieren. Unter dem Strich ist der Wohnungsbau ein Transmissionsriemen für die Stadtentwicklung. Wenn wir das geschickt machen, kann die ganze Stadt davon profitieren. Ich glaube, wir sollten diese Chance ergreifen und sollten uns nicht rezepthaft der gesamten Stadt annehmen. Vielmehr sollten wir in der Rückschau sehr genau hinsehen - das haben wir in den letzten Wochen ja gemacht -: Welche Modelle sind tragfähig, welche sind es nicht?

Abschließend will ich an dieser Stelle nur sagen: Das bisherige Modell für das Kreuzfeld ist unbrauchbar. Ich glaube, man muss, wenn man an diesem Standort eine Stadtentwicklung in Gang setzt, wirklich noch einmal neu denken und nach anderen Siedlungsstrukturen Ausschau halten.

(Beifall bei Teilen der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Höing, für die Ausführungen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst ab über den Antrag der FDP in Sachen Realisierung des Stadtteils Kreuzfeld. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FDP

und die Fraktion der Linken. – Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist er abgelehnt.

Wir kommen dann zum Antrag der Fraktion Die Linke betreffend Milieuschutzsatzung. Ich habe das so verstanden, dass Sie, Herr Detjen, damit einverstanden sind, dass dieser Antrag in die Fachausschüsse überwiesen wird? – Dann können wir auch darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Die Fraktion der FDP ist gegen eine Verweisung in die Fachausschüsse. Wer enthält sich? – Keiner. Dann ist das so beschlossen, dass der Antrag in die Fachausschüsse überwiesen wird.

Wir kommen dann zu dem Dreierantrag. Vonseiten der Fraktion Die Linke ist eine Einzelabstimmung beantragt worden, wobei ich herausgehört habe, dass es Ihnen im Wesentlichen um Punkt 5 geht. Dann würde ich Folgendes sagen: Ich lasse erst über Punkt 5 abstimmen und dann über den Gesamtantrag.

Wer gegen die Ziffer 5 des Beschlussvorschlages ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen.

Dann kommen wir zur Gesamtabstimmung. Wer für den Dreierantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Die Linke, die Fraktion der Grünen, Herr Henseler, Herr Zimmermann, die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist dies einstimmig angenommen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3.1.4.

### **3.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Freie Kulturszene Köln – Erhalt des Gesamtkunstwerkes Kolbhalle" AN/0893/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Uckermann.<sup>1</sup>

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln hat hier einen Sachantrag eingereicht. Es geht um die Freie Kulturszene in Köln und den Erhalt des Gesamtkunstwerks

<sup>1</sup> Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.

Kolbhalle. In der letzten Ratssitzung gab es dazu einen großen Gesprächs- und Diskussionsbedarf, der nur in einigen Teilen sehr sachlich war. Wir wollen die Debatte jetzt weiter versachlichen und der Verwaltung Möglichkeiten aufzeigen, hier sachgerecht zu handeln.

Vor diesem Hintergrund haben wir einen Beschlussantrag eingereicht, der die Verwaltung beauftragt, den Kunstbeirat zu bitten, uns eine Stellungnahme bzw. eine Expertise zu dem Sachverhalt der Kunst- und Kulturprojekte in Köln zur Verfügung zu stellen. Wir möchten, dass diese Stellungnahme des Kunstbeirats der Stadt Köln, den wir ja gerade für solche Dinge eingesetzt haben, darüber Auskunft gibt, welche Affinität des Standorts es mit Blick auf das Gesamtkunstwerk gibt. Es ist nämlich so, dass bildende Kunst an diesen Standort gebunden ist. Das möchten wir gerne vom Kunstbeirat in einer Expertise erläutert haben, um hier sachgerecht entscheiden zu können.

Es kam ja auch in der Debatte zum Tragen, dass eventuell ein Umzug oder eine Verlagerung möglich ist. Wir haben durch eigene Inaugenscheinnahme den Eindruck gewonnen, dass es um erhaltenswerte Kunst vor Ort geht. Das gesamte Projekt auf diesem Areal machte auf uns einen sehr guten Eindruck. Es hat auf den Stadtteil Ehrenfeld eine gute Ausstrahlung, auch was den kreativen Bereich angeht, und trägt zu seinem Wandel vom Industriestandort zum kreativen Standort, aber auch zu einem Standort mit alternativem Wohnen und alternativen Wohnformen bei. Das begrüßen wir sehr.

Wir hätten auch gern eine Stellungnahme zur Bedeutung des Freiraums Kolbhalle bezogen auf die dezentrale Kulturpolitik der Stadt Köln. Wir bedauern es - so haben wir es jedenfalls am Rande der letzten Kulturausschusssitzung am Freitag erfahren -, dass es im Kulturamt keinen Ansprechpartner für diese Künstler gibt. Wir möchten mit diesem Antrag erreichen, dass sich die neu gewählte Kulturdezernentin, die nach der Sommerpause ihre Arbeit aufnehmen wird, dieser Sache annimmt, um die Debatte weiter zu versachlichen.

Des Weiteren möchten wir den Kunstbeirat bitten, zu erläutern, welche Bedeutung die Kunstprojekte für den Stadtteil Ehrenfeld und die dort ansässige Freie Szene haben, und dies in Bezug auf die Komplementäraspekte darzulegen. Es ist ja so, dass das eine besondere Form der Kunst ist, die sich sehr, sehr gut ergänzt mit den anderen Projekten, die es im

Stadtteil Ehrenfeld gibt. Es wäre auch für unsere Arbeit hier im Rat wichtig, wenn uns der Kunstbeirat eine entsprechende Expertise dazu vorlegt.

Wir möchten außerdem - ich hoffe, das wollen Sie alle hier auch -, dass die neue Kulturdezernentin sich dieses Themas annimmt, eventuell das Projekt dort besucht und das Gespräch mit den Künstlern sucht. Wir halten das Projekt durchaus für erhaltenswert und für einen großen Gewinn für den Stadtteil Ehrenfeld bzw. für die Stadt Köln. In diesem Sinne bitten wir hier um Ihre Zustimmung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 3.1.7:

**3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend  
"Moratorium Godorfer Hafen"  
AN/0925/2013**

Herr Houben, bitte.

**Reinhard Houben (FDP):** Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin. - Meine Damen und Herren! Der Godorfer Hafen - ein Thema, was uns hier schon seit Jahrzehnten beschäftigt. Man könnte fast sagen: ein Untoter der Kölner Kommunalpolitik. Es gehört zum politischen Handwerk dazu, sich umzuschauen, was die politischen Wettbewerber machen. Vor dem Hintergrund, dass ich zehn Jahre lang FDP-Parteivorsitzender hier in Köln war, kann ich Ihnen sagen: Dazu gehört natürlich auch das besondere Verhältnis zwischen der Partei und der Ratsfraktion.

Meine Damen und Herren, es geht viel schneller, als wir gedacht haben. Es gab auf dem letzten CDU-Kreisparteitag zwei Anträge zum Thema Godorfer Hafen, wobei der etwas sanftere - so ist uns berichtet worden - mit relativ großer Mehrheit dann beschlossen worden ist. Wir haben diesen Text kopiert und ihn als Antrag eingebracht. Das hat auch die CDU in der Bezirksvertretung Rodenkirchen gemacht. Dieser Antrag ist nur an einer Stelle, die sprachlich sicherlich weder für die Bezirksvertretung noch

für den Rat sinnvoll ist, geändert worden. Der Satz: Dies gilt sowohl für partei- als auch fraktionsinterne Entscheidungen usw., ist gestrichen worden, auch in der BV. Dieser Antrag ist in der BV mit den Stimmen der CDU, der Grünen und der FDP angenommen worden. Wir möchten diesen Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen jetzt als Entscheidungsgrundlage auch hier im Rat einbringen.

Ich glaube, die Argumente Pro und Kontra Godorf sind zum großen Teil ausgetauscht. Eines ist klar - Herr Henseler, Sie haben das eben schon in einem anderen Zusammenhang erwähnt: Seit Mitte der 80er-Jahre wird uns erzählt, dass, wenn wir in Godorf nicht investieren, die Wirtschaft Kölns zusammenbricht, die Container sich entweder in Bonn oder in Düsseldorf stapeln, der LKW-Verkehr im Kölner Süden zusammenbricht und die Wirtschaft sich nicht entwickeln wird. Wir haben jetzt das Jahr 2013. Ich persönlich kann das nicht erkennen. Ich glaube auch, das ist einfach nicht wahr.

(Beifall bei der FDP sowie von Judith Wolter [pro Köln])

Hier wird ein Thema hochgehalten. Ich bin mir nicht im Klaren, warum. Ich habe fast schon das Gefühl, dass es nur noch darum geht, recht zu behalten, weil man das irgendwann mal so festgelegt hat.

Sehen wir uns die Fakten an: Parallel zur Müllverbrennungsanlage wird jetzt ein weiteres Terminal für das Umladen von Containern gebaut. Das heißt, in Niehl wird mindestens bis 2030 der Containerverkehr für Köln und das Umland abgewickelt werden können. Da - das muss ich sagen - sollte doch ein Nachdenken möglich sein. Deswegen kann ich die Entscheidung der CDU auch gut verstehen.

Sie als CDU-Ratsfraktion haben jetzt eine Entscheidung getroffen. Daher müssen Sie sich die Frage gefallen lassen: Wie ist das Verhältnis zwischen Parteitagbeschluss und Fraktionsposition? Aus meiner Erfahrung heraus kann ich Ihnen sagen: Kurzfristig macht immer die Fraktion das Geschäft; vollkommen klar. Aber langfristig bestimmt die Partei die Linie, auch die des kommunalpolitischen Handelns.

(Beifall bei der FDP)

Und ich sage Ihnen auch: Sie bringen sich in sehr unruhiges Fahrwasser, wenn Sie der Kölner Öffentlichkeit heute sagen: Wir haben zwar einen

Parteitagbeschluss, aber wir als Fraktion vertreten eine andere Meinung. Das ist natürlich Ihr gutes Recht, aber damit bricht ein großes Stück Ihrer Glaubwürdigkeit weg. Denn Sie werden in ungefähr sechs Monaten einen Parteitag abhalten, bei dem ein Kommunalprogramm verabschiedet werden soll. Was wollen Sie denn da reinschreiben? Wollen Sie im Kommunalwahlprogramm festhalten: Wir stehen zum Godorfer Hafen? Wie wollen Sie dafür Mehrheiten organisieren? Herr Granitzka, das ist mir nicht klar.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das muss Ihnen auch nicht klar sein! Das ist nicht Ihre Aufgabe!)

Ich sage Ihnen auch, Herr Granitzka: Das ist auch politisch unsauber. Denn Ihr Kandidat für die Bundestagswahl sagt: Nein, ich bin gegen den Godorfer Hafen, und versucht, Stimmen gegen den Godorfer Hafen zu sammeln, während Sie hier im Rat an der Position festhalten: Ja, Godorf muss unbedingt gebaut werden.

Dass Sie jetzt dabei erwischt worden sind, ist vielleicht ärgerlich, sollte Sie aber nicht dazu veranlassen, leichtfertig zu sagen: Okay, wir haben aber als Fraktion eine andere Meinung. Natürlich kann man für diese andere Meinung auch gute Argumente haben. Aber politisch langfristig leitend ist die Meinung der Partei. Deswegen sollten Sie sich überlegen - Sie müssen ja nicht als Erster antworten -, ob Sie hier jetzt wirklich erklären wollen, dass Sie es für sinnvoll halten und weiterhin dafür sind, Godorf zu bauen. Vielleicht sollten Sie sich, wie man es in der Politik öfter tun sollte, einmal überlegen, wie das am Ende aussieht. Wollen Sie Ihren Bundestagskandidaten öffentlich bloßstellen?

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Was wollen Sie denn bei der Bundestagswahl?)

Wollen Sie eine Kommunalpolitik festlegen, die der Linie Ihrer Partei widerspricht? Wie wollen Sie Kandidaten für die einzelnen Wahlkreise der Kommunalwahl aufstellen, wenn diese auf dem Parteitag diesem Antrag so zugestimmt haben? - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Houben. - Herr van Geffen, bitte.

**Jörg van Geffen** (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Eigentlich hatte ich gedacht, Copy & Paste wäre nach dem unrühmlichen Abgang des Freiherrn aus Bayern ein wenig aus der Mode gekommen.

(Beifall von Susana dos Santos Herrmann [SPD] und von Jörg Detjen [Die Linke.]

Tja, und dann kommt die FDP um die Ecke und belehrt mich eines Besseren.

(Ralph Sterck [FDP]: Er hat die Quelle ja angegeben!)

Aber Sie wissen ja, dass sich Copy & Paste für den Freiherr zu Guttenberg, aber auch für Ihre Kollegin Frau Koch-Mehrin nicht wirklich ausgezahlt. Ihrem Antrag wird es deswegen auch nicht wesentlich besser ergehen.

Es ist doch sonnenklar: Der vorliegende Antrag - Ihr Antrag -, die Planungen zum Ausbau des Godorfer Hafens auszusetzen, dient primär dazu, die CDU hier im Rat der Stadt Köln in eine missliche Situation zu bringen. Das haben Sie eben in Ihrer Argumentation eindrucksvoll bewiesen, Herr Houben. Ja, Sie wollen sie geradezu vorführen. Dass Sie als FDP-Fraktion dazu Gelegenheit erhalten haben, liegt einzig und allein - das muss man leider sagen - an dem unsäglichen Beschluss des Kreisparteitages der CDU.

(Beifall bei Teilen der SPD und der FDP)

Jetzt werden Sie mir vielleicht vorwerfen, ich würde Krokodilstränen vergießen. In der Tat geht es mir nicht um das Wohlbefinden der CDU-Fraktion. Es geht mir und meiner Fraktion um die Sache, und die ist weiß Gott ernst und wichtig.

Dass in der Frage des dringend notwendigen Hafenausbaus bei der FDP Hopfen und Malz verloren ist, daran haben wir uns schon lange gewöhnt. Wie Sie das mit Ihrem Anspruch - ich zitiere aus einer Rede von Herrn Görzel -, die Partei der Verantwortung und der wirtschaftlichen Vernunft zu sein, übereinbringen wollen,

(Ralph Sterck [FDP]: Das sollte Ihnen zu denken geben!)

das wird auf ewig Ihr Geheimnis bleiben. Das konnten Sie noch nie auflösen.

(Beifall bei der SPD)

Auf die Mehrheit in der CDU hingegen war in dieser so wichtigen Frage für die Entwicklung unserer städtischen Infrastruktur lange Zeit Verlass. Umso mehr hat uns der Beschluss des CDU-Parteitages - das darf man so sagen - kalt erwischt und auch verärgert, ist er doch letztlich genauso wie der vorliegende FDP-Antrag nicht mehr als ein verantwortungsloses und populistisches Wahlkampfmanöver. Bei der Rats-CDU habe ich allerdings die Hoffnung, dass heute und auch weiterhin die Vernunft siegt; denn schließlich hat es mit den Stimmen der CDU-Ratsfraktion den Startschuss für die dringend benötigten neuen Hafenanlagen in Godorf gegeben.

Die weit fortgeschrittenen Planungen jetzt aus einer Wahlkampflaune heraus zu stoppen, wie es der FDP wohl gefallen würde, wäre absolut unverantwortlich. Die Planungssicherheit der regionalen Wirtschaft auf dem Altar des Bundestagswahlkampfpopulismus zu opfern, das darf es nicht geben. Es geht um Kontinuität und Berechenbarkeit - zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger. Das erwarten zu Recht auch die organisierten Vertreter der Wirtschaft und der Arbeitnehmerschaft wie IHK, DGB, Handwerkskammer und Arbeitgeberverband; man möge sich dort erkundigen.

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren, halten wir noch einmal die Fakten fest:

Erstens. Die Planfeststellungsbeschlüsse sind, anders als im FDP-Antrag dargestellt, nicht aufgehoben. Vielmehr hat die Häfen und Güterverkehr Köln AG gegen ein entsprechendes Urteil des Oberverwaltungsgerichts Revision eingelegt. Über die Revision entscheidet das Bundesverwaltungsgericht. Das Verfahren läuft.

Zweitens. Je nach Ausgang dieses Verfahrens am Bundesverwaltungsgericht kann es möglich werden, dass der Rat der Stadt Köln abschließend über das parallel aufgenommene Bauleitverfahren entscheiden muss. Ansonsten sind uns keine Entscheidungen bekannt, die zu treffen und/oder zurückzustellen sind.

Drittens. Die abschließende Entscheidung über den Auftrag zum Ausbau des Godorfer Hafens trifft der Vorstand der HGK. Dazu wird das Unternehmen in seinen internen Gremien vorbereitend und unter Information des Aufsichtsrates eine Wirtschaftlichkeitsberechnung anstellen. Aufgrund der vorliegenden Gutachten gibt es

bisher keinen Grund, zu vermuten, dass das Projekt unwirtschaftlich sein könnte.

Viertens. Die HGK wird eine abschließende Wirtschaftlichkeitsberechnung sinnvollerweise aber erst dann anstellen, wenn alle Auflagen sowie wichtige Vorgaben, etwa zum Baustart, bekannt sind und in der Berechnung verarbeitet werden können.

Fünftens. Weiterhin möchte ich betonen, die HGK steht grundsätzlich und besonders bei der Planung des Projekts Ausbau des Godorfer Hafens für den offenen Dialog auch und besonders mit kritischen Meinungen zur Verfügung. Das Unternehmen hat aus Sicht der SPD-Fraktion bislang den Nachweis für solide und transparente Informationen über das Ausbauprojekt am Godorfer Hafen erbracht.

Aus alledem kann nur eines folgen, nämlich die Ablehnung Ihres kopierten Antrags. Die Sozialdemokraten stehen zum Ausbau des Godorfer Hafens sowie allen Beschlüssen und Maßnahmen, die hierfür notwendig sind. Ihr Antrag gehört ganz bestimmt nicht dazu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr van Geffen. - Herr Granitzka, bitte.

**Winrich Granitzka (CDU):** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Houben, jetzt glauben Sie, ich stünde hier und müsste mir überlegen, was ich mit Ihrem Spaßantrag machen soll. Das ist nicht der Fall. Ich darf Ihnen sagen: In der Tat gibt es eine missverständliche Formulierung in dem Parteitagsbeschluss. Da haben wir nicht aufgepasst; das gebe ich zu. Das nutzen Sie jetzt aus - Herr Geffen hat es gesagt -, uns hier vorzuführen und zu sagen: Ihr wisst ja nicht, was ihr wollt. - Ich sage Ihnen: Solche Spaßanträge haben Sie doch früher mal gemacht, als Sie noch auf dem Container auf dem Neumarkt gehaust und sich als Spaßpartei bezeichnet haben.

(Beifall bei Teilen der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist doch kein sinnvoller und vernünftiger Antrag. Ich kann Ihnen gerne hier versichern - und das versichere

ich für die CDU-Fraktion *und* für die Partei, weil ich das mit dem Parteivorsitzenden, dem Geschäftsführer und dem Parteivorstand abgestimmt habe -: Wir stehen nach wie vor zu dem, was wir gesagt haben, nämlich dass der Ausbau des Godorfer Hafens dem Wirtschaftsstandort Köln angemessen ist, dass er erforderlich ist, dass die Zukunftsfähigkeit der Kölner Häfen mit davon abhängt und dass der Logistikstandort Köln/Rhein-Erft dadurch gestärkt wird. Deshalb stehen Partei und Fraktion nach wie vor zum Ausbau des Hafens.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Anders als Sie können und wollen wir es uns nicht leisten, dass Köln im Wettbewerb mit den anderen Städten zurückfällt. Deshalb sage ich Ihnen: Wir wollen - das ist etwas Neues; das haben wir aber vorher schon kommuniziert -, dass uns die HGK in sechs Jahren noch einmal eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorlegt - das wird die HGK natürlich tun; sie hat uns das schon signalisiert -, damit wir, bevor die letzten Beschlüsse dazu gefasst sind und die Bagger rollen, auch sicher sind, dass das, was Sie uns hier erzählt haben, nicht stimmt.

(Martin Börschel [SPD]: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, ich will es sehr deutlich sagen: Unsere Position hat sich nicht geändert. Das habe ich schon mehrfach deutlich gemacht, unter anderem bei einer Veranstaltung im Gürzenich, an der zwei lieben Kolleginnen, die Ihrer Fraktionsspitze angehören, teilgenommen haben. Dort habe ich das ganz deutlich gemacht; auch die Medien haben darüber geschrieben. Aber Sie wollen das nicht zur Kenntnis nehmen, weil Sie glauben, zwischen Partei und Fraktion einen Keil treiben zu können. Das ist Ihnen nicht gelungen. Auf solche Dummheiten fallen wir nicht herein.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann nur sagen: Das, was Sie hier aufgeführt haben, entspricht der Politik einer Spaßpartei. Mit seriöser Politik hat das nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Granitzka. - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von der CDU! Es ist natürlich guter Brauch, in regelmäßigen Abständen die CDU zu testen. Insofern kann ich den Antrag der FDP durchaus verstehen. Es ist auch nicht so, dass dieser Antrag einfach nur aus Jux entstanden ist. Wie von Herrn Houben ausgeführt, gibt es einen Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 15. Juli; das ist also noch nicht so lange her. Es wurde dort genau dieser Text beschlossen, und zwar gegen die Stimmen der SPD; das ist klar, denn die SPD hat in dieser Sache immer eine klare Position vertreten. Aber dass die CDU immer eine klare Position in dieser Sache vertreten hat, ist mehr als Legende.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der FDP)

Man sieht daran schon, dass zumindest im Süden eine deutlich andere Auffassung herrscht. Sonst hätten die CDU-Mandatsträger ja dagegen stimmen können. Das haben sie aber nicht gemacht.

Das Zweite ist - das kann ich nur noch einmal betonen -: So wie ich Ihren Bundestagskandidaten wahrnehme, vertritt er die Position, man möge auf den Hafenausbau verzichten.

Ich will jetzt nicht - dafür ist auch die Zeit zu knapp - die gesamte Debatte hier wiederholen und erneut die Gründe anführen, die gegen einen Ausbau sprechen. Insbesondere ist es fragwürdig, an einem Projekt festzuhalten, was von den ersten Überlegungen bis heute 28 Jahre alt ist.

(Martin Börschel [SPD]: So lange bist  
du doch schon im Rat!)

Die Geschichte ist in vielerlei Hinsicht darüber hinweggefegt. Inzwischen haben wir den ersten Abschnitt des Container-Terminals Nord, wir haben den Bahn-Terminal Eifeltor, jetzt schon in der Ausbaustufe, wir haben einen ausgebauten Bonner Hafen. Also, die Kapazitäten haben sich inzwischen schon verändert, sodass eine Überprüfung der Wirtschaftlichkeitsberechnung bitter nötig ist; denn 70 Millionen Euro in den Sand zu setzen, das kann man nun wirklich nicht wollen.

(Widerspruch von Karl-Jürgen Klipper  
[CDU])

- Ja, das ist ja Kultur. Das ist etwas ganz anderes. - Es wird noch einiges auf Sie zukommen, wenn Sie sich denn tatsächlich einer seriösen Wirtschaftlichkeitsberechnung stellen wollen.

Ich denke, die Wankelmütigkeit, das Hin und Her bei der CDU wiederholt sich in bestimmten Zeitabständen. Das Projekt an sich wäre auch nie auf die Schiene gekommen, wenn sich die CDU vor 27 Jahren anders verhalten hätte. Damals lagen die Dinge so, dass auch zu dieser Zeit schon der Hafenausbau als alternativlos galt.

(Martin Börschel [SPD]: Ist ja nicht  
alternativlos!)

1985 wollten SPD und CDU einen Containerhafen in der Worringer Rheinaue bauen. Das war der Ursprungsvorschlag. Wir haben das damals auch schon abgelehnt.

(Martin Börschel [SPD]: Ihr seid ja  
immer gegen alles!)

Darüber hinaus hagelte es aber auch sehr starke Bürgerproteste. 1986 schwenkte die SPD dann von Nord nach Süd um. Nun sollte der Godorfer Hafen ausgebaut werden. Die CDU stellte sich dagegen auf. Damit schien das überhaupt keine Mehrheit zu haben. Der damalige CDU-Bürgermeister Heribert Blens erklärte in der Ratssitzung im September 1986 - Zitat -:

Die Sürther Aue wird als Naturschutz-  
und Erholungsgebiet erhalten. ... Das ist  
jedenfalls mein Ziel und das Ziel der  
CDU-Fraktion im Rat.

Das ging dann immer hin und her. Aber im entscheidenden Moment wollte die CDU dieses Projekt dann doch nicht beerdigen. Was stellte sich damals heraus, als die CDU umfiel? SPD und CDU hatten damals einen Personalpakt geschlossen und das CDU-Mitglied Dr. Wolfgang Meyer, das bereits im KVB-Vorstand war, wurde nun zusätzlich dritter Geschäftsführer der neuen städtischen Hafengesellschaft. Und damit war das Thema Hafenausbau durch. - So einfach sind die Dinge. Das heißt: Eine ernsthafte, ideologisch tief begründete Neigung zu diesem Hafenausbau konnte ich bei der CDU nie feststellen. Das macht den Unterschied zur SPD aus, die das tatsächlich immer durchgehalten hat.

Ich denke, nachdem das Projekt 28 Jahre lang nicht umgesetzt worden ist, habe ich jetzt auch noch ein bisschen Geduld. Ich glaube, dass der

Hafenausbau wird jetzt auch nicht mehr kommen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
sowie bei Teilen der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Das war eine Punktlandung, Herr Frank. - Eine Wortmeldung von Frau Wolter.

**Judith Wolter** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln war immer gegen den Hafenausbau und ist es nach wie vor. Sie wird ihre Position hier nicht kurzfristig ändern. Ohne unsere Argumentation jetzt noch einmal komplett zu wiederholen, will ich sagen: Wir werden auf jeden Fall für den FDP-Antrag stimmen, weil das Anliegen vollkommen richtig und berechtigt ist.

Allerdings möchte ich zu bedenken geben, dass der Beschlussvorschlag nicht korrekt ist. Es müsste eigentlich heißen: Alle Entscheidungen über den Ausbau des Godorfer Hafens werden zurückgestellt, und nicht: „müssen zurückgestellt werden“, weil das ja dann entsprechend der Beschluss wäre. Ich würde den Antragsteller bitten, darüber noch einmal nachzudenken. Wir werden aber, weil wir das Anliegen für richtig halten, auf jeden Fall zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Meine Damen und Herren! Frau Bürgermeisterin! Ich mache es relativ kurz. - Wir zählen auch zu den Hafengegnern. Ich glaube, wir haben einen guten Wahlkampf hingelegt und die Mehrheit der Stimmen erreichen können. Formaljuristisch haben wir zwar verloren, aber wir haben einen guten Wahlkampf gemacht und eine gute Auseinandersetzung geführt, an die wir auch langfristig anknüpfen können.

Ich bin der Meinung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dass das, was Sie jetzt machen, uns überhaupt nicht weiterbringt. Das sehen Sie ja an dieser Debatte. Die CDU schließt sich jetzt wieder zusammen, statt sich zu zerlegen. Das ist ja der Vorgang. Deswegen ist das, was Sie hier jetzt veranstalten, weder

konstruktiv noch produktiv für die Auseinandersetzung gegen einen Ausbau des Godorfer Hafens. Ihnen geht es schlicht und ergreifend darum, eine Leihstimmenkampagne zu organisieren, nämlich: Zweitstimme für die FDP. Um nichts anderes geht es ja.

(Widerspruch von Ulrich Breite)

- Also, Herr Houben hat das ja nun hier deutlich dargelegt, als er gesagt hat: Der Bundestagskandidat der CDU müsse sich erklären usw. Wenn das Grund genug für Sie ist, einen Antrag zu stellen und hier entsprechend zu agieren, kann ich nur sagen: Das ist nicht im Sinne der Auseinandersetzung um den Ausbau des Godorfer Hafens. Deshalb werden wir uns an der Abstimmung über den Antrag der FDP nicht beteiligen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Henseler, bitte.

**Andreas Henseler** (Freie Wähler): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich kann das auch relativ kurz machen. - Ich stelle hier nur die Position der Freien Wähler dar. Sie haben schon seit ihrer Gründung vor etwa zehn Jahren dieses Projekt abgelehnt. An dieser Position hat sich nichts geändert. Wir wollen nicht wegen einer innerparteilichen Debatte in der CDU eine andere Position einnehmen. Dafür ist das Thema viel zu wichtig.

Ich will hier nur noch zwei Argumente anführen, die die Aktionsgemeinschaft Contra Erweiterung Godorfer Hafen, die schon seit der Zeit, die Herr Frank eben angesprochen hat, gegen dieses Projekt kämpft, immer wieder ins Feld führt.

Das eine Argument ist: Die HGK sagt in Bezug auf den Niehler Hafen offensichtlich nicht immer die Wahrheit, was die dortigen Kapazitäten anbetrifft. Es hat sich im Nachhinein herausgestellt, dass dort mehr Kapazitäten vorhanden sind, als immer wieder argumentativ öffentlich bekundet wird. Von daher muss man alles anzweifeln, was diesbezüglich von dort kommt. Das tun die Freien Wähler auch.

Der zweite Punkt: Die Freien Wähler sind der Auffassung, dass dies ein Logistikkonzept von gestern ist. Die Logistik hat sich völlig verändert. Wir leben inzwischen in der Zeit einer Industrie 4.0. Es gibt inzwischen ganz andere Möglichkeiten, Logistik zu organisieren und zu betreiben, sodass es auf diese riesigen Flächen

in Zukunft wahrscheinlich gar nicht mehr ankommen wird.

Ich will das jetzt nicht weiter ausführen und es dabei bewenden lassen. Wir werden dem Antrag der FDP zustimmen, aber nicht, weil wir dieses Geplänkel unterstützen, sondern weil wir in der Sache gegen den Ausbau des Godorfer Hafens sind.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann möchte ich über diesen Antrag abstimmen lassen. Herr Houben, sind Sie einverstanden, dass die Abstimmung erfolgt wie der Beschluss vom 15.07. in der Bezirksvertretung?

(Reinhard Houben [FDP]: Ja!)

- Genau so. Okay.

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist der Antrag der Spaßfraktion der CDU!)

- Ist das ein Ergänzungsantrag?

(Reinhard Houben [FDP]: Nein, Ersetzungsantrag!)

- Nein. Ich sage es noch einmal laut: Das ist ein Ersetzungsantrag.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die Grünen, die FDP, Herr Henseler, Herr Zimmermann und pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist der Antrag so abgelehnt.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Können Sie zu Protokoll nehmen, dass wir uns nicht beteiligt haben?)

- Das ist angekommen. Ich gehe davon aus, dass das im Wortprotokoll enthalten ist, Herr Detjen.

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 3.1.8:

**3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Solidarität mit OB Roters - Linksextremismus konsequent bekämpfen!" AN/0923/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Bitte.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Jörg Uckermann. Ich nehme an,

Ihnen ist das entfallen, Frau Kollegin. Aber das sehe ich Ihnen gerne nach; Sie hatten bestimmt einen anstrengenden Tag. Sie hatten eben Punkt 3.1.8 aufgerufen. Das ist unser Antrag mit dem Titel „Solidarität mit OB Roters - Linksextremismus konsequent bekämpfen“.

Wir hatten heute zu Beginn der Sitzung angeboten, unseren Antrag mit der Aktuellen Stunde, die von einer anderen Fraktionen eingebracht wurde, zusammen zu behandeln. Das ist aber abgelehnt worden, sodass ich annehmen muss, dass Sie dieses Thema für so wichtig halten, dass die Fraktion pro Köln es jetzt zu vorgerückter Stunde hier vorbringen soll. Dem komme ich selbstverständlich gerne nach.

Im Übrigen möchte ich mich bedanken bei der Polizei, die heute unsere Tagung hier im Rathaus mit massiven Kräften unterstützt. Ich sehe da oben auf der Tribüne noch Beamte. Wie gesagt: Vielen Dank für Ihr Engagement! Es ist aber auch traurig, dass es nötig ist in einem demokratischen Land, in einem Land mit einer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung, dass die Polizei während einer Ratssitzung anwesend sein muss, weil das anscheinend zur Gefahrenabwehr notwendig ist.

Wir haben eben eine militante linksextremistische Szene, die sich mittlerweile in Köln konzentriert. Ich will die Debatte von heute Mittag nicht noch einmal zusammenfassen. Aber ich möchte daran erinnern, dass wir als Bürgerbewegung pro Köln es nicht hinnehmen, dass ein Oberbürgermeister angegriffen wird. Wir finden es besonders schändlich, dass sich die örtliche Presse sogar noch darüber lustig macht und schreibt, es wäre ja nur Uhu gewesen. In der Tat, es war vielleicht nur Uhu, mit dem man den Oberbürgermeister in seiner Wohnung eingesperrt hat. Nichtsdestotrotz sind das Drohgebärden, die wir so nicht hinnehmen können. Dazu sagen wir: Wehret den Anfängen!

Hier im Rat gibt es drei Ratsmitglieder, die von extremistischen Gruppen bedroht werden. Wir hätten uns natürlich gewünscht, dass auch mal eine Solidaritätsadresse vom Oberbürgermeister kommt. Von daher: Wir können mitfühlen, was es für einen Politiker bedeutet, wenn er das Gefühl hat, dass er von Menschen, die anderer Meinung sind oder andere Auffassungen haben, bedroht wird. Da ist die Bürgerbewegung pro Köln selbstverständlich an der Seite von Oberbürgermeister Roters, den wir im Übrigen an sich sehr sympathisch finden, auch wenn wir politische Differenzen haben.

Wir meinen, die demokratischen Parteien müssen hier zusammenstehen. Insbesondere hoffe ich, dass die SPD sich einen Ruck gibt und diesem sinnvollen Antrag zustimmt. Vor wenigen Tagen ist ja in Berlin Ihre Parteizentrale überfallen und angegriffen worden mit dem Hinweis auf die Kölner Verhältnisse. Es wäre doch ganz sinnvoll, wenn Sie jetzt Ihre wahre demokratische Gesinnung zeigen und diesem Antrag hier zustimmen könnten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich lasse über 3.1.8 abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 4:

#### 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

##### 4.1 Anfrage von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Live Streaming der Ratssitzungen" AN/0758/2013

**Antwort der Verwaltung vom 17.07.2013. 2492/2013**

Ja, bitte schön.

**Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde):** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Achtung! Ich lese jetzt mal etwas ab:

Langweiliger Vorlesewettbewerb — —

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Zimmermann, stellen Sie bitte eine Frage.

**Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde):** Ja, das gehört zur Frage dazu.

Kaum einer ist in der Lage, spontan Stellung zu nehmen, kaum einer redet weitgehend frei – stattdessen quälen sich die Abgeordneten die meiste Zeit

gegenseitig und das Publikum mit einem langweiligen Vorlesewettbewerb.

Das ist ein Kommentar aus der Online-Ausgabe des *Kölner Stadt-Anzeigers*. Auch ich kann natürlich schon einen Kommentar von der normalen Berichterstattung unterscheiden. Aber das Thema ist in der Stadt virulent. Der *Stadt-Anzeiger* hat auch eine Umfrage dazu gemacht: Nur 2 Prozent der Teilnehmer - -

(Martin Börschel [SPD]: Frage!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Wie ist denn Ihre Frage?

**Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde):** Das ist eine Einleitung.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen:  
Nein, nein, nein!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Nein, Sie müssen bitte wirklich eine Frage stellen, und zwar nicht die Frage des *Stadt-Anzeigers*, sondern eine eigene.

**Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde):** Entschuldigen Sie, die Verwaltung hat sich drei Jahre lang Zeit gelassen, unseren gemeinsam hier gestellten Antrag zu bearbeiten und die Beschlussvorlage zu erstellen. Da werde ich doch bitte mal drei Minuten haben, die Einleitung zu meinen Fragen zu formulieren.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Nach der Geschäftsordnung nicht. Bitte eine Frage stellen.

**Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde):** Okay. - Also: Live-Streaming aus den Ratssitzungen und die Antworten der Verwaltung.

Hält die Verwaltung Live-Streaming aus dem Ratssaal für begrüßenswert, oder hat sie schwerwiegende Bedenken? - Dazu gibt es keine Antwort. Ich interpretiere das mal so, dass es keine schwerwiegenden Bedenken gibt. Das

wäre auch verwunderlich, da es in anderen Städten schon lange praktiziert hat.

Wie ist der aktuelle Stand der Erstellung des Konzeptes zum Live-Streaming? - Da kommt auch gleich meine nächste Frage.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Jetzt kommt die Frage.

**Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde):** Wir haben insgesamt zehn Minuten Zeit für dieses Frage-Antwort-Spiel, wenn ich die Geschäftsordnung richtig kenne.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Nein, das ist auch nicht richtig. Bitte jetzt die Frage.

**Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde):** Also, nächste Frage: Wie ist der aktuelle Stand der Erstellung des Konzeptes zum Live-Streaming? – In der Antwort der Verwaltung verweist man auf den 1. Oktober 2013. Da stellt sich die Frage: Warum konnte das nicht früher erstellt werden? Wir hatten damals den einstimmigen Beschluss gefasst, dass ein Konzept bis zu den nächsten Haushaltsplanberatungen erstellt werden soll. Warum kommt die Antwort erst jetzt?

Der nächste Punkt: Werden im zu erarbeitenden Konzept auch Alternativen vorgestellt, wie sehen diese aus? - In der Antwort der Verwaltung wird nur über verschiedene Kameraeinstellungen im Plenum gesprochen. Es gibt doch aber auch noch ganz andere Alternativen, beispielsweise könnte man Personal dafür einstellen oder einen Dienstleister beauftragen. Warum werden diese Alternativen nicht dargestellt?

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Okay, das waren jetzt drei Fragen. Eigentlich sind nur zwei zulässig. Ich möchte Sie bitten, es jetzt dabei zu belassen. Sie bekommen die Antwort der Verwaltung schriftlich, und dann können Sie ja noch mal drübergucken.

Jetzt kommen wir zur nächsten Anfrage:

**4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Flugverbot statt Wohnungsnot" AN/0932/2013**

Gibt es dazu Nachfragen? - Herr Detjen.

**Jörg Detjen (Die Linke.):** Ich kann keine Frage stellen, weil es keine Vorlage gibt. Ich möchte Sie nur darüber unterrichten, dass die Verwaltung uns diese Vorlage zwischen den Ratssitzungen schriftlich zukommen lassen will. Damit sind wir erst einmal einverstanden.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Das tut sie. Wunderbar! Schönen Dank, Herr Detjen.

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 4.3:

**4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Nutzung von Geodaten durch die Stadtverwaltung" AN/0964/2013**

**Antwort der Verwaltung vom 17.07.2013. 2502/2013**

Gibt es dazu noch Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir Tagesordnungspunkt 4.4:

**4.4 Anfrage von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Künftige Folgekosten Archäologische Zone/Jüdisches Museum" AN/0967/2013**

Gibt es zu Punkt 4.4 noch eine Nachfrage? - Herr Zimmermann, bitte.

**Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde):** Frau Klug hat die Frage ja gerade mündlich grob beantwortet.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Genau.

**Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde):** Ich bitte aber trotzdem um eine ausführliche Antwort im Sinne der Anfrage.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ja, wird passieren. Das ist zugesagt.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 6.1.2 auf:

**6.1.2 Änderung der Betriebsatzung für die Bühnen der Stadt Köln 1854/2013**

Abstimmung, wie Betriebsausschuss. - Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Änderung? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 6.1.2 wie Betriebsausschuss einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6.2.1 auf:

**6.2.1 Änderung der Geschäftsordnung über die Abgabe kostenloser bzw. ermäßigter Eintrittskarten bei den Bühnen der Stadt Köln 1835/2013**

Abstimmung wie Betriebsausschuss, Anlage 3. - Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das auch einstimmig.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 6.2.2:

**6.2.2 Änderung der Satzungen über die Erhebungen von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen) 1957/2013**

Im Gesundheitsausschuss unverändert beschlossen. - Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 6.2.2 einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6.3.1 auf:

**6.3.1 Verordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte für den Verkehr mit den in der Stadt Köln zugelassenen Taxen - Kölner Taxitarif - 1389/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber auch abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die CDU und die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von pro Köln. Dann ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.2:

**6.3.2 2. Änderungsverordnung zur 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2013 vom 20.09.2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen 1592/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist diese Verordnung angenommen.

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 8.1:

**8.1 Überplanmäßiger Aufwand für Bewachung im Bereich der Flüchtlingswohnheime Hj. 2013/2014 1223/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8.2 auf:

**8.2 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Produktbereich 05, Soziale Hilfen, im Haushaltsjahr 2012 2198/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 8.2 auch angenommen.

Jetzt kommen wir zu Tagesordnungspunkt 10.0. Sie erinnern sich, wir haben 10.32 vorgezogen und wollen diesen Punkt als 10.0 behandeln.

**10.32 Eifelwall, Neubau Hist. Archiv und Kunst- und Museumsbibliothek mit Rheinischem Bildarchiv 2260/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Detjen, bitte.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ich denke, es gibt noch andere Wortmeldungen!)

- Ach so. - Dann gehen wir in der normalen Reihenfolge vor. Frau Dr. Bürgermeister, bitte<sup>2</sup>.

**Dr. Eva Bürgermeister** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Archivplanung duldet keinen Aufschub - so haben wir es in unserem Dringlichkeitsantrag vom 30. April 2013 formuliert, und genau so war es in den letzten Tagen und Wochen von den verschiedensten Unterstützervereinen und Interessengruppen immer wieder zu hören und zu lesen. Wir müssen dringend weiter planen und unterstützen es daher, dass wir heute über den von der Verwaltung ja tatsächlich sehr kurzfristig eingebrachten Planungsbeschluss beschließen können. Gleichzeitig werden wir beschließen, für die Kunst- und Museumsbibliothek eine langfristige Perspektive zu schaffen.

Die SPD steht für den Neubau des Historischen Archivs mit Rheinischem Bildarchiv am Eifelwall. Wir greifen den Vorschlag des Baudezernenten Höing gerne auf und nutzen die Sommerpause, um die nötigen Details hinsichtlich der Standards, der Größe und der Ausstattung zu definieren, um dann einen Baubeschluss fassen zu können. Ich bin im Übrigen froh, dass sich für die Unterbringung der Kölner Archivalien eine so einfache und im wörtlichen Sinne naheliegende und praktikable Lösung mit dem Umzug des Landesarchivs ab Frühjahr 2014 in Düsseldorf – ergeben wird.

Mit dem heutigen Beschluss werden umgehend die Planungen für das Historische Archiv mit dem Rheinischen Bildarchiv weitergeführt werden können. Damit sichern wir eines der bedeutendsten Kommunalarchive, das als Kölner Stadtgedächtnis Informationsspeicher für Wissenschaft und Forschung, aber auch für Bürgerinnen und Bürger ist.

Nach dem furchtbaren Einsturz im März 2009 stehen wir ganz besonders in der Pflicht, alle notwendigen Beschlüsse zügig voranzutreiben. Wir stehen auch in der Pflicht, sorgfältig alle anstehenden Aufgaben auf ihre Investitions- und Folgekosten kritisch, bezogen vor allem auf Finanzierbarkeit und Wirtschaftlichkeit, zu überprüfen. Daher hatten wir im April dieses Jahres per Dringlichkeitsantrag die Verwaltung nicht nur aufgefordert, alle Zahlen grundsätzlich auf Einsparpotenziale zu überprüfen; wir hatten

<sup>2</sup> Oberbürgermeister Roters übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

auch um Prüfung einer Planung ohne die Einbeziehung der Kunst- und Museumsbibliothek gebeten.

Die Kunst- und Museumsbibliothek ist ein etwas im Verborgenen, aber dennoch blühendes Juwel, eine deutschland- und europaweit einzigartige Bibliothek für zeitgenössische Kunst, ein wichtiges Werkzeug für unsere Museen, aber auch für Galerien, Studenten, Wissenschaft und Forschung. Es freut mich sehr, dass die Kunst- und Museumsbibliothek von so prominenter Seite öffentliche Unterstützung erfährt; denn die SPD-Fraktion - das möchte ich ausdrücklich betonen - hat sich immer wieder für sie stark gemacht und sie gegen Sparangriffe verteidigt.

(Jörg Detjen [Die Linke]: Stimmt doch gar nicht!)

Die Kunst- und Museumsbibliothek stand mit schöner Regelmäßigkeit auf der Streichliste des ehemaligen Kulturdezernenten, der sich nämlich nicht so engagiert und zielorientiert wie nötig für Perspektiven dieser Kultureinrichtung eingesetzt hat.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Die von der Verwaltung vorgelegten Zahlen zu den Investitionskosten für die Kunst- und Museumsbibliothek am Eifelwall sowie vor allem auch die Miet- und Betriebskosten im Vergleich zu den aktuellen Belastungen sind leider sehr ernüchternd. Die von uns erhofften Synergieeffekte von zwei Archiven und einer Bibliothek halten sich nach den Berechnungen der Verwaltung doch sehr in Grenzen. Im Gegenteil: Die Unterbringung der Kunst- und Museumsbibliothek würde laut Rechnung der Verwaltung den Kulturhaushalt um über 3,8 Millionen Euro per annum belasten. Eine angemessene Unterbringung der Kunst- und Museumsbibliothek, gemeinsam mit Partnern gestemmt, wird Aufgabe für die Zukunft sein.

In dem Zusammenhang möchte ich auf einen Passus aus dem Beschlusstext unseres Dringlichkeitsantrags vom April verweisen, in dem es unter Punkt 2 heißt - Zitat -:

Sollten eine gemeinsame Trägerschaft oder eine anderweitige verbindliche Beteiligung Dritter im Archivneubau nicht realisierbar sein, sind mit der Universität zu Köln, dem Land NRW und möglichen Dritten alternative Planungen zur Zukunft der Kunst- und Museumsbibliothek voranzutreiben mit

dem Ziel, ihren Bestand zu sichern und dem Fachpublikum zugänglich zu machen.

Das ist ein klares Bekenntnis zur Kunst- und Museumsbibliothek. Denn auch zum Haushaltsjahr 2010/2011 war von der Kulturverwaltung der Einsparvorschlag KMB, Kunst- und Museumsbibliothek, mit einem Einsparpotenzial von 1 Million Euro gekommen. Daraufhin kam ja von uns der Vorschlag, die Universität und das Land angemessen an den Kosten zu beteiligen. Das brachte bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht die erhoffte und notwendige Kostenbeteiligung. Aber wir stehen - so lese ich es aus den beiden Schreiben der Universität und vor allem auch des Wissenschaftsministeriums Nordrhein-Westfalen - am Beginn einer ganz konkreten Zusammenarbeit auf administrativer und auf wissenschaftlicher Ebene, in weiten Teilen übrigens auch unabhängig vom Standort. Das sollte unbedingt genutzt und mittels eines Rahmenvertrags mit der Universität realisiert werden. So hatten wir es auch schon im Kulturausschuss in der letzten Woche einstimmig gefordert, und so steht es jetzt auch in der Verwaltungsvorlage.

Für die mittelfristige Zukunft der Kunst- und Museumsbibliothek, die dann auch eine Zusammenführung der Bestände bedeuten sollte, bedarf es noch eines sachkundigen und kreativen Auslotens von potenziellen Unterstützern, vor allem natürlich der Universität und Partnern, sowie engagierten und zielorientierten Gesprächen. Da ist es gut, zu wissen, dass die Kunst- und Museumsbibliothek nicht nur in Köln Anerkennung und Unterstützung genießt, sondern weit darüber hinaus.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns mit dem Beschluss der heutigen Planungsvorlage den notwendigen Fortgang für das Historische Archiv gemeinsam mit dem Rheinischen Bildarchiv auf den Weg bringen, verbunden mit einem klaren Bekenntnis zur Kunst- und Museumsbibliothek und ihrer Weiterentwicklung und Sicherung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Wir kommen dann zum nächsten Redner. Es hat sich noch keiner gemeldet. Aber ich gehe davon aus, dass es Herr Dr. Elster sein wird. Eben waren Sie schneller am Pult.

(Heiterkeit)

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir reden jetzt über eine Vorlage, die erst seit gestern Nachmittag um 15 Uhr -

(Jörg Detjen [Die Linke]: 16 Uhr!)

- um 16 Uhr im Internet verfügbar ist und heute hier den Ratsmitgliedern als Tischvorlage vorgelegt wurde. In dieser Vorlage geht es um eine Investition in Höhe von ungefähr 100 Millionen Euro. Es geht um ungefähr 10 Millionen Euro Betriebskostenzuschuss, der Jahr für Jahr für drei wichtige, zentrale Institutionen hier in Köln, nämlich das Historische Archiv, das Rheinische Bildarchiv und die KMB, bezahlt werden sollen. Es geht um einige Dutzend Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Wir sollen hier jetzt im Handumdrehen über eine solche Vorlage, ohne dass die Fachausschüsse beteiligt worden sind und auch ohne Beteiligung der Bezirksvertretungen, per Dringlichkeit entscheiden.

(Martin Börschel [SPD]: Ihr habt doch eben zugestimmt!)

- Immer ruhig bleiben, Herr Börschel! - Allein das ist schon ein Skandal, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Da wird innerhalb von wenigen Tagen in der Stadtverwaltung eine Vorlage, die vorbereitet worden und über Monate gewachsen ist, umgeschrieben. Wenn man sich damit beschäftigt - ich habe die ganze Nacht drangesessen -, merkt man, dass die Dinge, die in der Vorlage aufgeführt sind, offensichtlich total falsch sind. Da sind alle wichtigen zentralen Eckdaten nicht richtig.

So wird die Obergrenze, die für die große Lösung eingezogen worden ist, hier mit über 97 Millionen Euro angegeben. Da hat die Fachverwaltung oder der Oberbürgermeister oder wer auch immer vergessen, Einsparpotenziale, die das Planungsbüro Waechter ausgemacht hat, zu realisieren. Diese Einsparpotenziale konnten aber - wahrscheinlich zufällig - in der sogenannten kleinen Lösung realisiert werden. Das heißt, die kleine Lösung ist schöngerechnet worden - da gibt es ein Einsparpotenzial von 6 Millionen Euro -, während man bei der großen Lösung vergessen hat, das Einsparpotenzial mit einzubeziehen.

(Beifall bei der CDU - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben Sie völlig falsch verstanden!)

- Ja, genau, ich habe alles falsch verstanden.

Aber diese kleine Lösung ist noch weiter schöngerechnet worden, weil nämlich bestimmte Kosten dort gar keine Erwähnung finden. Die Verzögerung, die jetzt durch die Neuplanung notwendig wird, geht in die Monate. Man kann davon ausgehen, dass man ungefähr neun Monate länger planen muss, um wieder den Stand zu erreichen, den wir im März dieses Jahres schon einmal hatten. Das ist eine Verzögerung, die einige Millionen Euro kostet.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist eine blanke Behauptung!)

Das lässt sich anhand von Äußerungen des Archivs belegen. Die längere Lagerungsdauer im Archiv kostet nämlich auch mehr, als hier in der Verwaltungsvorlage erwähnt ist. Uns ist in den Ausschüssen gesagt worden,

(Martin Börschel [SPD]: Belege!)

dass die Verlängerung der Archivlagerfristen im Interim bis zu 6 Millionen Euro im Jahr verschlingen kann. Hier wird von Betriebskosten für das Archiv von insgesamt 2,5 Millionen Euro geredet.

Meine Damen und Herren, diese Vorlage ist grotesk falsch. Es kann nicht sein, dass wir über eine solche Vorlage auf Basis falscher Zahlen, Daten und Fakten die Kunst- und Museumsbibliothek aus dem Gesamtprojekt herauskegeln.

Wir sind für die Kunst- und Museumsbibliothek aus verschiedenen Gründen. Sie ist ein Kleinod. In allen Sonntagsreden von Rot-Grün hört man, wie wichtig die Kunst- und Museumsbibliothek sei. Ich habe Ihnen jetzt gerade deutlich gemacht, dass der Unterschied wahrscheinlich kleiner ist als 10 Millionen Euro. Es sind nicht die 21 Millionen Euro, Herr Oberbürgermeister, mit denen Sie an die Presse gegangen sind.

Wenn Sie wegen 10 oder auch nur 9 Millionen Euro die Kunst- und Museumsbibliothek sausen lassen, meine Damen und Herren, machen Sie das letztendlich ja nicht, um 9 Millionen Euro Konsumtivkosten einzusparen,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, aus Bösartigkeit!)

sondern es geht darum, mit diesen 9 Millionen Euro den Bau zu finanzieren. Das sind Zinskosten. Und da bewegen wir uns in einer Größenordnung von unter 200 000 Euro pro Jahr, die angesichts der heutigen Zinssätze dafür aufgebracht werden müssten. Und das, meine Damen und Herren, ist genau der Anteil, den die Universität bereit wäre, mehr zu bezahlen, wenn die Kunst- und Museumsbibliothek am Eifelwall realisiert würde. Daher frage ich mich jetzt allen Ernstes: Wenn dieses Angebot vonseiten der Universität vorliegt, wie kann man auf ein solches Angebot verzichten, meine Damen und Herren?

(Beifall bei CDU und FDP - Martin Börschel [SPD]: Wir nehmen es doch an! Das Angebot ist doch unabhängig vom Standort!)

Wie kann man auf ein solches Angebot verzichten? Wir haben hier die einzigartige historische Chance, das, was in den 60er-Jahren gemacht worden ist, nämlich das Bildarchiv und die Kunst- und Museumsbibliothek zusammenzuführen, weiterzuentwickeln. Eine solche Möglichkeit gibt es nur noch ein einziges Mal in Deutschland, nämlich in Berlin. Noch dazu will die Universität mit einsteigen. Überlegen Sie sich mal die Chancen, die wir hätten, um den Standort Eifelwall zu beleben, wenn dort die Studenten und Dozenten in der KMB, Kunst- und Museumsbibliothek, ein- und ausgehen und dort jeden Tag Dutzende von Veranstaltungen für Schüler und Studenten stattfinden würden. Damit würden wir den ganzen Eifelwall tatsächlich zu einem Wissenschaftsstandort machen, der diesen Namen auch verdient! Wir haben ein Wissenschaftsarchiv, und wir hätten mit der Kunst- und Museumsbibliothek eine weitere wissenschaftliche Komponente, die vielleicht auch Sonderforschungsgelder in nicht unbedeutendem Maße einwerben könnte.

Der Kattenbug ist 2017 vollgelaufen. Wir werden in vier Jahren wieder hier stehen und überlegen müssen, was wir mit der Kunst- und Museumsbibliothek machen. Wir werden feststellen, dass wir dann, selbst wenn wir auf der grünen Heide einen Neubau machen, 20 bis 30 Millionen Euro in die Hand nehmen müssen. Das ist ein völlig verantwortungsloses Verhalten von Ihnen, von Rot-Grün!

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau von Bülow, bitte.

**Brigitta von Bülow** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser interessanten Rede frage ich mich jetzt: Was ist Wahrheit, was ist Klarheit, was ist Behauptung, was ist belastbar? Ich gehe davon aus: Die Verwaltungsvorlage hat belastbare Zahlen. Ich gehe davon aus, dass die Verwaltung erarbeitet hat, was zu erarbeiten ist. Und, ehrlich gesagt, freue ich mich, dass die Vorlage den Rat noch erreicht hat. Sie wissen selber, letzten Freitag im Kulturausschuss gab es großen Unmut darüber, dass die Vorlage nicht rechtzeitig kommt. Wir hatten Sorge, dass wir über das Archiv vor der Sommerpause keine Entscheidung mehr fällen können. So gesehen bin ich froh, dass diese Vorlage jetzt vorliegt. Natürlich ist sie verfristet. Aber wenn ich mich an den Anfang der Sitzung richtig erinnere, da hat auch die CDU der Dringlichkeit zugestimmt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Karsten Möring [CDU]: Unsere Begeisterung hält sich aber sehr in Grenzen!)

Deswegen würde ich das Fass an der Stelle nicht noch mal extra aufmachen.

(Henk van Benthem [CDU]: Wir haben aber nicht dagegen gesprochen!)

- Das mag ja sein. Aber Abstimmungsergebnis ist Abstimmungsergebnis, oder nicht?

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

- Eben. Wie auch immer.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Die Vorlage konnte nicht ordentlich vorbereitet werden!)

- Herr Klipper, es stimmt, die Vorlage ist verfristet. Aber ich würde sagen: Auch die Dringlichkeit an dieser Stelle dient tatsächlich einem großen Ziel, nämlich dass das Archiv auf den Weg kommt, und dieses Ziel gilt es zu erreichen. Ich bin darüber froh.

Die Diskussionen, warum wir diese - zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorhandene - Vorlage brauchen, ist am Freitag im Fachausschuss geführt worden. Natürlich wären Diskussionen über diese Vorlage besser gewesen; ich glaube, darüber sind wir uns einig. Aber es ist, wie es ist.

Ich denke, es ist wichtig, den Baubeschluss für das Archiv heute zu fassen; denn die Alternative wäre eine lange Verzögerung, ein länger dauerndes Interim, eine länger andauernde

Unsicherheit, wie es mit dem Archiv weitergeht. Das hieße auch höhere Kosten, und zwar nicht nur für das Interim, sondern auch höhere Baukosten. Und das - ich denke, darüber besteht Klarheit - darf nicht sein: Die Kosten dürfen nicht weiter steigen. Dieser Beschluss sendet andere Signale. Somit bin ich, wie gesagt, froh, dass die Vorlage noch vor den Sommerferien verabschiedet werden kann und auf diese Weise Klarheit geschaffen wird über die Zukunft des Archivs. Das ist schon einmal ein ganz wichtiger Punkt.

Sie werden es ahnen: Meine Fraktion wird dem Verwaltungsvorschlag folgen, durchaus auch mit einem weinenden Auge; denn die Vorlage besagt, wie alle wissen, dass die KMB anders als das Rheinische Bildarchiv nicht ins neue Archiv einziehen wird. Somit wird der Neubau kleiner werden als ursprünglich geplant. Das führt dann zu den schon angekündigten Kostenreduzierungen bei den Bau- und Betriebskosten. Unter Umständen - das wissen wahrscheinlich auch alle - wird es dann auch möglich, angrenzend an das Archiv studentisches Wohnen zu schaffen. In den Räumen der KMB, in denen derzeit noch das Rheinische Bildarchiv beheimatet ist, wird es auch mehr Platz geben, wenn das Rheinische Bildarchiv mit ins Archiv zieht.

Über die KMB haben wir an dieser Stelle schon häufig gesprochen, auch ich. Die Wichtigkeit dieser Einrichtung ist völlig unstrittig. Somit bin ich froh, dass auch unstrittig ist, diese zu erhalten, und dass es einen Konsens gibt, sie zukunftsfähig machen zu wollen. Ich denke, auch das ist ein wichtiger Erfolg, den man nicht schlechtreden sollte.

Ich weiß, dass mit unserer heutigen Entscheidung nicht die Wünsche derer erfüllt werden, die gerne am alten Plan festgehalten hätten. Aber es wird deutlich, dass sich der Rat für den Erhalt der Bibliothek einsetzt als öffentlich zugängliche Institution in ihrer Gesamtheit.

Wir haben schon darüber gesprochen, dass der Betrieb der KMB nicht zur kommunalen Daseinsvorsorge gehört. Nichtsdestotrotz ist sie mit ihrer internationalen Ausstrahlung in Köln und für Köln eine wichtige kulturelle und wissenschaftliche Institution.

(Jörg Detjen [Die Linke]: Die Güte von Rot-Grün! Wir sind dankbar!)

- Sie können ja gleich eine Zwischenfrage stellen, Herr Detjen. - Daher begrüßen wir das Engagement und den daraus resultierenden Passus in der Vorlage über die Kooperation der KMB mit Partnern. Ich denke, auch das ist ein wichtiger Erfolg; denn das verheißt eine langfristige Zukunft für die KMB.

Die KMB verbleibt vorerst an den Orten, an denen sie sich jetzt befindet. Im Rahmen einer vertieften Kooperation mit Universität und Land streben wir weitere Möglichkeiten für die Zukunft an.

Gestern wurde eine Petition zur Aufhebung des Planungsstopps für den Neubau des Stadtarchivs und der KMB mit 8 769 Unterschriften im Rathaus überreicht. Heute gab es Demonstrationen vor dem Rathaus. Die Freunde und Förderer der KMB haben Aktivitäten unternommen und sich zu Wort gemeldet. Sie unterstreichen damit - so wie wir auch - die Wichtigkeit und hohe Wertschätzung, die die Einrichtungen genießen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Genau das Gegenteil! Sie verzögern das Verfahren!)

- Warten Sie mal ab! Mein lieber Herr Dr. Elster, wenn Sie bis zum Ende zuhören, dann wissen Sie auch, was wir meinen und wie wir das darlegen.

(Zurufe von der CDU)

Erst einmal zuhören, dann meckern!, würde ich sagen. Darüber ist ja noch nicht das letzte Wort gesprochen. Ich habe ja angefangen mit Wahrheit und Klarheit und Behauptung und belastbaren Zahlen.

Hier im Rat kennen alle die Genese der Vorlage. Frau Dr. Bürgermeister hat es auch schon angesprochen. Bereits im Zuge der Haushaltskonsolidierung 2010/2011 drohte der städtischen Kunst- und Museumsbibliothek in 2012 das Aus, zumindest eine empfindliche Kürzung mit empfindlichen Folgen. Die Politik wollte versuchen, andere Wege zu gehen. Grüne und SPD haben dann im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2010/2011 die Verwaltung prüfen lassen, ob die KMB zum Land NRW übergehen kann oder ob es Kooperationsmöglichkeiten gibt. Mittlerweile haben die Gespräche mit Universität und Land deutliche Erfolge gebracht. Wir freuen uns darüber und denken, die Kooperation mit der Universität ist eingeleitet. Das ist ein gutes

Zeichen. Natürlich nehmen wir deren Angebot, anders als mein Vorredner eben behauptet hat, an. Die Verwaltung bleibt weiterhin aufgefordert - so steht es auch in der Vorlage -, eine Kooperationsvereinbarung mit der Universität auszuarbeiten und weitere Kooperationsmöglichkeiten zu prüfen. Ich denke, damit sind wir auf einem guten Weg.

In den letzten Monaten hat es, wie gesagt, ein großes öffentliches Interesse an der KMB und am Historischen Archiv gegeben. Ich wünsche mir, dass dieses Interesse auch dann bestehen bleibt, wenn wir heute den ersten Beschluss zum Archiv und so gesehen auch zur KMB gefasst haben. Vielleicht werden ja von denjenigen, die sich jetzt so stark engagieren, viele Impulse auch für die Zukunft der KMB ausgehen. Ich hoffe darauf und denke, dass wir so gesehen mit dieser Vorlage und mit dem Beschluss, den wir gleich fassen werden, auf dem richtigen Weg sind. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Görzel, bitte.

**Volker Görzel (FDP):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Trotz toller Temperaturen draußen erleben wir, glaube ich, momentan den Tiefpunkt Kölner Kulturpolitik.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine liebe Frau von Bülow, was Sie sich gerade erlaubt haben, entbehrt jeder objektiv fähigen positiven Beschreibung. Es kann nicht angehen, dass Sie hier so tun, als hätten Sie Verständnis für die Freunde der KMB. Sie stellen sich auf den Rathausvorplatz und sagen: Ich bin an eurer Seite, und stellen sich keine fünf Stunden später hier an das Rednerpult, um genau das Gegenteil zu sagen. Das lasse ich Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es mag vielleicht in Ihren Parteigremien und in der freien Szene, in der Sie sonst bestens vernetzt sind, prima ankommen, zu sagen: Ich bin auf eurer Seite; aber immer, wenn es darauf ankommt, verraten Sie deren Interessen.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Dass sich eine Grünen-Politikerin hier hinstellt und von Transparenz redet zu einer Vorlage, die am Vorabend eingereicht wird, das spottet jeglicher Beschreibung. Auch das werde ich nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Mein lieber Herr van Geffen, Sie waren vorhin derjenige, der unter Bezugnahme auf mich gesagt hat: Wir brauchen in dieser Stadt eines, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit. Mein lieber Herr van Geffen, das, was sich gerade hier abspielt, ist das Gegenteil von Verlässlichkeit und Zuverlässigkeit. Ich bedarf an der Stelle keiner Nachhilfe.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wer hat uns verraten? Die sozialen Demokraten.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

So werden die Freunde der KMB möglicherweise jetzt denken. Worum geht es? Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass immer die Rede davon war: Wir müssen ein Juwel schaffen, ein Bürgerarchiv schaffen, einen Lichthof schaffen, Transparenz schaffen. Gerade Sie waren diejenigen, die diese hehren Begriffe, die alle richtig und wichtig sind, hochgehalten haben. Aber jetzt werden sie unter den Teppich gekehrt, und das ist bedauerlich. Das Bürgerarchiv ist mit dieser Vorlage Geschichte. Wir bedauern das.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wieso Geschichte? - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wieso denn das?)

- Herr Kollege Frank, Sie haben gleich noch Gelegenheit. Ihre Fraktionssprecherin stellt sich hierhin und redet von Wahrheit und Klarheit und von belastbaren Zahlen.

Es bleibt völlig unerwähnt, dass wir bis auf Weiteres, wahrscheinlich bis 2017/2018, Alternativräume anmieten müssen. Ich darf aus der ach so klaren, ach so deutlichen Verwaltungsvorlage zitieren: Wir sehen uns momentan außerstande, „ein verbindliches Mietangebot so zeitnah vorzulegen, dass dieses innerhalb der zu beachtenden Vorlagefristen eingegangen wird.“ - Was wir hier ausstellen sollen, ist ein ungedeckter Scheck zulasten des Stadtsäckels, und Sie goutieren das.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich darf weiterhin zitieren aus dieser ach so klaren, ach so deutlichen Vorlage. Da finden Sie auf Seite 13 - Frau Bülow, lesen Sie bitte mit; Sie können ja lesen und lassen das andere auch immer wissen -

(Heiterkeit von Henk van Benthem [CDU])

folgende Formulierung - ich zitiere -:

Die Effizienz der Nutzung unterliegt allerdings Einschränkungen, da sich die Bestände auf drei Standorte verteilen. Eine Ausweitung des Raumbedarfs ist absehbar. Die beiden Lesesäle im ML und MAK sind ebenso überfüllt wie die Depots der KMB. Die Zulieferung der Bände für die Nutzer bedarf derzeit einer aufwendigeren Logistik als notwendig.

Eines kann ich Ihnen sagen: Dafür, dass sich daran in absehbarer Zeit nichts ändert, ist Rot und Grün verantwortlich. Das möchte ich hier betonen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kann nur jemand sagen, der von Haushaltspolitik überhaupt keine Ahnung hat!)

- Entschuldigen Sie! Ich brauche mir von Ihnen nicht vorhalten zu lassen, ich hätte von Haushaltspolitik keine Ahnung. Wenn Sie das hier so vortragen, dann müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, warum Sie sich auf eine derart unsolide Verwaltungsvorlage verlassen wollen. Wenn Sie das tun, Herr Kollege Frank, dann sind Sie derjenige, auf den man sich nicht verlassen kann.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Hasardeurhaft ist das, was Sie hier machen!)

Damit bin ich am Ende. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Kunst- und Museumsbibliothek bleibt. Das ist jetzt klar.

(Zuruf von der CDU)

- Doch. Für mich ist das klar.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wo denn?)

- An vier Standorten.

(Lachen bei der CDU)

- Ja, ich glaube, man darf jetzt das Kind auch nicht mit dem Bade ausschütten, sondern man muss sehen, was wir erreicht haben. Erreicht haben wir: Die KMB wird es weiter geben, und das haben wir der Universität zu verdanken. Das haben wir nicht Rot-Grün zu verdanken. Das muss doch mal ganz klar gesagt werden.

(Beifall von der CDU - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Quatsch!!)

Ohne den Diskussionszusammenhang mit der Universität wäre das nicht erreichbar gewesen. Wir haben außerdem noch einen kleinen Erfolg erreicht: Das Bildarchiv, das ja mehr oder weniger zur KMB gehört, ist auch in dem neuen Projekt untergebracht.

Das ist aber gar nicht die Frage. Wissen Sie, was mich geärgert hat? Wir haben ein echtes Problem: Wir haben diese Vorlage um 16 Uhr bekommen, und SPD und Grüne stellen sich hierhin, lesen die Manuskripte ab und sagen: Alles toll, alles super.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das kann ich nicht verstehen. Statt sich hier hinzustellen und zu sagen: Hören Sie mal zu, meine Damen und Herren, wir haben ein Problem. Wie machen wir das denn jetzt? Wir kennen alle die Vorlage nicht, wir konnten sie nicht durcharbeiten. - Oder war es so, dass Rot-Grün die Vorlage vorher gehabt hat?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Klar haben sie die gehabt! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Ich habe sie um 16 Uhr erhalten. Ich kann nur sagen: Ich habe mich nicht nachts hingesetzt, um sie zu lesen. Mein Mitarbeiter und ich haben uns heute Morgen drangesetzt. Die Situation ist doch: Wir alle sind schlicht und ergreifend überfordert - das könnte Rot-Grün auch mal sagen -, das jetzt komplett beurteilen zu können. Das ist doch ganz klar.

Meine Kritik wird jetzt auch sukzessive sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, wenn hier der Oberbürgermeister Schramma gegessen hätte, hätten wir ihn ganz schön durch die Mangel gezogen. Aber hallo! Das wäre anders abgelaufen. Diese Vorlage wäre hier nicht durchgekommen; aber egal.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Das ist nicht unser Stil!)

- Nein, ich bin ja offen. Man soll es nur nicht überziehen.

(Martin Börschel [SPD]: Nach allen Seiten! Das ist das Problem!)

Denn es gibt auch gewisse Erfolge, die man einfach anerkennen muss.

Es ist ein Phänomen, dass Sie die Chance nicht ergriffen haben: Die Universität hat uns drei Stellen angeboten - ohne Bedingungen -, und sie hat uns 140 000 Euro für das Mietobjekt am Eifelwall angeboten hat. Diese 140 000 Euro schlagen Sie schlicht und ergreifend aus. Rechnen Sie mal diese 140 000 Euro - -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei insgesamt 2 Millionen!)

- Ja, dazu komme ich gleich. - Diese 140 000 Euro schlagen Sie einfach aus. Frau Moritz, Sie müssen nicht abwinken,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch!)

Sie müssen nur einmal Folgendes überlegen: Wenn wir Kooperationen eingehen wollen, kann es auch sein, dass wir in Kooperationen nicht nur nehmen, sondern auch mal geben können. Das möchte ich einfach nur mal zu bedenken geben.

Schauen Sie sich mal in der Vorlage an, mit welchem Zinssatz die Gebäudewirtschaft gerechnet hat! Sie hat mit einem Zinssatz von 7 Prozent gerechnet.

(Lachen bei der CDU)

7 Prozent! Da kann ich nur sagen: Das ist doch einfach Quatsch. Man muss ja nicht mit 0 oder mit 1 Prozent rechnen; das wäre auch unrealistisch, weil der Zinssatz ja irgendwann wieder steigen wird. Bei den Schulobjekten rechnen wir mit einem Zinssatz von 3 Prozent.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Wenn wir diesen Prozentsatz zugrunde legen würden, kämen wir mit KMB auf 6,4 Millionen Euro und ohne KMB auf 5 Millionen Euro. Das ist immer noch eine Differenz von 1,4 Millionen Euro; gar keine Frage. Nur, das ist eine ganz andere Zahl, über die man diskutieren kann. Dann sind diese 140 000 Euro der Universität nämlich ein Betrag in einer anderen Größenordnung. Das ist das, was ich meine: Dass man sich das nicht in Ruhe anschauen konnte, fehlt mir. Ich finde es nicht schön, dass das so gelaufen ist.

Ich fand die Demonstration heute vor dem Rathaus insofern interessant, weil die Kolleginnen und Kollegen, die da demonstriert haben, das relativ nüchtern gesehen haben. Sie haben gesagt: „Okay, das wird jetzt erhalten“, aber auch gefordert, an dem neuen Konzept für die Kunst- und Museumsbibliothek, das noch erarbeitet werden muss, beteiligt zu werden. Meine Damen und Herren, es ärgert mich, dass das Rot-Grün nicht aufgreift und sagt: Da tut sich was; wir müssen denen entgegenkommen. Warum ist es nicht möglich, dass man mal den einen Satz sagt: Jawohl, das ist kein Problem; den Weg gehen wir?

Und auch das ärgert mich: Wenn man schon so rabiät durchgreifen muss, warum kann man dann nicht wenigstens ansatzweise mit Fingerspitzengefühl auf die Leute zugehen? - Deswegen werden wir für die Alternative 1 stimmen, wie bestimmt auch die Kollegen von der FDP und von der CDU. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken, der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen zu Herrn Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann** (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich war auch überrascht. Gestern um 16.12 Uhr kam bei mir die E-Mail mit der Vorlage an. Ich bin ja auch Mitglied im Kulturausschuss und wusste daher, dass diese Vorlage offensichtlich schon länger kursiert.

(Brigitta von Bülow [CDU]: Das stimmt überhaupt nicht!)

- Oder eine andere Vorlage; sie war zumindest auf der Tagesordnung angekündigt, ist aber dann zurückgezogen worden. - Jetzt haben wir diese

Vorlage keine 24 Stunden vor der Ratssitzung bekommen. Da ich Laie bin in diesen Dingen, habe ich versucht, verschiedene Architekturverbände, die es ja auch hier in Köln gibt - Haus der Architektur etc. -, zu kontaktieren, um sie zu fragen: Was mache ich denn mit dieser Vorlage? Sie haben alle nur die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen und gesagt: Ein Laie kann das schon mal gar nicht innerhalb von 24 Stunden beurteilen, selbst Architekten, Stadtplaner und andere Fachleute könnten dies nicht. Deswegen bin ich schon etwas erschüttert, dass dieser Beschluss hier jetzt zustande kommt.

Ich war natürlich auch dafür, dass der Punkt auf der Tagesordnung bleibt, weil wir die Entscheidung für den Archivbau brauchen; selbstverständlich. Deswegen werde ich gleich auch für die Alternative 1 stimmen, die beides vereint, nämlich den Archivbau zu beginnen und die KMB mit ins Boot zu nehmen. Ich möchte Sie an dieser Stelle auch daran erinnern, dass wir in der ganzen letzten Zeit die Beschlusslage hatten, dass die KMB mit ins Boot genommen wird.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Dass die KMB jetzt wieder herausgeschmissen wird, liegt an ebendiesem Zahlenwerk, was wir überhaupt nicht ordentlich überprüfen können. Deshalb wundert es mich sehr, dass man sich jetzt darauf versteift: „Okay, es gibt ein erhebliches Einsparpotenzial; das nutzen wir jetzt und schmeißen die KMB dort wieder heraus; wenn wir sie an den verschiedenen Standorten belassen, sparen wir dadurch Geld“, ohne auch nur annähernd beurteilen zu können, ob diese Zahlen tatsächlich stimmen.

Auch ich habe mich sehr über diese rhetorischen Formulierungskünste gewundert: wie man sich den Protest gegen die Schließung der KMB derart auf die eigenen Fahnen schreiben kann,

(Beifall bei CDU und FDP)

obwohl man jetzt die KMB entgegen dem bestehenden Beschluss wieder aus dem Archiv herausschmeißt!

In den verschiedenen Petitionen, aber auch von internationalen Künstlern wurde ja nicht nur gefordert, die KMB soll erhalten bleiben; sie haben auch gefordert, dass die KMB im Archivneubau mit untergebracht werden soll, weil sie dort ordentliche Arbeitsbedingungen vorfinden wird. Das wird jetzt nicht mehr der Fall

sein. Die Vorlage - es tut mir leid; ich konnte sie eben auch nicht sorgfältig prüfen - sagt ja auch nichts dazu, was tatsächliche Alternativen kosten würden. Wenn die KMB an einem Standort mit ordentlichen Arbeitsbedingungen zusammengefasst würde, würde das ja auch etwas kosten, wenn man es denn wollen würde. Vielleicht wäre es tatsächlich die bessere Lösung gewesen, die KMB im Gebäude des Historischen Archivs anzusiedeln.

Ich möchte alle eindringlich bitten, für die Alternative 1 zu stimmen. Es ist ganz klar: Der Archivbau muss vorangetrieben werden. Ich bedaure, dass die größere Lösung offensichtlich hier nun nicht mehr präferiert wird; denn es war eine gute Idee, es war eine inhaltlich fundierte Idee. Mir tut es leid für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die unter diesen Arbeitsbedingungen weiter tätig sein müssen; es tut mir aber auch leid für die Leute, die die KMB unter diesen Arbeitsbedingungen nutzen; denn die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Es ist schade, dass wir heute hier nicht die Kraft haben, eine andere Entscheidung zu finden. Auf die Diskussion dieser Vorlage in der Öffentlichkeit bin ich gespannt; denn es ist davon auszugehen, dass die Architekten und andere Alternativen vorschlagen und diese Vorlage höchstwahrscheinlich aufs Heftigste kritisieren werden. - Danke schön.

(Beifall von Dr. Jürgen Strahl [CDU])

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Henseler, bitte.

**Andreas Henseler** (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich will jetzt nicht die Kritik an der verspäteten Zustellung der Vorlage wiederholen. Dazu ist alles Wesentliche schon gesagt worden. Ich will hier für die Freien Wähler erklären, dass wir dem Hauptvorschlag zustimmen und für die kostengünstigere Lösung stimmen werden.

Gleichzeitig will ich noch einmal deutlich machen, dass ich durchaus - wie einige andere Redner auch - eine gewisse widersprüchliche Haltung des Rates hier feststelle. Wir haben heute am frühen Nachmittag über ein Moratorium für die Archäologische Zone und das Jüdische Museum diskutiert. Wenn wir uns zu diesem Moratorium entschlossen hätten, wäre es zu Einsparungen in einer Größenordnung von

etwa der Hälfte der in Rede stehenden Summe gekommen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Es gibt ja den Busmann-Vorschlag, der aussagt, dass das ganze Projekt für ungefähr die Hälfte der Kosten realisiert werden könnte.

Bei dem Projekt jetzt geht es um Einsparungen in einer Größenordnung von 21 Millionen Euro. Vielleicht können Sie mir mal erklären, warum Sie in dem einen Fall jede Diskussion über günstigere Lösungen ablehnen - die man ohne Weiteres noch hätte führen können -, dieses Projekt jetzt aber mittels einer mit heißer Nadel gestrickten und verspätet zugestellten Vorlage auf die Schnelle durchsetzen wollen. Das halte ich für außerordentlich widersprüchlich. Man hätte, meine ich, in beiden Fällen prüfen müssen, ob man für die Stadt günstigere Lösungen erreichen kann.

Was ich ausdrücklich gut finde, ist das Kooperationsergebnis. Dazu ist im Kulturausschuss alles schon gesagt worden. Dort ist auch Frau Klug ausdrücklich gelobt worden. Ich kann mich erinnern, dass noch in der vorletzten Ratssitzung darüber diskutiert wurde, dass die unverbindlichen, informellen Gespräche zwischen Herrn Börschel, Frau Moritz und dem Rektorat möglicherweise nicht zu einem Ergebnis geführt haben. Es ist offenbar doch günstiger, wenn die Verwaltung solche Gespräche führt. Dann kommen auch nachvollziehbare und belastbare Resultate heraus.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist genau das Gleiche, nichts Neues!)

Vor diesem Hintergrund sollte man das, was hier erreicht worden ist, ausdrücklich loben.

Ich will hier noch einen anderen Ansatz machen, der vielleicht zu einem Umdenken bei den notwendigen Umplanungen führt, die, wenn ich es richtig verstanden habe - ich kann in der Tat diese Vorlage nicht durch Handauflegen bis in alle Einzelpunkte nachvollziehen -, bei Annahme des Hauptvorschlags erforderlich werden: Wenn Sie für die KMB keinen anderen Standort haben, dann muss mir mal einer sagen, warum er nicht die Möglichkeit eröffnet, die Umplanungen unter Umständen so zu gestalten, dass man die KMB zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Finanzsituation eine andere, möglicherweise

eine bessere ist, in einem zweiten Bauabschnitt dort mit unterbringen kann?

Wenn man hier in diesem Rat über seriöse Alternativen intensiver diskutieren würde und könnte, das heißt, wenn hier nicht immer mit vorgefassten Meinungen die Diskussion hier abgewürgt würde, dann könnte man sicherlich auf diese Art und Weise auch intelligente Lösungen finden. In der jetzigen Finanzsituation kann der Rat - das ist meine felsenfeste Meinung - das alles nicht stemmen, aber für einen späteren Zeitpunkt sollte die Option offengehalten werden.

Deswegen stellt sich die Frage, ob man nicht nach einer Beratung wie dieser denjenigen, die das umplanen müssen, den Auftrag geben sollte, bei der Umplanung einen zweiten Bauabschnitt mit zu berücksichtigen, damit, wenn sich die Finanzsituation der Stadt verbessert, die Kunst- und Museumsbibliothek zu einem späteren Zeitpunkt dort untergebracht werden kann. Das wäre meine Anregung. Ich bitte Sie, sich das zu überlegen. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich sehe noch eine Wortmeldung von Herrn Klipper.

**Karl-Jürgen Klipper (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Mich hat die Diskussion hier ein bisschen überrascht. Hier werden Fakten dargestellt, die man nur kennen kann, wenn man sich längerfristig mit dieser Vorlage beschäftigt hat. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass es hier eine Zweiklassengesellschaft gibt: Die einen bekommen Informationen vorher und die anderen erst um 16.03 Uhr. Deswegen habe ich die Frage an Sie - ich möchte einfach eine Bestätigung bekommen -: Haben Sie, Herr Oberbürgermeister, oder Ihre Verwaltung, das heißt einschließlich Ihrer Dezernenten, diese Vorlage im Entwurf oder im Grobentwurf irgendwelchen Personen aus der Politik vorher zugeleitet?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sind Verschörungstheorien - Martin Börschel [SPD]: Das ist eine Frechheit!)

Ich möchte von Ihnen definitiv wissen, ob das der Fall gewesen ist. Ob das aus dem Kulturressort oder einem anderen Ressort kommt: Es kann nicht sein, dass wir hier auf einem unterschiedlichen Informationsstand sind; das betrifft ja nicht nur diesen Fall. Ich erwarte

von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, dass Sie dafür sorgen, dass alle hier im Rat auf dem gleichen Informationsstand sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen möchte das von Ihnen definitiv wissen. Sie können sich meinerwegen auch noch drei Tage mit der Frage beschäftigen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Das kann ich Ihnen schon jetzt sagen.

**Karl-Jürgen Klipper (CDU):** Das gilt auch für Ihre Verwaltung. Denken Sie nur daran, was nachher passiert, wenn die Aussage, die Sie jetzt machen, nicht stimmt.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich weiß schon, was ich zu sagen habe, Herr Klipper. - Ich will ja gar nicht verschweigen, dass die Vorlage sehr kurzfristig übermittelt wurde. Das hängt damit zusammen, dass das Rektorat der Universität sich erst in den letzten Tagen klar und eindeutig entschieden hat, diese Aussagen zu machen. Deswegen war die Vorlage in dieser Form nicht früher auf den Weg zu bringen. Ich habe sie gestern Nachmittag um etwa 15.15 Uhr abgezeichnet und dann meine Mitarbeiter gebeten, sie so schnell wie möglich den Fraktionsgeschäftsführern zur Verfügung zu stellen. Das ist dann auch geschehen. Das ist das, was ich dazu sagen kann.

(Andreas Köhler [CDU]: Das ist keine Antwort auf die Frage!)

**Karl-Jürgen Klipper (CDU):** Herr Oberbürgermeister, ich habe Sie nicht danach gefragt, ob Sie um 15 Uhr eine gegengezeichnete, eine abgezeichnete oder eine von Ihnen unterzeichnete Unterlage herausgegeben haben. Die haben wir alle per E-Mail zwischen 16 und 17 Uhr bekommen; daran besteht gar kein Zweifel.

Ich habe extra gefragt, ob ein Entwurf oder ein grober Entwurf mit diesen Zahlen einzelnen Ratsmitgliedern vorher bekannt gegeben worden ist, die dadurch mit einem Informationsvorsprung in diese Sitzung gekommen sind. Darum geht es mir. Es geht mir nicht um die von Ihnen gegengezeichnete Unterlage.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Die ist aber entscheidend, weil - -

**Karl-Jürgen Klipper** (CDU): Nein, das ist nicht entscheidend. Entscheidend ist, ob vorher schon Informationen daraus bekannt geworden sind.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Das ist die letztgültige Fassung, die auf dem neuesten Stand ist. Alles andere ist unerheblich.

(Lachen und anhaltende Zurufe bei der CDU - Andreas Köhler [CDU]: Die Antwort war eindeutig!)

Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich glaube, die sind ohne Mikrofon lauter als ich mit Mikrofon. - Ich kann nur für mich sprechen: Ich habe als Fraktionsvorsitzende keine Vorlage vorher gelesen, aber ich kann trotzdem zum Inhalt etwas sagen. Das, was in der Vorlage steht, ist in keiner Weise überraschend gewesen. Es ist auch in keiner Weise etwas Neues gewesen, was bei den letzten Gesprächen mit der Uni herauskam;

(Zurufe von der CDU)

denn schon Herr Quander hat im Januar/Februar von circa 400 000 Euro gesprochen, die sich zusammensetzen aus einer Summe, die in Personal ausgedrückt war, und einem Teil in bar, und auch das Kooperationsangebot der Uni stand damals schon im Raum. Von der Kämmerin war aber die Hoffnung geweckt worden, sie würde ein noch besseres Ergebnis erzielen.

Wir haben schon ganz früh gesagt: 40 Prozent der Nutzer - -

(Unruhe bei der CDU)

- Es ist wirklich schwierig, wenn Sie hier die ganze Zeit dazwischenschreien.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Lassen Sie Frau Moritz bitte reden. Hören Sie ihr bitte zu!

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich bin jetzt dran, und ich möchte zu Ende reden.

Sie können dann gern noch die Kämmerin befragen.

Ich sage jetzt, was Herr Quander uns schon im Februar mitgeteilt hat, nämlich: Das waren die drei Personalstellen - der Oberbürgermeister kann das bestätigen; er hat auch Gespräche geführt -, es war eine Summe um die 400 000 Euro inklusive der drei Personalstellen, und es war davon die Rede, dass die Uni, egal wie die Stadt sich entscheidet, an einem Konzept mitarbeitet; auch das war zugesagt.

Wir haben aber alle gehofft - und ich hoffe weiter, dass es noch bessere Angebote gibt -, dass noch mehr herausgeholt wird. Die Tatsache, dass nicht mehr herausgeholt worden ist, ist der Grund weshalb die KMB nicht in das Historische Archiv integriert wird, nicht weil wir das nicht wollen oder weil wir sie nicht wertschätzen, sondern einfach deshalb, weil das auf zusätzliche laufende Kosten von 2 Millionen Euro bzw. zusätzliche Investitionskosten in Höhe von circa 20 Millionen Euro hinauslaufen würde. Auch diese Summen, sowohl die 20 Millionen als auch die 2 Millionen Euro, waren schon vor der Prüfung bekannt.

Die Prüfung hat das jetzt auf Kommastellen genau präzisiert, aber die Circa-Beträge waren vorher schon bekannt. Deswegen war ich persönlich nicht besonders überrascht.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es hatten sich noch Herr Detjen und Herr Dr. Elster gemeldet. - Bitte, Herr Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Sie haben gesagt, die Uni habe die Vorlage etwas verzögert. Mich würde interessieren - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das sieht man doch am Briefeingang!)

- Moment mal! - Herr Obermeister, ich frage Sie jetzt einfach mal.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja, fragen Sie doch.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Sie haben gesagt, durch die Uni habe sich das etwas verzögert. Es ist ja so: Es gibt einen Brief vom 9. Juli; das war letzte Woche. In diesem Brief steht im Prinzip

alles drin, was die Uni bereit wäre, beizutragen. Deswegen wundert mich jetzt, dass Sie sagen, die Uni hätte das ein bisschen verzögert. Gab es da sonst noch irgendwelche Probleme? Wenn diese Mitteilung nur für den nichtöffentlichen Teil geeignet ist, bitte ich das im nichtöffentlichen Teil zu sagen. - Das war meine erste Frage.

Die zweite Frage geht an die Verwaltung. Wir können jetzt nur eklektisch an diese Vorlage herangehen. Wir haben sie nicht systematisch von vorn bis hinten zweimal durchgearbeitet; das ging einfach gar nicht. Uns hat gewundert, dass die Betriebskosten der KMB vorher bei 131 000 Euro liegen und jetzt bei 623 000 Euro, also 500 000 Euro höhere laufende Betriebskosten. Das finde ich schon etwas überraschend.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sag mal die Seite!)

- Das habe ich jetzt nicht griffbereit. - Es geht um den großen Unterschied zwischen den alten und den neuen Betriebskosten. Es kann ja mit den technischen Anlagen zusammenhängen, wahrscheinlich sogar; gar keine Frage.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich gebe die Frage gerne weiter an Frau Klug, die die Verhandlungen mit der Universität auf Bitten des Kulturausschusses geführt hat. - Frau Klug.

**Stadtkämmerin Gabriele C. Klug:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Barbara Moritz! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte hier an dieser Stelle etwas zum formalen Ablauf sagen.

Vielleicht bin ich diejenige, die am meisten überrascht ist, dass wir tatsächlich einen Rektoratsbeschluss herbeiführen konnten. - Wie auch immer - es gilt die Devise: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“. Tatsache ist, dass nunmehr ein bestätigender Beschluss des Rektorats vorliegt und mit dem Schreiben des Kanzlers mitgeteilt wurde. Ich habe auch in meinen Äußerungen gegenüber den Sprechern der Fraktionen, wenn ich mich recht entsinne - das kann hier sicherlich bestätigt werden -, nie einen Zweifel daran gelassen, dass diese, aufgrund eines Arbeitsergebnisses der Stadtverwaltung mit der Universität in den letzten zwei Jahren erzielten Ergebnisse das sind, was uns die Universität derzeit anbieten kann. Sie hat es nun in einer formalen, abgeschlossenen Art und Weise getan. So weit waren wir noch nie.

Deswegen wäre ich sehr dankbar, wenn Sie heute entscheiden würden, dass die Verwaltung nun auf der Grundlage eines von der Universität in verbindlicher Form unterbreiteten Angebots auch tätig werden darf, um einen Rahmenvertrag abzuschließen. Dieser Rahmenvertrag wird noch einige erhebliche Ausarbeitungen mit sich bringen. Da werden einige rechtliche Fragen zu lösen sein. Also, es kommt noch eine Menge an administrativer Arbeit auf die Verwaltung zu.

Was mich ganz besonders gefreut hat, ist, dass die Universität das wissenschaftliche Angebot zur Zusammenarbeit in diesem Bereich noch einmal verstärkt hat und dieses auch im Schreiben des Kanzlers zum Ausdruck gebracht hat. Ich rede jetzt nur von der KMB. Dort wird angeboten, einen gemeinsamen Beirat einzurichten. Auch darin liegt eine verbindliche Fortentwicklung dessen, was bisher in vielen Gesprächen zwischen der Universität auf der Ebene des Fachbereiches und der Stadt auf der Ebene KMB im Gespräch war. Auch hier ist es gelungen, Pläne in eine verbindliche Form zu gießen. Darin liegt ein Fortschritt.

Die zweite Frage, die im Raum steht, ist: Wäre es nicht schneller möglich gewesen? - Nein. Auch das habe ich gegenüber den kulturpolitischen Sprechern der Fraktionen von Anfang an gesagt. Die Universität hatte mit ihren Gremien - da muss man zur Kenntnis nehmen, dass verbindliche Beschlüsse nur auf der Grundlage von Gremienentscheidungen zu erzielen sind - einen festen Fahrplan. Auch diesen hatte der Kanzler eindeutig kommuniziert. Ich bin allen, die an den Entscheidungen mitgewirkt haben, sehr dankbar.

Ein Drittes möchte ich noch anführen. Es war ein sehr großer Gewinn, mit verschiedenen Persönlichkeiten aus der Stadt zusammenarbeiten zu können. Sie sitzen nur zum Teil hier. Zahlreiche andere, die heute hier nicht sitzen, haben sich sehr engagiert, dass auch in Richtung Land noch einmal klargestellt werden konnte, welche Bedeutung diese Kooperation zwischen der Universität und der Stadt in Sachen KMB als eine durch Gremienbeschlüsse getragene, auf lange Zeit angelegte Kooperation in wissenschaftlicher und administrativer Hinsicht hat und wie sinnvoll es sein kann - auch da ist ja die Diskussion mit dem heutigen Tag in keiner Weise abgeschlossen -, mittel- und langfristige gemeinsame, auch baulich zu verwirklichenden Wege zu suchen.

Ich bitte darum, der Variante der Verwaltung zuzustimmen, damit wir auf diesem Weg auch

einen Schritt weiter kommen können: durch eine kontinuierliche und verlässliche Arbeit. Sie haben alle der Presse entnommen, wie viel Geld für Baumaßnahmen in den nächsten Jahren der Universität zur Verfügung stehen wird. Da sind die Gespräche nicht abgeschlossen, aber es ist auch ein Erfolg kurzfristig nicht zu erwarten. Die Chance der Fortentwicklung der KMB liegt nur in einer dauerhaften Verbindung mit der Universität und weiteren, dritten Kooperationspartnern.

Das war auf Ihre Bitte hin, Herr Oberbürgermeister, zu ergänzen. Die entsprechenden Betriebskosten der KMB habe ich jetzt nicht präsent. Ich stehe aber auch nach der Sitzung heute Abend noch gerne für Auskünfte zur Verfügung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es gab noch eine Wortmeldung von Herrn Dr. Elster.

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Heute Abend nach der Veranstaltung ist es natürlich zu spät; denn die Antwort müsste ja eigentlich bewertet werden, bevor die Beschlussfassung erfolgt.

Die erste Frage, die ich mir jetzt stelle, ist, warum Sie fünf Minuten lang für die Alternative 1 reden und uns dann am Ende Ihrer Rede auffordern, für die Hauptvariante zu stimmen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Das ist wie in einer Bananenrepublik!)

- Ja, das ist hier wie in einer Bananenrepublik. - Hier wird uns von allen möglichen Leuten fünf Minuten lang noch einmal dargestellt, wie wichtig die KMB ist – und deswegen muss sie am Kattenbug bleiben.

Wir sind so froh, dass die Universität - das ist ja die Vorlage zur Stärkung des Wissenschaftsstandortes Köln - mit einsteigt. Wir haben zum allerersten Mal - das, was hier passiert ist, ist ja wirklich etwas Historisches - die Universität mit an Bord. Wir wollen doch den Wissenschaftsstandort Köln stärken. Das ist doch unsere Idee, das ist doch unser Leitbild. Bei der Universität ist eine Sache ganz zentral: Sie hat einen Masterplan. Dieser Masterplan sieht vor, zu arrondieren. Sie will alle möglichen außenliegenden Bereiche zur Uni zurückholen.

Sie will sich exzellenzfertig machen. Und wir hätten jetzt die Möglichkeit, mit diesem Projekt KMB genau das zu bewirken, nämlich dass dieser Standort KMB hochwissenschaftlich bearbeitet werden kann. Das ist doch genau das, was Sie gerade gesagt haben, Frau Kämmerin. Man fragt sich dann, warum das alles nicht zusammengeführt werden kann und warum Sie die Variante mit KMB derart schlechtreden, dass sie dermaßen unter Druck kommt.

Die Betriebskostenproblematik ist gerade noch einmal von Herrn Detjen angesprochen worden. Mir ist zugetragen worden - ich kann ja auch nicht alles prüfen; aber ich werde das noch prüfen -, dass die Quadratmeterpreise für die KMB astronomisch hoch sind. Die Rede ist von 30 000 Euro, die den Betriebskosten zugrunde gelegt worden sind. Wenn das herauskommt, wenn sich das tatsächlich bestätigt, dann werden Sie in dieser Angelegenheit noch von uns hören.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Granitzka, bitte.

**Winrich Granitzka (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Ich möchte noch einmal zurückkommen auf das, was Herr Klipper gefragt hat. Ihre Antwort war für mich etwas verwirrend, für andere auch. Wollen Sie uns bitte noch einmal erklären, ob Sie oder die Verwaltung diese Unterlage oder Vorentwürfe oder Ähnliches an andere Fraktionen, Parteien, Personen vorab gegeben haben? Das ist mir nicht klar geworden. Darauf hätte ich gerne noch eine Antwort.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich habe Ihnen ja zu verstehen gegeben, dass maßgeblich nicht irgendwelche Vorentwürfe sind, sondern ausschlaggebend ist das, was der Oberbürgermeister auf den Weg bringt.

(Andreas Köhler [CDU]: Eindeutig: Ja! - Weitere Zurufe von der CDU)

Das habe ich abgezeichnet, und das ist für mich entscheidend.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Wir stimmen ab über den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit dem Titel „Eifelwall, Neubau Historisches Archiv und Kunst- und Museumsbibliothek mit Rheinischem Bildarchiv“. Wer für diesen Vorschlag ist, bitte ich um das

Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und Herr Henseler. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist eine Mehrheit erzielt und der Beschluss so zustande gekommen

(Martin Börschel [SPD]: Mit der Stimme des Oberbürgermeisters!)

- mit der Stimme des Oberbürgermeisters.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

**10.1 Ergänzender Planungsbeschluss für die Baumaßnahme des Ganztagsbereichs der Theodor-Heuss-Realschule, Euskirchener Str. 50, 50935 Köln wegen Kostensteigerung 3235/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Dann ist das so zustande gekommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

**10.2 Städtebauförderungsmaßnahme KinderKulturHaus Vondelstr. 4-8, 50677 Köln hier: Honorarkosten für rechtliche Beratung bei Prüfung und Abwicklung strittiger Baukostenforderungen 1058/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

**10.4 Namensgebung Verknüpfungshaltestelle am Heumarkt; Heumarkt bzw. Kapitel 1444/2013**

Abstimmung wie Verkehrsausschuss. - Bitte, Frau Kirchmeyer.

**Christtraut Kirchmeyer** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde die Kollegen und Kolleginnen aus dem Verkehrsausschuss jetzt furchtbar enttäuschen. Ich werde nämlich jetzt nicht die Alternative 3 zur Abstimmung stellen, sondern ich möchte gern den Herrn Oberbürgermeister in seiner Vorlage unterstützen; denn in der Beschlussfassung hat

er ja vorgeschlagen, die Haltestelle Heumarkt „Kapitol“ zu nennen. Es liegt dazu auch noch eine Aussage bzw. eine Befürwortung von Herrn Professor Coersmeier, die in den letzten Tagen eingereicht wurde, vor. Ich denke, Herr Oberbürgermeister, Sie werden sicherlich nicht gegen Ihren eigenen Beschlussvorschlag stimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer für den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP und der OB. Wer enthält sich? - Damit ist er leider abgelehnt.

Jetzt zur Abstimmung über die Beschlussvorlage. Abstimmung wie Verkehrsausschuss.

(Zuruf: Wie Verkehrsausschuss?)

- Da heißt es: nur „Heumarkt“. - Wer dafür ist, die Haltestelle nur „Heumarkt“ zu nennen, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, Herr Henseler, Herr Zimmermann, die Fraktion der CDU, die Linke und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann bleibt es dabei.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.5:

**10.5 Übertragung von Haushaltsermächtigungen ins nächste Haushaltsjahr hier: Grundsatzregelung gem. § 22 Abs. 1 GemHVO NRW 1766/2013**

Ich gehe davon aus, dass es dazu keine Wortmeldungen gibt. - Dann stimmen wir ab. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

**10.6 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2013 1799/2013**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

**10.7 Vergabe des Etats "Feuerwehrtopf Förderkonzepte", Haushaltsjahre 2013/2014 1851/2013**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Gegenstimmen bei der Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.8:

**10.8 Mitteilung über eine Kostenerhöhung der Investitionsauszahlungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 für das Haushaltsjahr 2013 bei der Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Hst. Gutenbergstraße 4604/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.9:

**10.9 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012/13 1471/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Früher war das anders. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

**10.10 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013/14 1470/2013**

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion der Linken ist das einstimmig angenommen.

Dann zu Tagesordnungspunkt 10.11:

**10.11 Betrauung der SBK nach dem Almunia Paket 2097/2013**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das somit einstimmig angenommen.

In Tagesordnungspunkt 10.12 geht es um einen Resolutionsvorschlag an die Landesregierung:

**10.12 Resolution zur Abgeltung der Folgewirkungen von Aufbrüchen im Straßenland (Erschwerisentgelt) 2041/2013**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.13:

**10.13 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen 1916/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer dagegen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP und die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das ebenfalls angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.14:

**10.14 Sanierung Orchesterprobenzentrum Stolberger Straße hier: Vorlage der reduzierten Entwurfsplanung 1634/2013**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Auch darüber können wir jetzt abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.15:

**10.15 Verwendung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren sowie der Mittel für Interkulturelle und Integrationsprojekte für die Jahre 2013 und 2014. Hierzu Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in 2013 unter Herstellung einer jahresübergreifenden Haushaltsneutralität. 2050/2013**

(Zuruf von der CDU: Herr Oberbürgermeister, das ist zurückgezogen!)

- 10.15 ist nicht zurückgezogen. 10.15 steht heute zur Abstimmung.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ist okay!)

Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der Fraktion der pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkten, die einige Schulen betreffen. Zunächst Tagesordnungspunkt 10.16:

**10.16 Förderschule Lernen im Stadtbezirk Nippes  
Auflösung der FLE Kretzerstr. 5-7, 50733 Köln - Nippes, bei gleichzeitiger Einrichtung eines Teilstandortes der FLE Leyendecker Str., 50825 Köln-Ehrenfeld, im Gebäude Kretzerstr. zum 31.07.2014  
1554/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

**10.17 Errichtung einer zweizügigen offenen Ganztagsgrundschule in Köln-Nippes am Standort Kretzerstr. 5-7, 50733 Köln zum Schuljahr 2014/15  
1555/2013**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Somit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.18:

**10.18 Förderschulen Lernen im Stadtbezirk Mülheim, Auflösung der FLE Holweider Str. (André-Thomkins-Schule)  
1570/2013**

Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln ist dagegen. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion der FDP ist dies angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

**10.19 Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums Köln  
1617/2013**

Wir stimmen ab wie Vorlage. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln und bei Enthaltung der Fraktion Die Linke ist dies so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

**10.20 Fortführung Bundesprogramm "Berufsbezogene Sprachförderung" in 2014 und 2015  
1760/2013**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

**10.21 Stadtwerke Köln GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrags  
3799/2012**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.22:

**10.22 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2011 - Beteiligungsbericht 2011 -  
2245/2013**

Ist jemand dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist er einstimmig so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.24:

**10.24 Abriss und Neubau einer Grundschule, Fühlinger Weg 7, 50765 Köln-Volkhoven/Weiler  
Baubeschluss  
2967/2012/1**

Wir schlagen vor, abzustimmen wie die Vorlage.

(Zuruf: Nein! Wie Schulausschuss! - Weiterer Zuruf von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Ich sehe eine Wortmeldung. Zuvor will ich aber noch Herrn Höing bitten, etwas zur Grundsatzsituation zu sagen.

**Beigeordneter Franz-Josef Höing:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich zum Thema Energiekosten und der Betrachtung komme, nach welchem Standard wir diese Schule bauen, möchte ich an dieser Stelle schon noch einmal sagen: Es ist ja in der Tat ein ganzes Paket von Schulen, das heute beschlossen werden soll. Es ist angesichts der finanziell engen Korsettstangen, in denen die Stadt steckt, aus meiner Sicht schon eine große Leistung, in einer solchen Größenordnung neue Häuser und Räume für das Lernen in dieser Stadt zu bauen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Im Grunde ist das ja ein Programm, was uns auch in den nächsten Monaten und Jahren immer weiter beschäftigen wird; denn auch in diesem Themenfeld ist der Sanierungstau unglaublich. Hinzu kommt, dass in einer

anziehenden und wachsenden Stadt wie Köln der Bedarf nach wie vor ungebrochen ist. Dafür müssen wir die entsprechenden Vorkehrungen treffen.

Das hat - so leidig es ist - auch mit Finanzen zu tun. Insofern ist man immer gut beraten, auch der Frage nachzugehen: Nach welchem Standard bauen wir? Es ist in den vergangenen Monaten und Jahren sehr kontrovers diskutiert worden: Bauen wir diese Schulen per se nach Passivhausstandard, oder begnügen wir uns mit einer EnEV 2009 oder möglicherweise demnächst nach EnEV 2013, oder gibt es einen Mittelweg, der da heißt: Kölner Standard?

Wir haben uns jetzt erstmalig nach durchaus langem Ringen, nach intensiven Debatten und Workshops auch innerhalb der Verwaltung - daran war nicht nur die Gebäudewirtschaft beteiligt, auch das Rechnungsprüfungsamt und das Schulamt waren mit einbezogen und externer Sachverstand wurde hinzugezogen - einvernehmlich auf ein Kriterienraster verständigt, was ein bisschen feiner an diese Dinge herangeht und von Fall zu Fall auch zu sehr unterschiedlichen Standards kommt. Da gibt es Schulen, die saniert werden müssen, und da gibt es Neubauten. Nicht immer kann man das über einen Kamm scheren. Insofern gehen diese Vorlagen jeweils auf eine relativ differenzierte Betrachtung zurück.

Ob das am Ende aller Tage schon die allgültige Matrix ist oder ob wir sie in den kommenden Jahren noch ein Stück weit verfeinern müssen, sei dahingestellt. Ich glaube, es gibt ein paar Parameter, die man noch einpreisen muss. Aber wir sind eigentlich ganz zufrieden, dass wir jetzt einen objektiven Bewertungsmaßstab haben, an dem wir das messen können, und uns nicht von Schule zu Schule immer wieder in diesen Grundsatzdebatten verlieren. Es war mir ein Anliegen, das im Vorfeld der nun folgenden Abstimmung über dieses Paket zum Ausdruck zu bringen. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Jetzt die Wortmeldung von der FDP.

**Dr. Rolf Albach (FDP):** Meine Damen und Herren! Klimaschutz ist ein Thema, das wir gerne in der Piazzetta diskutieren, aber ganz selten mal hier. Deswegen will ich hier das Wort ergreifen und sagen, dass dieses Thema auch

hierhin gehört, statt es, wie es vielleicht viele hier gemacht hätten, einfach durchzuwinken.

Ich werde in acht Wochen fünf Kinder in zwei Kölner Schulen haben. Beide Schulen warten auf Neubauten. Keine der Schulen ist eine von denen, über die hier heute abgestimmt werden soll. Trotzdem sind auch diese beiden Schulen betroffen, weil in der Zeit, in der die Gebäudewirtschaft umplant, auch diese beiden Schulen und viele, viele andere - Herr Höing hat vom Sanierungsstau gesprochen - natürlich weiter darauf warten müssen. Die Gebäudewirtschaft hat ja nicht unendlich viele Mitarbeiter. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gebäudewirtschaft, die jetzt in die Ehrenrunde geschickt werden, können in dieser Zeit natürlich diese beiden Schulen, aber auch die vielen, vielen anderen Schulen im gesamten Stadtgebiet, die betroffen sind, nicht beplanen.

Meine Tochter, zwölf Jahre alt, fragte mich mal, warum wir diese Dinge hier verabschieden. Daher halte ich jetzt ein paar Abschiedsworte auf die Standardisierung unserer Bauplanung. Wenn wir über Bauplanung reden, sprechen wir über drei Aspekte von Standardisierung, nämlich über Quantität, Qualität und Geschwindigkeit.

Über die Quantität reden wir hier eigentlich gar nicht. Frau Gordes hat das in der Sitzung des Schulausschusses angesprochen. Eigentlich ist das der größte Hebel, den man ansetzen kann. Der Energiebericht der Gebäudewirtschaft sagt ganz klar: Energiekosten gehen über Gebäudevolumen; die Kosten gehen genauso darüber. Das heißt: An die Größenstandards gehen wir hier nicht heran; die diskutieren wir offensichtlich nicht.

Auch an die Standards der Qualität wie Ästhetik, Design und Infrastruktur wollen wir nicht herangehen.

Offensichtlich will die Ratsmehrheit ausschließlich an die Standards der Gebäudetechnik herangehen. Das soll es offensichtlich bringen - und das in einem Land, das von der modernen Technik und von Hightech lebt, das vor allem auch im Maschinenbau von der Kunst der Ingenieure und Schlosser lebt, die früher schon den Fortschritt nach Deutschland gebracht haben und eigentlich mal die Klientel der SPD gewesen sind. An diese Technik will man nun heran, damit wir unseren Haushalt sanieren können. Das kann ich einfach nicht glauben.

Auch vom Umweltschutz verabschieden wir uns hier. Wir reden hier von Passivhäusern, aber nicht in einer dieser Vorlagen, die uns jetzt zur Abstimmung vorliegen - ich rede speziell von 10.24, 20.26, 10.30, wo wir ganz offensichtlich unterschiedlicher Meinung sind -, wird an irgendeiner Stelle die Brücke geschlagen zu SmartCity oder zum Integrierten Klimaschutzkonzept. Klimaschutz gibt es in Köln offensichtlich nur dann, wenn er nichts kostet oder von der RheinEnergie oder der EU bezahlt wird.

Die heutigen Entscheidungen werden Tausende von Kölnerinnen und Kölnern betreffen. Das liegt daran, meine Damen und Herren, dass Sie nicht nur bei den Baustandards sparen wollen; darüber kann man ja mit uns reden. Woran Sie sparen wollen, ist die dritte Achse, nämlich an der Geschwindigkeit. Das heißt, Sie schicken jede Menge Kinder, die im Augenblick in irgendwelchen Containern lernen, in eine Ehrenrunde, weil Sie mit Ihrem Beschluss heute befinden, dass sie dort noch ein Jahr länger bleiben können. Und das ist das, was wir hier kritisieren. Wir wollen hier die Lösungen unterstützen, die dafür sorgen, dass die Kinder möglichst schnell wieder in vernünftigen Schulen lernen können.

(Beifall bei der FDP)

Der Begriff „Entschleunigung“ mag bei vielen oder bei einigen von Ihnen eine durchaus positive Bedeutung haben. Bei uns nicht und auch nicht bei den Kindern, die im Augenblick darauf warten, Mensen für den Ganzttag oder einen Konzertsaal oder Musikraum zu bekommen, und auch nicht bei den Eltern und bei den Lehrkräften, die genauso darauf warten.

Entschleunigung führt zu Mehrkosten. Im Baubereich kommt es zu 4 bis 5 Prozent Mehrkosten pro Jahr. Das heißt, bei Projekten, bei denen es nur einen Unterschied von 5 oder 6 Prozent zwischen der schnellsten und der billigsten Variante gibt, werden Sie gar nichts gewinnen. Das Projekt wird dann ein Jahr später fertig, allerdings zu den gleichen Kosten, wie Sie sie jetzt bestimmen, einfach deswegen, weil die Inflation den Zeitgewinn und das, was Sie glauben, einsparen zu können, auffrisst. Auch wir wissen, dass ein Unterschied von 10 Prozent Unterschied zu hoch ist. Aber es gibt viele Projekte, bei denen sich die Varianten nur um 5, 6 oder 7 Prozent unterscheiden. Wenn der neue Energiestandard 2013/2014 in Kraft tritt, werden wir noch mal nachplanen, noch mal eine Runde drehen, noch mal länger warten, bis das kommt,

noch mal eine Runde durch die Inflation drehen. Das ist wie bei der KMB. Wenn es wirklich nur um ein paar Prozent Unterschied geht, macht es Sinn, schnell zu sein, wenn wir das denn wirklich haben wollen.

Das ist das, was ich eigentlich sehe, wenn Sie hier darauf verweisen, das sei dem Haushalt geschuldet. Nein, Haushalt ist nur ein anderer Begriff dafür, dass Sie bei 3 Milliarden Euro Einnahmen andere Prioritäten setzen wollen als die Kinder, die auf neue Gebäude warten. Die Kinder erwarten von uns Beschleunigung und nicht Entschleunigung. Lassen Sie sich nicht von dem Noch-mal-überlegen-Virus anstecken, den Ralph Sterck in seiner Haushaltsrede hier diagnostiziert hat. Ich bitte Sie dringend, auch für die drei von mir genannten Projekte: Lassen Sie den Finger vom politischen Reset-Knopf! - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen dann zur Abstimmung. Ich sage es noch einmal: Abstimmung wie Beschlussvorlage der Verwaltung. Sie ist im Ausschuss für Schule und Weiterbildung, im Betriebsausschuss, in den Bezirksvertretungen und im Finanzausschuss so behandelt worden.

Ich sehe noch eine Wortmeldung. Bitte.

**Lutz Tempel (SPD):** Danke. Ich mache es auch von hier aus. - Ich will ein paar Dinge richtigstellen, zunächst aber Folgendes sagen: Wir haben uns in den Ausschüssen dafür bedankt, dass die Verwaltung ein recht umfangreiches Konzept vorgelegt hat, nach dem wir in Zukunft Schulen bewerten können. Wir haben gesagt: Wir fühlen uns mit diesem neuen Konzept viel sicherer als vorher, als wir einfach so entschieden haben: Wir bauen mal so.

Nun zu den Dingen, die man hier schon zurechtrücken muss. Eben wurde von einer Umplanungszeit von einem Jahr geredet. Das ist schlichtweg falsch. In den Vorlagen steht: teilweise - das ist richtig - sechs oder acht Monate. Es wurde im Ausschuss aber auch gesagt: Bei einigen Schulen sind es sechs Wochen.

Im Übrigen müsste Ihnen bekannt sein, dass sich, wenn man ein Passivhaus mit Lüftungsanlagen baut, die Bauzeit verlängert. Das heißt, das, was Sie am Anfang an

Planungszeit verbraten, ziehen Sie hinterher durch die schnellere Bauzeit wieder ab. Das heißt, die Schulen werden wahrscheinlich zum gleichen Zeitpunkt fertig.

Jetzt noch zu einem anderen Aspekt, den Sie angesprochen haben, nämlich: Wir machen jetzt EnEV 2009 und in 2014 planen wir wieder um. - Gültig ist der Bauantrag. Wenn der Bauantrag dieses Jahr mit EnEV 2009 eingereicht wird, dann gilt die auch, und zwar auch dann, wenn die EnEV 2014 nachträglich kommt. Da gibt es keine weitere Umplanung.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. Vielen Dank, Herr Tempel.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer gegen diese Vorlage zu 10.24 ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.25:

**10.25 Neubau Hilde-Domin-Schule, Schule für Kranke, Florentine-Eichler-Str., 51067 Köln-Holweide 3563/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? -

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wie Finanzausschuss?)

- Da ist alles einstimmig so beschlossen worden.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Eben nicht!)

- Es ist im Finanzausschuss einstimmig beschlossen worden. Dann müssen Sie bitte Ihre Unterlagen aktualisieren.

Jetzt noch einmal: Wer gegen den Beschlussvorschlag 10.25 ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Auch Herr Klipper ist nicht dagegen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.26:

**10.26 GTS Erweiterung Apostelgymnasium, Biggestr. 2, 50931 Köln Baubeschluss 0642/2013**

Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.28:

**10.28 Neubau einer Ganztageserweiterung für die Johann-Bendel-Realschule, Danzierstr. 146 a, 51063 Köln- Mülheim Weiterplanungsbeschluss 1569/2013**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So angenommen.

Jetzt kommen wir zu Tagesordnungspunkt 10.29:

**10.29 Beendigung der Beteiligung von moderne stadt an den Krankenhausgesellschaften 2342/2013**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Wir kommen wieder zum Bereich Schule. Tagesordnungspunkt 10.30:

**10.30 Neubau einer Ganztageserweiterung für die Geschwister-Scholl-Realschule Gravenreuthstr.10, 50823 Köln Baubeschluss 0050/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir auch darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann so mehrheitlich beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.31:

**10.31 GT-Erweiterung Heinrich-Mann-Gymnasium, Fühlinger Weg 4, 50765 Köln-Volkhoven/Weiler Baubeschluss 0751/2013**

Es geht um die Alternative 2, Abstimmung wie Betriebsausschuss. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann auch so einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.33:

**10.33 Einbringung des Clouth-Geländes in die moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH 2021/2013**

**Zusatz- und Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu TOP 24.5**

**AN/0980/2013**

(Zurufe von der FDP)

- Nein. Dann haben Sie anfangs nicht richtig zugehört. - Wir hatten vereinbart, an dieser Stelle der Tagesordnung eine allgemeine Diskussion zur Situation auf dem Clouth-Gelände zu führen. Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir die eigentlichen detaillierten und operativen Diskussionen im nichtöffentlichen Teil führen werden. Aber wir hatten zu Beginn der Sitzung vereinbart, das, was möglich ist, öffentlich zu behandeln.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Dr. Heinen.

**Dr. Ralf Heinen** (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie vom Oberbürgermeister gesagt, im nichtöffentlichen Teil werden wir über eine Vorlage zur Binnenwirkung der Ratsbeschlüsse beraten, die sich auf das Clouth-Gelände beziehen. In der Diskussion jetzt - ich nehme an, deswegen hat sich Herr Dr. Elster gemeldet - wird es um die Frage der Nutzung von Gebäudeteilen auf dem Clouth-Gelände gehen.

Wir werden in den Beschlüssen, die im nichtöffentlichen Teil anstehen, einige Beschlüsse aufgrund der Binnenwirkung, die dann diskutiert werden kann, zurücknehmen. Uns war es aber wichtig - da sehe ich zumindest eine gewisse Ähnlichkeit zum Antrag der CDU -, in dem Teil, in dem es um die Künstler geht, eine Präzisierung vorzunehmen. Die beiden Anträge zu diesem Teil liegen Ihnen ja als Tischvorlage vor.

Der erste Punkt, der in dem Antrag der CDU angeführt wird, ist schon erfüllt. Es geht um die Halle 10 bzw. um die Halle 29. Der Wunsch, den Künstlern auch die Halle 29 anzubieten, ist schon längst erfüllt. Deswegen haben wir von Rot-Grün den Antrag erweitert und möchten, bezogen auf die dann nicht mehr obsoletere Halle 10, eine künstlerische Nutzung für die Halle 29 festschreiben - das geht also einen Schritt weiter - sowie die Bedingungen, die wir in dem entsprechenden Antrag 2010 festgelegt haben, dann auch auf die Halle 29 anwenden.

Die inneren Angelegenheiten, die sich nachher auf den Erbpachtzins beziehen, sind natürlich Angelegenheiten der Vertragspartner, sprich: der dort ansässigen Künstler bzw. derjenigen, die

dort ansässig werden wollen, und der Gesellschaft „moderne stadt“.

Unser Antrag ist auf jeden Fall weitgehender. Die Punkte in dem Antrag, den die CDU gestellt hat, sind schon erfüllt. Wir haben sie aber trotzdem in unseren Antrag mit aufgenommen. Fest steht auf jeden Fall, dass die Halle 29 für eine dauerhafte Nutzung bereitstehen soll. - So weit zur allgemeinen Information, ohne in die speziellen Details zu gehen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Dr. Elster, bitte.

**Dr. Ralph Elster** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist schon interessant, wie heute hier gearbeitet wird. Wir haben einen Antrag eingebracht, der wirklich wortwörtlich das zitiert, was Rot-Grün vor zwei Jahren beantragt hat, um die Nutzung der Halle 10 durch Künstler des CAP-Projekts zu diskutieren. Wegen der Dinge, die nachher noch zu verhandeln sind, und wegen der Schwierigkeiten mit der Halle 10 haben wir das jetzt auf die Halle 29 übertragen. Das heißt, all das, was vor zwei Jahren in Bezug auf die Halle 10 beschlossen worden ist, soll jetzt für die Halle 29 gelten.

Das reicht Ihnen aber nicht. Ihr eigener Antrag quasi reicht Ihnen nicht; denn Sie formulieren unseren Antrag, der Ihren Antrag zitiert, noch einmal um, um hier einen eigenen rot-grünen Antrag einzubringen. Das ist wirklich - Frau Welcker hat es vorhin schon mal angesprochen - einfach fantastisch. Diese Übungen lieben wir. Das ist wirklich grandios. Statt unserem Antrag einfach mal zuzustimmen und den Gordischen Knoten, den es offensichtlich zwischen der Verwaltung, der Entwicklungsgesellschaft und den Künstlern gibt, mit der Zustimmung zu diesem Antrag ein bisschen zu lockern und die Gespräche wieder in Gang zu bringen, legen Sie einen eigenen Antrag vor, der faktisch die gleiche Intention hat, und erklären hier lang und breit, worin der Unterschied besteht - und das einfach nur, um einem Antrag, der von der CDU kommt, nicht zustimmen zu müssen. Das ist wirklich interessant.

Zur Sache will ich noch zwei Sachen sagen. Wir haben hier ein B-Plan-Verfahren laufen. Wir sind uns hier einig gewesen. Wir haben hier einstimmig einen Beschluss gefasst, der die

Intention hatte, das CAP-Projekt, das Cologne-Atelierprojekt, am Leben zu lassen und es eben auch auf dem Clouth-Gelände zu verorten. Das war ein einstimmiger Beschluss. Der kann auch nicht, liebe Frau Berg, in einem nichtöffentlichen Verfahren mal eben so zur Seite gewischt werden. Darüber muss zumindest einmal in öffentlicher Sitzung verhandelt werden. Wie Sie jetzt auch anhand der Änderungsanträge feststellen, ist der Rat immer noch der Meinung, dass er das Cologne-Atelierprojekt dort auf dem Clouth-Gelände beheimatet wissen will.

Ein Zweites: Wenn die Vorlage schon im nichtöffentlichen Teil behandelt wird, dann hätten wir ganz gerne Vorlagen, die wirklich sachgerecht sind und die uns vorbereiten. Wir haben das heute im Rat schon mehrmals angesprochen. Wir sind Feierabendpolitiker und wir kriegen hier Dinge vorgelegt, meine Damen und Herren, auf die wir uns normalerweise verlassen können müssen.

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich wehre mich dagegen, als Feierabendpolitikerin bezeichnet zu werden!)

Es ist nicht unsere Aufgabe, der Verwaltung hinterherzurecherchieren. So wird in der Vorlage in Bezug auf die Halle 10 und den dort bestehenden Schwierigkeiten das Gutachten eines Wirtschaftsprüfers zitiert, das eindeutig belegt, dass ebendieses Cologne-Atelierprojekt die Halle nicht mehr nutzen kann. Dazu möchte ich jetzt mal aus diesem Gutachten zitieren, und zwar den letzten Passus:

Wir weisen darauf hin,

- also die Wirtschaftsprüfer -

dass unsere Ausführungen in dem Gutachten das Ergebnis unserer Diskussion

- mit der Entwicklungsgesellschaft -

zusammenfassen. Sie sind nicht das Ergebnis von Prüfungshandlungen und sind daher nicht als Bestätigung der dargestellten Fakten zu verstehen.

Meine Damen und Herren, ein solches Gutachten wird uns von der Liegenschaftsverwaltung als Beleg dafür vorgelegt, dass das, was der Rat hier einstimmig beschlossen hat, nicht durchführbar ist. Das wollen wir hier nicht.

Deswegen bringen wir diesen Änderungsantrag ein. Ich frage mich, warum es zwei gleichlautende Änderungsanträge geben muss. Es wäre sicherlich sinnvoller, wir würden einen Änderungsantrag daraus machen und dann über diesen gemeinsamen Änderungsantrag abstimmen.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Bleiben Sie bitte noch einen Moment hier! Herr DR. Heinen möchte Ihnen noch eine Frage stellen.

**Dr. Ralf Heinen (SPD):** Herr Elsner - -

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Elster!

**Dr. Ralf Heinen (SPD):** Elster! Entschuldigung! Herr Dr. Elster - -

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Herr Dr. Heinen!

(Heiterkeit)

**Dr. Ralf Heinen (SPD):** Jetzt haben wir schon wieder ein etwas besseres Klima.

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Wir haben immer ein gutes Klima.

**Dr. Ralf Heinen (SPD):** Sie sind ja im Thema drin und wissen, warum ich das zu Ihrem Antrag gesagt habe. Sie wissen sicher, dass die Künstler zu vielen Fraktionen Kontakt aufgenommen und auch Gespräche in der Sache geführt haben, weil sie dort nicht weiterkamen. Sie wissen sicher auch - vielleicht können Sie mir das bestätigen -, dass mit der Gesellschaft „moderne stadt“ schon längst Gespräche bezüglich der Nutzung der Halle 29 aufgenommen worden sind. Die Gesellschaft selbst hat die Halle 29 schon angeboten. Das heißt doch, wir sind diesen Schritt schon längst gegangen.

Wir möchten - und das ist der Schritt, der weiter geht als Ihr Antrag - jetzt auch festschreiben, dass diese Halle 29 eine solche Nutzung bekommt. Das ist eine ganze Ecke mehr als

vorher, weil wir ja nachher im nichtöffentlichen Teil Rücknahmebeschlüsse fassen werden. Also sind wir einen ganzen Schritt weiter.

Deswegen wollte ich Ihnen noch einmal klar sagen: Wir sind zwar auf dem gleichen Weg, um das zu erreichen, was wir wollen; aber die Sache, dass das nicht bekannt war und es jetzt hopplahopp gehen soll, stimmt überhaupt nicht. Wir alle wissen, dass diese Gespräche längst geführt worden sind, dass auch die Gespräche für die Nutzung der Halle 29 im Gange sind

(Winrich Granitzka [CDU]: Für andere Künstler!)

und dass sich auch die Künstler schon darauf vorbereiten. Dass es dort jetzt Schwierigkeiten gibt, ist eine andere Frage. Aber generell geht es um den allgemeinen Beschluss, die Stärkung für uns und für die Künstler, dass wir die Halle 29 generell für eine solche Nutzung vorhalten wollen, auch wenn das Wort „generell“ jetzt sicherlich zu oft fiel.

**Dr. Ralph Elster** (CDU): Das ist die Heinen'sche Dialektik. - Im Prinzip ist es doch jetzt so: Wir haben Ihren alten Antrag jetzt noch einmal eingebracht, nur dass wir uns in unserem Antrag nicht auf die Halle 10, sondern, wie man lesen kann, auf die Halle 29 beziehen. Ihr damaliger Antrag übertrug im Prinzip die virtuelle Baulast, also Kunst- und Atelierprojekte, von der Halle 25 auf die Halle 10 und schrieb für die Halle 10 die Kunst- und Ateliernutzung generell fest. Genau den gleichen Antrag stellen wir jetzt, nur bezogen auf die Nutzung der Halle 29. Das heißt, wir machen genau das Gleiche, was Sie gemacht haben. Deswegen ist das hier ein Reden um des Kaisers Bart. Ich denke, wir sollten schlicht und ergreifend daraus jetzt einen gemeinsamen Antrag machen und diesen gemeinsam jetzt im Rat beschließen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Herr Elster, darf ich Ihnen auch eine Frage stellen?)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja, bitte.

**Winrich Granitzka** (CDU): Herr Dr. Elster, können Sie bestätigen, dass der Geschäftsführer von „moderne stadt“ uns gestern gesagt hat, dass die Halle zwar für Künstler zur Verfügung steht, aber nicht explizit für diese Künstler, sondern allgemein für Künstler. Sie haben jetzt in Ihren Antrag - das finden wir gut - auch die CAP-

Künstler aufgenommen. Das war vorher bei „moderne Stadt“ nicht der Fall. Das ist uns gestern noch so gesagt worden. Meine Frage an Herrn Dr. Elster: Können Sie das bestätigen, damit auch Sie, meine Damen und Herren, das zur Kenntnis nehmen können?

(Heiterkeit)

**Dr. Ralph Elster** (CDU): Ich kann das bestätigen, Herr Granitzka.

(Winrich Granitzka [CDU]: Gut!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Berg, bitte.

**Beigeordnete Ute Berg:** Ich will jetzt nur ganz kurz auf Herrn Dr. Elster antworten, weil er mich ja nicht nur jetzt persönlich angegriffen hat, sondern auch in einer Pressemitteilung alles Mögliche skandalisiert hat. Ich möchte das Ganze jetzt einmal versachlichen.

Der Rat hat am 27. März 2012 entschieden, die sechs Ratsbeschlüsse, die im Hinblick auf das Clouth-Gelände gefasst worden sind, von einem Gutachter monetär bewerten zu lassen. Das haben Sie entschieden. Dieses Gutachten liegt seit März 2013 vor. Wir waren verpflichtet, Ihnen das innerhalb eines halben Jahres vorzustellen. Das wäre in der nächsten Ratssitzung nicht mehr möglich gewesen, weil dann schon mehr als ein halbes Jahr vergangen wäre.

Es ist so - vielleicht hören Sie wenigstens jetzt mal zu; Sie haben ja diese Pressemitteilung so mit Unwahrheiten gespickt, dass ich Sie jetzt bitte, wirklich mal zuzuhören, wenn man darauf antwortet -:

(Beifall bei SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Innerhalb eines halben Jahres nach dem Eingang des Gutachtens muss der Rat entscheiden. Jeder einzelne Beschluss ist von dem Gutachter monetär bewertet worden. Einige dieser Beschlüsse haben sich schon insofern erledigt, weil sie bereits umgesetzt sind; das heißt, da besteht kein Handlungsbedarf und auch kein Bewertungsbedarf mehr.

Die Vorlage ist so aufgebaut, dass wir empfehlen, vier der sechs Ratsbeschlüsse entweder als erledigt zu betrachten, weil sie

schon umgesetzt sind, oder sie nicht zu fassen, weil sie erhebliche - ich darf ja jetzt die Zahlen nicht nennen - finanzielle Auswirkungen hätten. Für zwei Beschlüsse empfehlen wir, sie durchzusetzen. Das bezieht sich auf die Wohnbebauung dort und auch darauf, dass 30 Prozent geförderter Wohnungsbau dort stattfinden soll.

Das heißt, wir haben uns ganz genau an das gehalten, was der Rat uns aufgegeben hat. Wie Sie diese Vorlage jetzt bewerten, das ist natürlich Ihre Aufgabe. Sie können entscheiden: Ja, wir machen das so. Oder Sie können entscheiden: Nein, wir machen das nicht so. Aber jetzt die Verwaltung dafür zu verprügeln, ist ein bisschen billig. Für diese Sprüche, wie sie in der Pressemitteilung stehen, würde ich mich an Ihrer Stelle schämen.

(Zuruf von der CDU: Hey, hey, hey!)

Sie werfen uns darin infames Verhalten vor. Bei aller Liebe: Auch wenn ich Verwaltung bin und ich mich daran gewöhnen muss, dass man sich hier alles Mögliche bieten lassen muss, aber das lasse ich mir nicht gefallen.

(Zustimmung bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen - Ralph Elster [CDU]: Sie haben Gutachten vorgelegt, die keine sind! Wir müssen uns auch alles Mögliche bieten lassen! - Dr. Ralf Heinen [SPD]: Regt euch nicht so künstlich auf!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Warum heben wir Ratsbeschlüsse auf? Im Grundsatz werden sie deshalb aufgehoben, weil aus den vertraglichen Regelungen Zahlungsverpflichtungen aus dem Stadthaushalt entstehen gegenüber der Projektentwicklungsgesellschaft. Ich denke, das kann man in der Allgemeinheit sagen. Nicht aufgehoben werden Inhalte, weder die Inhalte, die sich auf den öffentlich geförderten Wohnungsbau und die gesamten Rahmenregelungen beziehen, noch das städtebauliche Rahmenkonzept. Das bleibt weiterhin bestehen. Das städtebauliche Rahmenkonzept, das auch die Grundlage für den B-Plan war, beinhaltet eine kulturelle Nutzung, nämlich Ateliers. Das lässt sich dort

nachlesen. Darauf hat dann später der Ratsbeschluss aufgesetzt, den SPD und Grüne am 14. Dezember 2010 initiiert haben, nämlich - zum damaligen Zeitpunkt -:

- Die Überlassung der „Halle 10“ erfolgt unsaniert im jetzigen Zustand im Wege des Erbbaurechts.
- Die Erbbaurechtsnehmer verpflichten sich, auf eigene Kosten und unter Beachtung der behördlichen Auflagen das Objekt zu sanieren und zu erhalten. Diese Eigenleistungen sind bei den Erbpachtkonditionen ... zu berücksichtigen.

Ich kann das zitieren; denn das war ein öffentlicher Beschluss.

Wir haben jetzt die Situation, dass mit CAP bereits seit Mitte des letzten Jahres Verhandlungen geführt worden sind und diese Verhandlungen sich im Spätherbst letzten Jahres konzentriert haben auf die Halle 29, nicht auf die Halle 10. Das heißt, es ist auch das Interesse der Künstlergemeinschaft, die Halle 29 zu nutzen. Jetzt geht es darum, zum Ersten noch einmal ausdrücklich festzuhalten, dass die Halle 29 für eine dauerhafte kulturelle Nutzung vorzusehen ist, und zwar unabhängig davon, wer letztendlich der Vertragspartner ist - das kann ja auch jemand anders sein, der auch eine künstlerische Nutzung, also eine Nutzung als Atelier, haben möchte -, und zum Zweiten sollen die entsprechenden Gespräche - das kann natürlich nur die Geschäftsführung von „moderne stadt“ - mit dem Verein CAP fortgeführt werden, und zwar auf Basis der Rahmenbedingungen aus dem damaligen Ratsbeschluss 2010, die ich eben zitiert habe.

Das sagt vor allem aus, dass der Beschluss zwei Teile beinhaltet, nämlich den Grundsatz, dass diese Halle für diese Nutzung da sein soll, und im Speziellen, dass die Verhandlungen fortgeführt werden. Und in den beiden Punkten ist unser Antrag dann tatsächlich weitergehend als der Text, den Herr Elster vorgelesen hat.

(Beifall bei SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin in dem Thema auch ein bisschen drin, aber es wird jetzt schon etwas unübersichtlich. Es ist schon eine Diskussion für Feinschmecker, um festzustellen, was jetzt richtigerweise beschlossen werden soll.

Ich bin sehr froh, dass wir uns einig sind - das belegen alle Redebeiträge hier -, dass wir die künstlerische Nutzung wollen, und zwar insbesondere auch in der Halle 29, die jetzt favorisiert wird. Dass wir jetzt von der Halle 10 wegkommen, tut der Gesamtentwicklung auf dem Clouth-Gelände, glaube ich, sehr gut. Dadurch, dass es vonseiten der Künstler eine Grundbereitschaft gibt, die Halle 29 zu nutzen, bin ich da eigentlich sehr optimistisch.

Jetzt stellt sich die Frage: Wie gehen wir mit den beiden Anträgen um? Ich meine, diese Sitzung dauert ja erst sechs Stunden. Es gab wohl keine Gelegenheit, dass sich die Herren Doktoren innerhalb dieser sechs Stunden mal in einer Ecke kurz zusammensetzen, um etwas gemeinsam zu formulieren. Dann hätte man sich das Streitgespräch jetzt sparen können.

Beide Anträge tragen das Datum 18. Juli. Deswegen kann ich jetzt nicht sagen: Der Antrag der CDU oder der Antrag von SPD und Grünen ist früher eingegangen, wobei ich Rot-Grün durchaus auch unterstellen würde, dass ihr gern mal, um euren eigenen Briefkopf zu nutzen, das Gleiche beantragt, was andere auch beantragen. Aber es wäre böse, wenn ich euch das unterstellen würde.

Nach der Debatte und nachdem ich mir die Anträge genauer angeschaut habe, muss ich allerdings Folgendes sagen: Herr Elster hat natürlich einen klugen Schachzug gemacht, indem er den damaligen Antrag von der SPD - so etwas machen wir auch schon mal - genutzt hat. Dabei hat er aber leider vergessen, dass sich seitdem schon etwas getan hat. Deswegen muss ich jetzt leider sagen: Das, was Sie in Ihrem Antrag fordern - das letzte Wort ist das Entscheidende, nämlich „anzubieten“ -, hat eigentlich schon stattgefunden.

(Winrich Granitzka [CDU]: Nein!)

- Doch. Die „moderne stadt“ hat den Künstlern die Halle 29 angeboten. Das hat stattgefunden.

(Winrich Granitzka [CDU]: Nein! Das kann auch Herr Klipper bestätigen!)

- Doch. Ich bin da nur im Aufsichtsrat. Das haben mir die Künstler auch bestätigt. Es gibt dafür

auch schon ein Konzept. Das ist angeboten worden. Deswegen - das muss ich sagen - ist der Antrag der CDU, so geschickt er war, leider schon erledigt.

Uns hilft heute nur die Formulierung weiter, die SPD und Grüne gebracht haben. Den Wettbewerb haben Sie vielleicht nicht von der Geschwindigkeit, aber vom Inhalt her gewonnen. Deswegen würden wir im Sinne der Künstler entscheiden. Wir hoffen, dass das nachher auch so realisiert wird. Das ist ja durchaus noch schwierig; das steht ja auch in dem Antrag. Es gibt noch ein gewisses Delta, über das wir jetzt nicht sprechen dürfen, zwischen dem, was sich die Gesellschaft vorstellt, und dem, was die Künstler vielleicht erfüllen können. Ich hoffe, dass wir am Ende ein gutes Ergebnis erzielen und die Künstler in der Halle 29 unterbringen können. Den Weg dorthin weist der Antrag von SPD und Grünen, und dem werden wir zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Weisenstein.

**Michael Weisenstein** (Die Linke.): Ich habe eine Frage an die Verwaltung. - Es geht ja auch in dieser Geschichte darum: Was können die Künstler tatsächlich an Geld beschaffen, um in die Halle 29 zu ziehen?

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Die Verwaltung hat ja die Möglichkeit, darauf zu antworten. Da brauche ich jetzt keinen Zwischenruf von den Grünen, sondern die Verwaltung kann ja sagen: Dazu möchten wir nichts sagen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, sicher. Aber ich kann mich auch dagegen wehren.

Also: Ich habe eine Frage an die Verwaltung und nicht an die Fraktion der Grünen, nämlich: Besteht eine große Differenz zwischen dem, was sich „moderne stadt“ vorstellt, was sie von den Künstlern zu bekommen hat, und dem, was die Künstler tatsächlich erwirtschaften und dort einbringen können?

Dann noch eine Folgefrage: Ist es denn dann überhaupt realistisch, momentan darüber zu

diskutieren, dass die Künstler vom CAP in die Halle 29 einziehen können? Das ist doch die eigentliche Frage, die sich hier stellt.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich will noch einmal darauf hinweisen: Wir befinden uns im öffentlichen Teil der Sitzung. Solche Beurteilungen und Bewertungen kann man natürlich nur abgeben, wenn man eine entsprechende Finanzbasis hat.

(Zuruf von Michael Weisenstein  
[Die Linke.]

- Ja, ich bin die Verwaltung.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Dann  
beantworten Sie meine Frage!)

- Die können wir gerne im nichtöffentlichen Teil beantworten, aber nicht jetzt. Sonst würden wir uns auf unseriöses Terrain begeben.

Ich meine, wir sollten es jetzt dabei belassen. Wir haben gleich noch im nichtöffentlichen Teil Zeit, all diese Fragen auch ganz dezidiert zu beantworten. Wir werden dann im nichtöffentlichen Teil über diese Anträge abstimmen.

Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 11.1 auf:

**11.1 173. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz**  
**Arbeitstitel: "Norderweiterung der Industrieflächen des Airport-Business-Parks" in Köln-Porz-Gremberghoven**  
**hier: Feststellungsbeschluss**  
**2015/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - So einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.2:

**11.2 188. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 1, Köln-Innenstadt**  
**Arbeitstitel: "Rheinparkhallen/Staatenhaus" in Köln-Deutz**  
**hier: Feststellungsbeschluss**  
**2016/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei

Enthaltung der Fraktion Die Linke ist das angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 11.3:

**11.3 185. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 1, Köln-Innenstadt**  
**Arbeitstitel: "Messe City" in Köln-Deutz**  
**hier: Feststellungsbeschluss**  
**2013/2013**

Dazu gibt es ebenfalls keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 12:

## **12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 75395/02**  
**Arbeitstitel: Hertzstraße in Köln-Porz**  
**1204/2013**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 60439/04**  
**Arbeitstitel: Willi-Lauf-Allee in Köln-Junkersdorf**  
**1349/2013**

Abstimmung wie im StEA. - Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen, wie im StEA beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 12.3:

**12.3 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 68360/05**  
**Arbeitstitel: Gewerbegebiet östlich Claudiusstraße in Köln-Immendorf**  
**1456/2013**

Abstimmung wie Anlage 9. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.4:

**12.4 Beschluss über die Einleitung sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 6250/04**  
**Arbeitstitel: Gewerbe- und Medienpark Ossendorf in Köln-Ossendorf, 5. Änderung Spielplatz Butzweilerhof 1806/2013**

Abstimmung wie Vorlage. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.5:

**12.5 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7048/02**  
**Arbeitstitel: Stadtteilzentrum Berliner Straße in Köln-Mülheim 2226/2013**

Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann so angenommen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 13:

**13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen**

Zu Tagesordnungspunkt 13.1:

**13.1 Aufhebung des Durchführungsplanes A Nummer 75439/02 (Teilaufhebung) - Satzungsbeschluss -**  
**Arbeitstitel: Am Ziegelfeld in Köln-Rath/Heumar 1960/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 16:

**16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

**16.1 232. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen**

**1445/2013**

Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.2:

**16.2 233. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 1894/2013**

Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln ist dagegen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. So angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 17:

**17 Wahlen**

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

**17.1 MÜLHEIM 2020 hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für den Veedelsbeirat 1648/2013**

Karl-Heinz Frebel soll dafür bestimmt werden. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So benannt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

**17.2 Neuwahl eines Stellvertreters für den Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde 1793/2013**

Frau Angelika Burauen ist benannt worden. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann so gewählt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

**17.3 Nachbesetzungen im Unterausschuss Ganztage 1825/2013**

Es werden vorgeschlagen: Frau Silvia Empacher und Frau Sibylle Klings. - Ich sehe keine Gegenstimmen und auch keine Enthaltungen. So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

**17.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend Neuwahl eines Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss**

**AN/0954/2013**

Als Nachfolgerin für Frau Schlitt wird Frau Svenja Rabenstein als Sachkundige Bürgerin und anstelle von Herrn Peil wird Herr Lino Hammer als stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss vorgeschlagen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das ebenfalls so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

**17.5 Antrag der CDU-Fraktion  
hier: Neubenennung eines  
stellvertretenden Vorsitzenden im  
Wirtschaftsausschuss  
AN/0966/2013**

Die CDU-Fraktion benennt Herrn Klaus Koke anstelle von Herrn Herbert Gey. Keine Wortmeldungen? Das nehmen wir dann so zur Kenntnis.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

**17.6 Benennung von Sachkundigen  
Einwohnerinnen und Einwohner für die  
Ausschüsse des Rates  
2364/2013**

Felicitas Vorpahl-Allweins ist benannt. Ist jemand dagegen? - Enthaltungen? - Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

**17.7 Antrag der FDP-Fraktion  
hier: Benennung eines Sachkundigen  
Einwohners im Ausschuss für  
Anregungen und Beschwerden  
AN/0941/2013**

Vorgeschlagen wird Herr Stephan Wieneritsch als Sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden. Gibt es da Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Beides nicht der Fall. Also angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

**17.8 Antrag der FDP-Fraktion  
hier: Benennung eines Stellvertretenden  
Sachkundigen Einwohners im  
Jugendhilfeausschuss  
AN/0976/2013**

Vorgeschlagen wird Herr Fardad Hooghoughi. Ist jemand dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist er benannt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

**17.9 Antrag der Fraktion Die Linke.  
hier: Benennung eines Mitglieds mit  
beratender Stimme für den  
Verkehrsausschuss  
AN/0973/2013**

Anstelle von Herrn Arenz wird das Ratsmitglied Frau Gisela Stahlhofen mit beratender Stimme im Verkehrsausschuss benannt. - Keine Gegenstimmen. - Keine Enthaltungen. - So beschlossen.

Wir müssen noch eine Dringlichkeitsentscheidung genehmigen, nämlich die unter Tagesordnungspunkt 18.1:

**18.1 Beschaffung und Lieferung der freien  
Lernmittel an alle städtischen Schulen  
für das Schuljahr 2013/2014 mit  
einseitiger städtischer  
Wahrnehmungsoption für die drei  
Folgeschuljahre  
2175/2013**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das auch so genehmigt.

Damit ist der öffentliche Teil der heutigen Ratssitzung beendet.

(Schluss: 20:21 Uhr)